Ausgabe 2 - April 2012

10. Jahrgang, Nr. 53

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Militarisierung von Forschung und Lehre

Jens Kany ~ Die Militarisierung des Zivilen. Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit - **1**

Christoph Marischka ~ Die Offensive der Kriegsforscher - **9**

Syrien

Jürgen Wagner ~ Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt - **11**

Konfliktregion Nordafrika

Christoph Marischka ~ Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie: Mali - **18**

Bernhard Klaus ~ „Sicherheitslage im Vergleich zur Zeit des Gaddafi-Regimes verbessert" - **20**

Christoph Marischka ~ Siemens, Desertec und die Nato. Gemeinsam Märkte erschließen - **21**

Militainment

Michael Schulze von Glaßer ~ Battlefield 3: Das virtuelle Schlachtfeld - **23**

Deutschland und die Bundeswehr

Michael Haid ~ Der Dresdner Erlass: Machtkonzentration durch die Umstrukturierung des Verteidigungsministeriums - **32**

Michael Schulze von Glaßer ~ Blut und Ehre für das deutsche Vaterland? Zu den Planungen eines „Veteranentags" - **34**

Peter Clausing ~ Polizeiabkommen als Tauschwährung im Rüstungsexportschacher - **35**

EU-Militarisierung

Claudia Haydt ~ Das kriegerische Kerneuropa verleiht sich Flügel Zur Rolle des „Europäischen strategischen Lufttransportkommandos" - **37**

Editorial:

Mit vierzig Seiten ist auch das wieder eine umfangreichere Ausgabe des AUSDRUCK geworden und trotzdem konnten wir in diesem Heft nicht alle Texte unterbringen, die in den letzten zwei Monaten auf www.imi-online.de erschienen sind. Das überrascht uns umso mehr, als wir gerade in diesen zwei Monaten mit anderen Dingen beschäftigt waren, als nur Texte zu verfassen und wir auch einige Texte verfasst haben, die gar nicht zur Veröffentlichung gedacht waren, sondern sich auf Auseinandersetzungen innerhalb der antimilitaristischen und der Friedensbewegungen bezogen, die unserer Wahrnehmung nach an Schärfe zugenommen haben.

Wir freuen uns, dass wir in dieser Ausgabe auch eine ausführliche Darstellung und Positionierung zu Syrien vorlegen können. Obgleich diese Positionierung bei uns stets unumstritten war, müssen wir zugeben, dass sie spät kam. Wir müssen zugeben, dass uns die Heftigkeit der Kampagne, mit der zwischenzeitlich eine militärische Intervention in Syrien vorbereitet wurde, eher gelähmt als angespornt hat. Wir müssen zugeben, dass auch andere Kampagnen und hiergegen wieder eingeleitete Gegenkampagnen – sowohl zu Syrien, als auch zu anderen Themen – zu dieser Lähmung beigetragen haben. Die Politik der Kampagne, die zunehmend auch von (vermeintlich) oppositionellen und emanzipatorischen Gruppen übernommen wird (als „unproblematische" Beispiele seien hier die offensichtlich problematischen Beispiele AVAAZ und „Kony 2012" genannt), arbeitet mit hochemotionalen Zuspitzungen und Vereinfachungen und scheint mit ihren Youtube-Videos, Like-Buttons und 140-Zeichen-Texten wenig Raum zu lassen für differenzierte und gerade deshalb auch im besten Sinne des Wortes „radikale" Positionen. Für diese brauchen (zumindest wir) eben manchmal neun Textseiten (auch wenn es „nur" um ein Computerspiel geht, *rofl*) oder mehrere Tage. Das gilt auch für die hier emotional zugespitzte oder zumindest grob vereinfachende Kampagnenkritik. Für die wollen wir uns im Rahmen eines Seminars im Sommer ein Wochenende mit Vertreter_innen aus anderen Bewegungen zusammensetzen. Der Arbeitstitel lautet: „Öffentlichkeit, (neue) Medien und Krieg". Wer sich beteiligen möchte oder Ideen dazu hat, kann sich gerne bei uns melden. *Die Redaktion*

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Christoph Marischka, Siemens, Desertec und NATO, in: Telepolis 20.2.2012; Δ Michael Schulze von Glaßer, Battelfield 3, gekürzt gegenüber IMI-Studie 5/2012.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Collage IMI.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Michael Haid und Claudia Haydt sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jens Kany ist Doktorand in Heidelberg. Michael Schulze von Glaßer und Peter Clausing sind IMI-Beiräte. Bernhard Klaus ist Student der Politikwissenschaft.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Militarisierung des Zivilen

Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit

von Jens Kany

Am 25.01.2012 hat die Bundesregierung die Fortführung des Sicherheitsforschungsprogramms ‚Forschung für die zivile Sicherheit' bis 2017 beschlossen. Die Fortführung des Programms gibt Anlass, zurückzublicken und die bisherige Entwicklung der ersten Phase zu analysieren. Dies geschieht in drei Schritten. (1) Zunächst wird der europäische Rahmen des Programms abgesteckt. Das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* ist als Erweiterung und Vertiefung des *European Security Research Programme* (ESRP) gedacht, welches von der EU-Kommission angestoßen wurde. Mit Bezug auf die hervorragende Studie *Arming Big Brother* von Ben Hayes wird aufgezeigt, dass es bei diesem Programm nicht um die (Sicherheits-)Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas geht, sondern allein um das Profitinteresse der Rüstungskonzerne. (2) In einem zweiten Schritt wird das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* des BMBF genauer untersucht. Der Einfluss der Rüstungsindustrie bei Planung und Durchführung des Programms und der Einfluss des Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS stechen ins Auge. An welchen Forschungsprojekten sind Rüstungskonzerne beteiligt, an welchen wehrforschende Institute der Fraunhofer-Gesellschaft? (3) Abschließend wird die Rolle der Universitäten im Rahmenprogramm des BMBF unter die Lupe genommen. Unter dem *Regime des akademischen Kapitalismus* sind Universitäten verstärktem Wettbewerb ausgesetzt. Sinkende staatliche Grundfinanzierung führt zum Kampf um Drittmittel und zur Erschließung neuer Einnahmequellen. Forschungsprogramme wie das für die zivile Sicherheit erfüllen unter diesem Regime den Zweck, staatliche Gelder gezielt und zweckgebunden zu verteilen. Auf diese Weise können politisch gewollte Forschungslinien verstärkt und politisch ungewollte reduziert werden. Unter einem solchen Regime werden Universitäten zunehmend in militärisch relevante Forschung hineingetrieben.

Einleitung

Am 25.01.2012 hat die Bundesregierung die Fortführung des Sicherheitsforschungsprogramms ‚Forschung für die zivile Sicherheit' bis 2017 beschlossen. Ziel ist es, „die zivile Sicherheitsforschung in Deutschland als eigenständiges Forschungsgebiet mit einer gut vernetzten Akteurslandschaft" (BMBF 2012: 6) zu etablieren, um den „freiheitlichen Lebensstil" der westlichen Welt zu schützen (ebd.: 3). Die „längerfristig ausgerichtete flexible Förderpolitik" (ebd.: 6) soll dabei vor allem „industriegeführt sein" (ebd.: 24).

Die Fortführung des Programms gibt Anlass, zurückzublicken und die „erreichten Erfolge" der ersten Phase des Forschungsprogramms zu analysieren (ebd.: 6). Um was geht es? Was ist der Kern des Forschungsprogramms? Welche Interessen sind maßgeblich? Die nähere Betrachtung zeigt, dass das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* ein Musterbeispiel für die zunehmende *Militarisierung* ziviler Bereiche der Gesellschaft ist. Rüstungskonzerne und Verteidigungsministerium ziehen im Hintergrund die Fäden, während nach Außen hin die Fassade des Zivilen aufrechterhalten wird.

Nun ist Militärforschung in Deutschland nichts Neues. Neu ist aber, dass diese vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wird und auf diese Weise auch zivile Forschungseinrichtungen, wie Universitäten, verstärkt einen Beitrag zur wehrtechnischen Forschung leisten können. Gerade für Universitäten bietet das *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* ein Schlupfloch, Militärforschung trotz *Zivilklausel* zu betreiben. Die Kooperation mit Rüstungskonzernen, Verteidigungsministerium und Wehrforschung betreibenden Institutionen ist kein Tabu mehr – es geht schließlich um *zivile* Sicherheit.

1 European Security Research Programme (ESRP)

Dem *Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit* der Bundesrepublik ging ein entsprechendes Forschungsprogramm auf EU-Ebene voraus. Hayes (2006) zeichnet in seiner hervorragenden Studie *Arming Big Brother* die Hintergründe der europäischen Sicherheitsforschung nach und macht insbesondere auf den Einfluss der Rüstungsindustrie aufmerksam. Es tritt deutlich zutage, dass es hier nicht um die (Sicherheits-)Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas geht, sondern allein um das Profitinteresse der Rüstungskonzerne. Die nationale Sicherheit geht einher mit humanitärer Unsicherheit (vgl. Hayes 2006: 39).

2001 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU im Vertrag von Nizza auf eine gemeinsame *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Im gleichen Jahr noch wurde die *European Advisory Group on Aerospace* gegründet, um einen Prüfbericht zu erstellen, welcher der gemeinsamen Sicherheitspolitik zugrunde liegen soll. Diese Gruppe bestand aus fünf EU-Kommissaren, zwei EU-Parlamentariern, dem damaligen Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, und sieben Industriellen der Rüstungsindustrie (vgl. Hayes 2006: 9f.). Letztgenannte sind: Jean-Paul Béchat (SNECMA), Manfred Bischoff (EADS), Sir Richard Evans (BAE Systems), Jean-Luc Lagardère (EADS), Alberto Lina (Finmeccanica), Denis Ranque (THALES) und Sir Ralph Robins (Rolls-Royce). Der Prüfbericht der Expertengruppe wurde 2002 unter dem Titel *Strategic Aerospace Review for the 21st century* (STAR 21) veröffentlicht. Erklärtes Ziel des Berichts war eine „Europäische Rüstungspolitik, welche eine Struktur für europäische Märkte für Rüstungsgüter und Sicherheitsausrüstungen bietet und eine nachhaltige und wettbewerbsfähige technologische und industrielle Basis ermöglicht" (zitiert nach Hayes 2006: 10). Auf der Grundlage des STAR-21-Reports entwickelte die EU-Kommission 2003 Gedanken über ein europäisches Sicherheitsforschungsprogramm. Um dies zu verwirklichen wurde, am EU-Parlament und an den nationalen Parlamenten vorbei, eine „Group of Personalities" (GoP) als weitergehendes Expertengremium berufen (vgl. Hayes 2006: 11ff.). *Tabelle 1* gibt einen Überblick über die Mitgliedsorganisationen und -personen. Neben der *Crème de la crème* der europäischen Rüstungsunternehmen findet man auch Vertreter zweier Verteidigungsministerien, der NATO, der ESA und der Western European Armaments Organisation (WEAO) unter den „Experten" wieder.

Diese von militärischen Interessen dominierte Expertengruppe gab im März 2004 ihren Abschlussbericht, ‚Forschung für ein sicheres Europa' (*Research for a Secure Europe)*, heraus. Wenige Monate später, im September 2004 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Pläne für die zukünftige europäische Sicherheits-

Organisation	Mitglied
Europäische Kommission	
Generaldirektion Forschung und Innovation	Philippe Busquin (BE)
Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien	Erkki Liikanen (FI)
Privatunternehmen	
EADS	Rainer Hertrich (GE)
BAE Systems	Mike Turner (UK)
Thales	Denis Ranque (FR)
FINMECCANICA	Pier F. Guaguaglini
Ericsson	Eric Lowenadler (SW)
INDRA	Javier Monzon (SP)
Siemens	Claus Weyrich (GE)
Diehl	Thomas Diehl (FR)
Forschungsinstitutionen	
Niederländische Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung (TNO)	Jan Dekker (NL)
Foundation pour la Recherche Strategiques (FRS)	François Heisbourg (FR)
RAND Corporation	Carl Bildt (SW)
Verteidigungsministerium Griechenlands	Ilias Pentazos (GR)
Instituto Superior de Ciencias do Trabalho e da Empresa (ISCTE)	Maria J. Rodrigues (POR)
Pasteur Institute	Philippe Kourilsky (FR)
Verteidigungsministerium Belgiens	Marc Vankersbilck (BE)
Mitglieder des Europäischen Parlaments	
Christdemokraten	Karl Von Wogau (Ger)
Sozialdemokraten	Eryl Mc Nally (UK)
Christdemokraten	Christian Rovsing (DK)
Freidemokraten	Elly Plooij van Gorsel (NL)
Beobachter	
EU-Rat	Javier Solana (SP)
EU-Kommission	Chris Patten (UK)
EU-Kommission	Pascal Lamy (FR)
Western European Armaments Organisation (WEAO)	Ernst van Hoek (NL)
Organisation conjointe de cooperation en matiere d'armament (OCCAR)	Klaus von Sperber (GE)
ESA	Jean-Jacques Dordain (FR)
NATO	George Robertson (UK)
Berichterstatter	
EU Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS)	Burkard Schmitt (GE)

Tabelle 1: *Organisationen und Mitglieder der „group of personalities"; Quelle: Hayes 2006: 14f.*

forschung (*Security Research: The Next Steps*), in welchen nun hochoffiziell die Vorschläge der Expertengruppe zur EU-Politik erklärt werden. Diese militaristische Ausrichtung der EU wurde noch im selben Jahr im *Vertrag über eine Verfassung für Europa* verankert. Dort heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (CIG 87/04, S. 46). Dieselbe Formulierung wurde 2007 in den *Vertrag von Lissabon* übernommen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, 17. Dezember 2007, S. 34). Die Militarisierung der Wissenschaft ist ein wesentliches Moment der Lissabon-Strategie, deren erklärtes Ziel es ist, die EU zum wettbewerbsfähigsten, *wissensbasierten* Wirtschaftsraum der Welt zu machen (vgl. Pflüger 2008).

Der Empfehlung der Expertengruppe folgend, wurde 2005 ein Beirat für Europäische Sicherheitsforschung (*European Security Research Advisory Board,* ESRAB) eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, „die strategischen Vorgaben für Europäische Sicherheitsforschung und Empfehlungen zu den Prinzipien und Mechanismen für deren Umsetzung im Rahmen des 7. EU-Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (FP7) zu entwikkeln (ESRAB 2006: 6). In der Mitgliederliste des ESRAB finden wir wieder die üblichen Verdächtigen: BAE Systems, EADS, THALES, FINMECCANICA, Diehl Systems, usw. (vgl. *Tabelle 2*).

Das ESRAB wurde im September 2007 durch das *European Security Research and Innovation Forum* (ESRIF) abgelöst. „Hier können Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre ‚Lösungen" anbieten, für welche die EU dann Geld bereitstellt" (Marischka 2008: 9). Den Vorsitz dieses informellen und beratenden Gremiums führte der ehemalige EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung Gijs de Vries; stellvertretende Vorsitzende waren BKA-Vizepräsident Jürgen Stock und Giancarlo Grasso von der italienischen Rüstungsfirma Finmeccanica. Unter dem Einfluss europäischer Rüstungskonzerne wurde so ein europäisches Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit mit einem jährlichen Budget von 1 Mrd. € etabliert. Dieses dient in erster Linie nicht, wie man meinen könnte, der zivilen Sicherheit, sondern eröffnet zunächst einmal der Rüstungsindustrie einen neuen, gigantischen Absatzmarkt. Um die Profitraten der Rüstungskonzerne in die Höhe schnellen zu lassen, sollen die ‚Waffen' zunehmend auf die *eigene Bevölkerung* gerichtet werden - potentielle Terroristen lauern schließlich überall.

Gerade die Bundesregierung, als politischer Arm der größten nationalen Rüstungsindustrie Europas, hat ein Interesse daran, den Rüstungsmarkt am Laufen zu halten. Es ist daher kein Wunder, dass dieser das europäische Forschungsprogramm nicht ausreicht und durch ein nationales Forschungsprogramm ergänzt wird.

2 Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit

Man könnte meinen, dass mit dem Rückgang der Ausgaben des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) für Wehrforschung seit Anfang der 1990er Jahre ein Rückgang der bundesdeutschen Rüstungsforschung einhergeht (vgl. Anhang). Dem ist nicht so. Die Wehrforschung wird nur zunehmend mit anderen Mitteln durchgeführt. Es lässt sich eine *Militarisierung* der deutschen Forschungslandschaft beobachten, eine zunehmende Vereinnahmung ziviler Forschungssphären durch die Interessen der Rüstungsindustrie. Um eine solche Vereinnahmung handelt es sich beim Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit, welches aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wird. Obgleich es dem Namen nach um „zivile Sicherheit" geht, und der Auftraggeber ein „ziviles" Ministerium ist, handelt es sich doch um ein Lobbyprojekt der deutschen Rüstungsindustrie.

2.1 Militaristischer Hintergrund

Bundesministerin Annette Schavan erklärte hierzu in einer Rede anlässlich der Konferenz *Future Security* am 04. Juli 2006

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

in Karlsruhe: „Sicherheitsforschung im bisherigen Verständnis konzentrierte sich auf militärische Anwendungsbereiche. Die Herausforderung der Zukunft liegt jedoch mehr und mehr darin, die zivile Sicherheit zu gewährleisten“ (Schavan 2006: 1). Das zunehmende Interesse an Forschung im Bereich ziviler Sicherheit erklärt der Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, ganz unverblümt: „Ein Wissenstransfer bevorzugt von der Wehrtechnik in die Sicherheitstechnik macht daher keinen Sinn. ‚Dual Use in die andere Richtung‘ ist gefragt“ (Rachel 2006: 4). Hinter der zivilen Sicherheitsforschung steht also ausdrücklich das Interesse, die Forschungsergebnisse hinterher für die Wehrtechnik zu benutzen - ‚Dual Use in die andere Richtung“. Das Forschungsprogramm hat damit ganz klar einen *militärischen Zweck*. Der Grund, weshalb heutzutage nicht mehr die wehrtechnische Forschung, sondern die zivile Forschung für die Erschließung neuer Technologien führend sei, wird mit der veränderten Aufgabe der Bundeswehr erklärt: „Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr setzen nicht nur modernste Technologien ein, sie bedienen sich auch neuester sozial- und kulturwissenschaftlicher Erkenntnisse, wenn es etwa darum geht, in Afghanistan eine Zivilgesellschaft aufzubauen“ (Rachel 2006: 4). Die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer interventionsfähigen Kampftruppe führt zu einer *Steigerung der Auslandsaktivitäten der Bundeswehr*; diese Auslandseinsätze sollen sich nicht nur auf das Zerstören anderer Gesellschaften beschränken, sondern auch den Aufbau eines politisch willigen Regimes beinhalten. Hierzu ist Technologie nötig, die sich nicht nur im klassischen Sinne auf Tötungsinstrumente beschränkt.

Annette Schavan verschweigt diese militärische Dimension in ihrer Rede, geht jedoch auf einen anderen wichtigen Faktor der „zivilen Sicherheit“ ein: „Warenströme, Logistikketten, Versorgungsinfrastrukturen und Verkehrssysteme sind verwundbar. Internet und Telekommunikation sind zentrale Lebensnerven unserer Gesellschaft. Die Bedrohungen werden verstärkt durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Instabilität von Staaten, regionale Konflikte, sowie durch eine neue Qualität der Verletzlichkeit der zunehmend vernetzten und globalisierten Gesellschaft“ (Schavan 2006: 2). Zivile Sicherheit betrifft hier primär die Sicherheit der *Zirkulation des Kapitals*; die Instabilität von Staaten und regionale Konflikte werden als verstärkende Faktoren, d.h. als *zusätzliche* Bedrohung einer reibungslosen Zirkulation des Kapitals beschrieben.

Damit ist die strategische Ausrichtung des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit abgesteckt. Die Bundeswehr soll in Form von Auslandseinsätzen Rohstoffquellen und Absatzwege erschließen und sichern. Hierzu benötigt sie Technologie. Durch die zunehmende Aggression der imperialistischen Staaten (Irakkrieg, Afghanistankrieg, Libyenkrieg) entsteht Widerstand in den betreffenden Regionen – so genannte „Terroristen“ erblicken das Licht der Welt. Dieser Widerstand soll unterdrückt und ausgemerzt werden. Gelingen dennoch terroristische Anschläge (wie in New York, Madrid und London geschehen und regelmäßig in den Einsatzgebieten westlicher Armeen der Fall), müssen insbesondere die politischen Folgen einhegbar sein und Technologie zur Gegenwehr bereitstehen. In ihrer Rede anlässlich der Konferenz *Future Security* betont Ministerin Schavan entsprechend die Zusammenarbeit des BMBF mit anderen Bundesministerien, „an erster Stelle das Innen- und Verteidigungsressort“ (Schavan 2006: 3).

Organisation	Mitglied
Ministerien	
Ministery of Interior	Antonio Cameli (IT)
Ministry of Defence	Maria Dali-Ziampaka (GR)
Ministère Délégué à la Recherche	Jean-Louis Gerstenmayer (FR)
Ministry of Scientific Research and Information Technology	Jacek Gierlinski (PL)
Ministry of the Interior and Kingdom Relations	Maud Groenberg (NL)
Ministry of Higher Education, Science and Technology	Janez Možina (SI)
Ministry of Defence	Tamas Rath (HU)
Privatunternehmen	
Novartis International	Helmut Bachmayer (AT)
Telefónica	Manuel Carpio Camara (ES)
TNO	Cees van Duyvendijk (NL)
Finmeccanica	Giancarlo Grasso (IT)
Alcatel ETCA	Rene Hannon (BE)
EADS	Markus Hellenthal (DE)
Diehl VA Systeme	Heinz Hoch (DE)
THALES	John Howe (UK)
Cybernetica	Ülo Jaaksoo (EE)
BAE SYSTEMS	Terry Knibb (UK)
Enterprise Ireland	Jim Lawler (IRL)
Siemens CT	Stephan Lechner (DE)
Ericsson Microwave Systems	Erik Löwenadler (SE)
Fincantieri	Livio Marchesini (IT)
FIMA	Gendrutis Mažylis (LT)
Sagem Défense Sécurité	Jacques Paccard (FR)
INTA	Carmen Rodriguez-Augustin (ES)
FOI	Madelene Sandström (SE)
TEMIS Italia	Alessandro Zanasi (IT)
Forschungsinstitutionen	
Université de Luxembourg	Thomas Engel (LU)
Institute for Security Studies	Nicole Gnesotto (EU)
Statens Serum Institut	John-Erik Stig Hansen (DK)
Aeronautical Research and Test Institute (VZLÚ)	Milan Holl (CZ)
l'Institut de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire	Jérôme Joly (FR)
Research and Development Centre for Mechanical Appliances	Henryk Knapczyk (PL)
Austrian Research Centers	Helmut Krünes (AT)
Slovak Academy of Sciences	Štefan Luby (SK)
Universitat Politécnica de Catalunya	Manel Medina (ES)
Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut EMI	Klaus Thoma (DE)
Polizei	
EUROPOL	Mariano Simancas (NL)
Bundeskriminalamt	Jürgen Stock (DE)
Sonstige	
Polish Border Guard Headquarters	Marek Adamczyk (PL)
National Security Advice Centre	Rebecca Bowden (UK)
Délégation générale pour l'armement (DGA)	Christian Bréant (FR)
NATO Headquarters	Fernando Carvalho Rodrigues (PT)
European Defence Agency	Bertrand de Cordoue (EU)
Malta Maritime Authority	Brian Cranmer (MT)
Royal United Services Institution for Defence and Security Studies (RUSI)	Graham Jordan (UK)
Associação das Indústrias Marítimas	Nuño Goncalo Vieira Matias (PT)
Crisis Management International	Kristiina Rintakoski (FI)
Home Office	Mark Stroud (UK)
Federale Overheidsdienst Defensie	Willy Tack (BE)
Instituto Affari Internazionali	Stefano Silvestri (IT)

Tabelle 2: *Organisationen und Mitglieder des ESRAB; ESRAB 2006.*

Organisation	Mitglied
Bundesämter	
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	Karsten Michael
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Gerhard Schabhüser
Bundeskriminalamt	Jürgen Stock
Forschungsinstitutionen	
Max-Planck-Institut	Hans-Jörg Albrecht
Universität Tübingen	Regina Ammicht Quinn
Bundesinstitut für Risikobewertung	Bernd Appel
Robert-Koch-Institut	Walter Biederbick
Fraunhofer Gesellschaft (Ernst-Mach-Institut)	Klaus Thoma
Privatunternehmen	
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Michael von Foerster
Diehl BGT Defense GmbH & Co. KG	Rainer Kroth
Bruker Daltonik GmbH	Sebastian Meyer-Plath
Smiths Heimann GmbH	Hermann Ries
SAP AG	Joachim Schaper
Siemens AG	Angelika Staimer
Amprion GmbH	Joachim Vanzetta
Deutsche Post DHL	Sabine Wiedemann
Fraport AG	Volker Zintel
Sonstige	
Deutsches Institut für Normung e.V.	Ulriche Bohnsack

Tabelle 3: *Organisationen und Mitglieder des Wissenschaftlichen Programmausschusses Sicherheitsforschung; Quelle: Positionspapier des Wissenschaftlichen Programmausschusses zum nationalen Sicherheitsforschungsprogramm.*

Institut	Abkürzung
Mitgliedsinstitute	
Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik	IAF
Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie	ICT
Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik	FHR
Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie	FKIE
Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut	EMI
Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen	INT
Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung	IOSB
Gastinstitute	
Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen	IIS
Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik, Heinrich-Hertz-Institut	HHI
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung	ISI

Tabelle 4: *Mitgliedsinstitute und Gastinstitute des Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS. Quelle: http://www.vvs.fraunhofer.de/mitgliedsinstitute/ (20.02.2012)*

2.2 Planung und Durchführung

Dem Forschungsprogramm voraus gingen drei Expertenworkshops, die von April bis Juni des Jahres 2006 durchgeführt wurden. Ministerin Schavan weist ausdrücklich darauf hin, dass das Forschungsprogramm auf der Basis der Erkenntnisse dieser Workshops formuliert wurde. „Die meisten Teilnehmer der Workshops waren von den Bundes- und Länderministerien, besonders aus den Bundesministerien für Forschung, des Inneren und der Verteidigung. Außerdem nahmen Teil: Vertreter der Polizeien und der für den Bevölkerungsschutz zuständigen Institutionen; Vertreter aus der Rüstungs- und IT-Industrie, etwa von EADS, Diehl, Siemens oder T-Systems; Betreiber von Infrastrukturen wie die Deutsche Bahn oder Vodafone und von den großen Instituten für angewandte Forschung, wie die Fraunhofer Gesellschaft, das Deutsche Zentrum Luft- und Raumfahrt und der Verband der Ingenieure." (Töpfer 2006: 2).

Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit wurde am 24. Januar 2007 mit einem Budget von 123 Mio. € vom Bundestag verabschiedet. Noch im gleichen Jahr, am 29. Oktober, wurde der *Wissenschaftliche Programmausschuss Sicherheitsforschung* als unabhängiges Expertengremium berufen. Dieses ist für die Überwachung und Planung des Forschungsprogramms verantwortlich. Mitglieder des Programmausschusses sind alte Bekannte und einige neue Gesichter (*Tabelle 3*).

Jürgen Stock vom Bundeskriminalamt und Klaus Thoma, Leiter des Ernst-Mach-Instituts der Fraunhofer Gesellschaft und inoffizieller „Architekt der deutschen Sicherheitsforschung" (DIE ZEIT, 04.12.2008), waren bereits Mitglieder des ESRAB (vgl. *Tabelle 2*). Thoma war ehemals Direktor der Abteilung für Forschung und Entwicklung bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (heute: EADS), bevor er von 1994 bis 1996 eine Professur an der Bundeswehrhochschule in München innehatte. Er hat somit sehr gute Kontakte zur Rüstungsindustrie, zur Bundeswehr und zum Verteidigungsministerium. Optimale Voraussetzungen, um zum wichtigen Koordinator des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit zu werden. Auch die Rüstungskonzerne Diehl und Siemens sind wieder mit von der Partie. Neu hinzu kam das Rüstungsunternehmen Bruker Daltonik GmbH. Nachdem also die Rüstungsunternehmen bereits beim Entwurf des Forschungsprogramms maßgeblich beteiligt waren (als Teilnehmer der drei Expertenworkshops), wurde deren Einfluss durch die Etablierung des Wissenschaftlichen Programmausschusses dauerhaft institutionalisiert.

2.3 Die Rolle der Fraunhofer Gesellschaft

Die Fraunhofer Gesellschaft spielt bei der Planung und Etablierung des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit eine besondere Rolle. Sie ist mit mehr als 18.000 Mitarbeitern die größte Organisation für angewandte Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen in Europa. Von Anfang an war die außeruniversitäre Forschungseinrichtung eng mit dem Verteidigungsministerium verbunden, welches teilweise bis zu fünfzig Prozent des Forschungsbudgets beisteuerte. Auch heute noch spricht die Gesellschaft von einer „intensiven Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung". Um diese Zusammenarbeit zu stärken, wurde zwischen 2000 und 2007 der Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS gegründet (*Tabelle 4*). Finanziert wurde dies mit mehr als 130 Mio. € aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums. Die Gründung des VVS sollte die Kräfte konzentrieren, um die finanziellen Mittel effektiver einzusetzen. Es verwundert kaum, dass die Fraunhofer-Gesellschaft und vor allem die Institute des VVS die großen Gewinner des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit darstellen. Achtzehn verschiedene Fraunhofer-Institute partizipieren am Forschungsprogramm. Davon zählen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

sieben zum Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS. Allein das Ernst-Mach-Institut ist an vier Projekten beteiligt. In der bundesdeutschen Forschungslandschaft kann die Fraunhofer-Gesellschaft, insbesondere der VVS, als *verlängerter Arm* des BMVg angesehen werden. Die Gelder des BMBF kommen auf diese Weise indirekt auch dem BMVg zugute.

2.4 Bewilligte Projekte und Nutznießer

Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit setzt sich aus zwei Programmlinien zusammen: ‚Szenarienorientierte Sicherheitsforschung' und ‚Technologieverbünde'. Beide Programmlinien gliedern sich in jeweils vier Themenfelder (*Tabelle 5*). Daneben gibt es die drei Schwerpunkte ‚Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung', ‚KMU-innovativ' und ‚Internationale Kooperationen in der zivilen Sicherheitsforschung'. Die Forschungsprojekte der beiden Hauptprogrammlinien sollen genauer untersucht werden. Als Quelle dienen hierbei die vom BMBF herausgegebenen Broschüren (BMBF 2008, 2009a, 2009b, 2010, 2011a, 2011b). Betrachtet werden sollen diejenigen bewilligten Forschungsprojekte, die von 2007 bis 2011 angelaufen sind.

Betrachten wir zuerst die Programmlinie ‚Szenarienorientierte Sicherheitsforschung'. Von 2007 bis 2011 sind hier insgesamt fünfundvierzig Forschungsprojekte angelaufen. Zehn Projekte im Themenfeld ‚Schutz von Verkehrsinfrastrukturen', siebzehn Projekte im Themenfeld ‚Schutz und Rettung von Menschen', sieben Projekte im Themenfeld ‚Schutz von Versorgungsinfrastrukturen' und elf Projekte im Themenfeld ‚Sicherung der Warenketten'. An sieben dieser fünfundvierzig Forschungsprojekte (15,5%) sind direkt Rüstungsunternehmen beteiligt (*Tabelle 6*).

An neun Projekten (20%) sind Institute aus dem Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS beteiligt. An insgesamt dreizehn Projekten (28,8%) ist entweder ein Rüs-

Szenarienorientierte Sicherheitsforschung	
Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Schutz und Rettung von Menschen
Schutz vor Ausfall von Versorgungsinfrastrukturen	Sicherung der Warenketten
Technologieverbünde	
Detektion von Gefahrstoffen	Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte
Mustererkennung	Biometrie

Tabelle 5: *Programmlinien und Themenfelder des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit.*

Unternehmen	*Themenfeld*	*Projekt*
Diehl Defence Holding GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Sicherheitsprozesse beim Zugang zu empfindlichen Bereichen auf Verkehrsflughäfen (critical Parts)
IABG GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Flughafen-Sicherungssystem (FluSs)
ATLAS ELEKTRONIK GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschifffahrt (VESPER)
IABG GmbH	Schutz von Verkehrsinfrastrukturen	Handlungstraining zu Sicherheitsmaßnahmen in öffentlichen Verkehrsunternehmen (V-SICMA)
IABG GmbH	Schutz und Rettung von Menschen	Integration vorhandener Informationssysteme für ein gemeinsames Krisenmanagement (LAGE)
EADS Deutschland GmbH	Sicherung der Warenketten	Containersicherheit durch vernetzte IT-Systeme (ContainIT)
Bruker Optik GmbH	Schutz von Versorgungsinfrastrukturen	Infrarot-Laser basierendes faseroptisches Sensorsystem zur Trinkwasserüberwachung (IRLSENS)

Tabelle 6: *An der Programmlinie ‚Szenarienorientierte Sicherheitsforschung' beteiligte Rüstungsunternehmen. Als Rüstungsunternehmen werden die Mitglieder des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. gezählt, sowie die Mitglieder der Gruppe wehrtechnische Messen.*

Unternehmen	*Themenfeld*	*Projekt*
Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Faseroptische Mikrosensoren zur Detektion von Explosivstoffen unter Echtzeit-Bedingungen (ChipSenSiTec)
Bruker Optik GmbH	Detektion von Gefahrstoffen	Hyperspektralsensoren zur schnellen automatischen Ferndetektion von Gefahrstoffen (HYGAS)
Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Infrarot-Laser gestützte abbildende Detektion von Explosivstoffen (IRLDEX)
Hübner GmbH	Detektion von Gefahrstoffen	THz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional) für Anwendungen in der Sicherheitstechnik (TEKZAS)
Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Hochauflösende TH-Tomographie für Sicherheitsanwendungen (TeraTom)
Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	Detektion von Gefahrstoffen	Passive THz-Videokamera für Sicherheitsanwendungen (THz-Videocam)
Bruker Daltonik GmbH	Detektion von Gefahrstoffen	Vollautomatische Detektion biologischer Gefahrstoffe mit integrierter Probenreinigung für den Vor-Ort Einsatz (BioPROB)

Tabelle 7: *An der Programmlinie ‚Technologieverbünde' beteiligte Rüstungsunternehmen. Als Rüstungsunternehmen werden die Mitglieder des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. gezählt, sowie die Mitglieder der Gruppe wehrtechnische Messen.*

tungsunternehmen und/oder ein Institut aus dem Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS vertreten; d.h. *28,8% Prozent der Forschungsprojekte haben in diesem Sinne militärischen Charakter*.

Betrachten wir die zweite Programmlinie ‚Technologieverbünde' genauer. Von 2007 bis 2011 wurden hier insgesamt sechsundzwanzig Forschungsprojekte begonnen. Neunzehn Projekte im Themenfeld ‚Detektion von Gefahrstoffen' und sieben Projekte im Themenfeld ‚Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte'. Zu den verbleibenden beiden Themenfeldern werden vom BMBF keine weiteren Angaben gemacht; offenbar sind hier zwar Forschungsprojekte bewilligt, jedoch noch nicht in Angriff genommen worden. An sieben dieser sechsundzwanzig Forschungsprojekte (26,9%) sind direkt Rüstungsunternehmen beteiligt (*Tabelle 7*).

An fünf Projekten (19,2%) sind Institute aus dem Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS beteiligt. Das wehrwissenschaftliche Institut für Schutztechnologien (ABC-Schutz) ist an zwei Projekten beteiligt (‚Echtzeitnahe Spurenanalyse von luftübertragenen chemischen Kampf- und Explosivstoffen (EXACT)', , Semipermeable Anzüge für Einsatzkräfte (SAFE)'). An zwölf Projekten (46,15%) sind entweder direkt Rüstungsunternehmen und/oder VVS-Institute und/oder wehrwissenschaftliche Institute beteiligt; d.h. *46,15% der Forschungsprojekte haben in diesem Sinne militärischen Charakter*.

3 Universitäten im Bann der Wehrforschung

Unter dem *Regime des akademischen Kapitalismus* sind Universitäten verstärktem Wettbewerb ausgesetzt (Slaughter/Leslie 1997; Münch 2011). Sinkende staatliche Grundfinanzierung führt zum Kampf um Drittmittel und zur Erschließung neuer Einnahmequellen. Für das auf Wettbewerb getrimmte Unternehmen Universität heißt es: Friss oder stirb! Forschungsprogramme wie das für die zivile Sicherheit erfüllen unter diesem Regime den Zweck, staatliche Gelder gezielt und zweckgebunden zu verteilen. Auf diese Weise können politisch gewollte Forschungslinien verstärkt und politisch ungewollte reduziert werden. Oder: Weniger Geld wird zur Erfüllung bestimmter Zwecke effektiver eingesetzt. Der politisch gewollte Zweck des *Forschungsprogramms für die zivile*

Universität	Institut/Lehrstuhl	Projekt	Partner	Zivilklausel
Albert-Ludwigs-Universität-Freiburg	Institut für Mikrosystemtechnik (Lehrstuhl EMP) Institut für Mikrosystemtechnik (Lehrstuhl Konstruktion) Institut für Psychologie Institut für öffentliches Recht	Informationsgewinnung und Schutz kritischer Infrastrukturen im Katastrophenfall (AISIS)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
Universität Karlsruhe (TH)	Institut für Bodenmechanik und Felsmechanik Institut für Massivbau und Baustofftechnologie	Informationsgewinnung und Schutz kritischer Infrastrukturen im Katastrophenfall (AISIS)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
TU Berlin	Forschungsstelle Sicherheit am Institut für Luft- und Raumfahrt	Sicherheitsprozesse beim Zugang zu empfindlichen Bereichen auf Verkehrsflughäfen (Critical Parts)	Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	vorhanden
Ruhr-Universität Bochum	Lehrstuhl für Tunnelbau, Leitungsbau und Baubetrieb	Schutz kritischer Brücken und Tunnel im Zuge von Straßen (SKRIBT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
Universität Stuttgart	Institut für Leichtbau, Entwerfen und Konstruieren	Schutz kritischer Brücken und Tunnel im Zuge von Straßen (SKRIBT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
Julius-Maximilians-Universität Würzburg	Lehrstuhl für Psychologie I	Schutz kritischer Brücken und Tunnel im Zuge von Straßen (SKRIBT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	-
TU Berlin	Fachgebiet Nachrichtenübertragung	Sicherheit in offenen Verkehrssystemen Eisenbahn-Management (SinoVE Management)	Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik (Heinrich-Hertz-Institut)	vorhanden
TU München	Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Finanzmanagement	Verbesserung der Sicherheit von Verkehrsinfrastrukturen (SiVe)	EADS Deutschland GmbH	-
TU Braunschweig	Gauß-IT-Zentrum	Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschifffahrt (VESPER)	ATLAS ELEKTRONIK GmbH	-
Hochschule Wismar	Fachbereich Seefahrt	Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschifffahrt (VESPER)	ATLAS ELEKTRONIK GmbH	-
TU Kaiserslautern	Fachbereich Mathematik Fachbereich Architektur	Regionale Evakuierung: Planung, Kontrolle und Anpassung (REPKA)	Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen	-
TU München	Lehrstuhl Computation in Engeneering	Regionale Evakuierung: Planung, Kontrolle und Anpassung (REPKA)	Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen	-
TU Hamburg-Harburg	Institut für Sicherheit in Verteilten Anwendungen	Containersicherheit durch vernetzte IT-Systeme (ContainIT)	EADS Deutschland GmbH	-
Universität Bremen	Fachbereich Rechtswissenschaft	Erhöhung der Containersicherheit durch berührungslose Inspektion im Hafen-Terminal (ECSIT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	vorhanden
Hochschule Bremerhaven	Institute for Safety and Security Studies	Erhöhung der Containersicherheit durch berührungslose Inspektion im Hafen-Terminal (ECSIT)	Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (Ernst-Mach-Institut)	-

Tabelle 8: *Universitäten in Kooperation mit der Rüstungsindustrie, bzw. VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft in der Programmlinie ‚Szenarienorientierte Sicherheitsforschung'*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Sicherheit ist weiter oben bereits aufgezeigt worden: Es geht um die veränderte Rolle der Bundeswehr in der Welt und um die Sicherung der Zirkulation des nationalen Kapitals. Dass Universitäten unter dem Regime des akademischen Kapitalismus in militärisch relevante Forschung hineingetrieben werden, ist eine geradezu notwendige Folge. Inwiefern dies im Rahmen des *Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit* der Fall ist, soll nun geprüft werden.

Militärischen Charakter hat ein Forschungsprojekt dann, wenn ein Rüstungskonzern, ein VVS-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft oder ein wehrwissenschaftliches Institut daran beteiligt ist. Mit dieser operationalen Definition soll der Grad der Militarisierung von Universitäten im Zuge des *Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit* ausgemacht werden. Es ist klar, dass in jedem Einzellfall geprüft werden muss, was *tatsächlich* geforscht wird. *Tabelle 8* gibt einen Überblick über die Kooperationen von Universitäten mit Rüstungsunternehmen oder VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft im Rahmen der Programmlinie ‚Szenarienorientierte Sicherheitsforschung'. Vor allen die Kooperationen der TU Berlin mit dem Rüstungskonzern Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG und dem Heinrich-Hertz-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft und die Kooperation der Universität Bremen mit dem Ernst-Mach-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft müssen kritisch beobachtet werden, da beide Universitäten über eine Zivilklausel verfügen, welche Militärforschung untersagt. Insgesamt sind dreizehn Universitäten im Rahmen des *Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit* Kooperationen mit einem Rüstungsunternehmen oder einem VVS-Institut der Fraunhofer-Gesellschaft eingegangen. Fünfmal findet eine Kooperation mit einem Rüstungskonzern statt.

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Kooperationen von Universitäten mit Rüstungsunternehmen, VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und wehrwissenschaftlichen Instituten im Rahmen der Programmlinie ‚Technologieverbünde'.

Die Universität Karlsruhe und die Universität Hamburg-Harburg sind Wiederholungstäter. Sie kooperieren in beiden Programmlinien mit militärischen Akteuren. Gerade in Karlsruhe ist dies, nach dem Zusammenschluss der TH mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruhe Institut für Technologie (KIT), besonders problematisch. Das Kernforschungszentrum hat seit langem eine Zivilklausel, während die Universität traditionell Rüstungsforschung betreibt (vgl. Schulze 2009a, 2009b). Der Kampf um eine Zivilklausel für das KIT ist noch nicht entschieden (Schulze 2010, 2011a, 2011b, 2011c; Nowak 2011).

4 Schluss

Die Fortführung des Sicherheitsforschungsprogramms 'Forschung für die zivile Sicherheit' bis 2017, die am 25.01.2012 von der Bundesregierung beschlossen wurde, war Anlass, die erste Phase des Programms noch einmal Revue passieren zu lassen. Bei näherer Betrachtung entpuppte sich das als 'zivil' etikettierte Programm als verkappte Militärforschung. Von Rüstungskonzernen auf europäischer und nationaler Ebene designt, verfolgt das Programm letztlich das Ziel, der im *Vertrag von Lissabon* festgehaltenen Verpflichtung nachzukommen, die „militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, 17. Dezember 2007, S. 34) und die „Wettbewerbsfähigkeit" der deutschen Rüstungsindustrie zu verbessern. Gerade für Universitäten hat dies weitreichende Konsequenzen. Aufgrund knapper werdender finanzieller Grundmittel werden diese geradezu dazu gezwungen, mit Rüstungskonzernen und wehrforschenden Institutionen zu kooperieren. Da das Programm explizit als ‚zivil' geführt wird, kooperieren selbst Universitäten mit einer Zivilklausel (z.B. Universität Bremen, TU Berlin).

Die Militarisierung des Zivilen hat zwei Dimensionen. Zum einen wird das ‚zivile' BMBF in militärische Machenschaften verstrickt und finanziert Forschung, die eigentlich ins Ressort des BMVg fällt; zum anderen werden Universitäten, selbst diejenigen mit Zivilklausel, zur Kooperation mit der Rüstungsindustrie verführt.

Literatur

BMBF (2012): Forschung für die zivile Sicherheit 2012 – 2017. Rahmenprogramm der Bundesregierung. URL: http://www.bmbf.de/pub/rahmenprogramm_sicherheitsforschung_2012.pdf

BMBF (2011a): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutz von Versorgungsinfrastrukturen. URL: http://www.bmbf.de/pub/schutz_von_versorgungsinfrastrukturen.pdf

BMBF (2011b): Forschung für die zivile Sicherheit. Sicherung der Warenketten. URL: http://www.bmbf.de/pub/sicherung_der_warenketten.pdf

Universität	Institut/Lehrstuhl	Projekt	Partner	Zivilklausel
TU Clausthal	LaserAnwendungs-Centrum	Faseroptische Mikrosensoren zur Detektion von Explosivstoffen unter Echtzeit-Bedingungen (ChipSenSiTec)	Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	-
Universität Bonn	IfL-Abteilung Sensorik	Echtzeitnahe Spurenanalyse von luftübertragenen chemischen Kampf- und Explosivstoffen (EXAKT)	Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien (ABC-Schutz) Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie	-
TU Braunschweig	Institut für Hochfrequenztechnik	Handheld-THz-Spektrometer zur Detektion von Explosiven Flüssiggefahrstoffen (HANDHELD)	Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik (Heinrich-Hertz-Institut)	-
TU Hamburg-Haburg	-	Hyperspektralsensor zur schnellen automatischen Ferndetektion von Gefahrstoffen (HYGAS)	Bruker Optik GmbH	-
Universität Frankfurt/Main	-	THz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional) für Anwendungen in der Sicherheitstechnik (TEKZAS)	Hübner GmbH	-
Uni. Erlangen-Nürnberg	Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik	Hochauflösende THz-Tomographie für Sicherheitsanwendungen (TeraTom)	Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG	-
Universität Karlsruhe (TH)	Institut für Mikro- und Nanoelektronische Systeme	Passive THz-Videokamera für Sicherheitsanwendungen (THz-Videocam)	Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG	-

Tabelle 9: *Universitäten in Kooperation mit der Rüstungsindustrie, VVS-Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und wehrwissenschaftlichen Instituten in der Programmlinie ‚Technologieverbünde'*

BMBF (2010): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutz und Rettung von Menschen. URL: http://www.bmbf.de/pub/schutz_rettung_von_menschen.pdf

BMBF (2009a): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutz von Verkehrsinfrastrukturen. URL: http://www.bmbf.de/pub/BMBF_Verkehrssicherheit.pdf

BMBF (2009b): Forschung für die zivile Sicherheit. Schutzsysteme für Sicherheits- und Rettungskräfte. URL: http://www.bmbf.de/pub/schutzsysteme_sicherheitskraefte_rettungskraefte.pdf

BMBF (2008): Forschung für die zivile Sicherheit. Detektion von Gefahrstoffen. URL: http://www.bmbf.de/pub/Zivile_Sicherheit_Gefahrstoffe.pdf

ESRAB (2006): Meeting the Challenge. The European Security Research Agenda. URL: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/security/files/esrab_report_en.pdf

Hayes, Ben (2006): Arming Big Brother. The EU's Security Research Programme. In: TNI Briefing Series 2006/1. URL: http://www.statewatch.org/analyses/bigbrother.pdf

Marischka, Christoph (2008): Der Albtraum Sicherheit. Europäische Sicherheitsforschung als Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie. In: Ausdruck – IMI-Magazin 8/2008. URL: http://www.imi-online.de/download/AusdruckAugust2008.pdf

Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Suhrkamp. Berlin.

Nowak, Peter (2011): Grün-roter Tabubruch. Baden-Württemberg: Streit zwischen Landesregierung und Friedensbewegung um Verbot militärischer Forschung. In: Neues Deutschland vom 16.12.2011. URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/213477.gruen-roter-tabubruch.html

Pflüger, Tobias (2008): Zwei Seiten einer Medaille. Die Lissabon-Strategie und die Militarisierung der Europäischen Union. In: IMI-Standpunkt 2008/044 vom 21. Juli 2008. URL: http://www.imi-online.de/2008/07/21/zwei-seiten-einer-me/

Rachel, Thomas (2006): Sicherheit – eine Frage der Technologie? Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung auf dem Forum Neue Technologien des „Security-Kongress" auf der „Security-Messe" in Essen am 10. Oktober 2006. URL: http://www.bmbf.de/pub/pstr_20061010.pdf (20.02.2012).

Schavan, Annette (2006): Sicherheitsforschung – Herausforderungen und Notwendigkeit zum Schutz der Gesellschaft. Rede anlässlich der Konferenz „Future Security" am 04. Juli 2006 in Karlsruhe, Kongresszentrum. URL: http://www.bmbf.de/pubRD/mr_20060704.pdf

Schulze, Dietrich (2009a): Stillschweigende Militärforschungstradition. Uni Karlsruhe seit Jahrzehnten in Wehrforschung verstrickt. In: Unsere Zeit – Zeitung der DKP vom 20. Februar 2009. URL: http://www.dkp-online.de/uz/4108/s0701.htm

Schulze, Dietrich (2009b): Hochschulen und Militärforschung. Friedenswerkstätten oder zivilmilitärische Forschungskomplexe. In: Wissenschaft & Frieden 2009-3. URL: http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1553

Schulze, Dietrich (2010): Neues vom Karlsruhe Institut of Technology (KIT). Die Innenarchitektur des militärisch-industriellen Großforschungskomplexes Universität Karlsruhe. In: Unsere Zeit – Zeitung der DKP vom 8. Januar 2010. URL: http://www.dkp-online.de/uz/4201/s0301.htm

Schulze, Dietrich (2011a): Winfried, der Wahlbetrüger. Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe. In: Neue Rheinische Zeitung, Online-Flyer Nr. 329 vom 25. November 2011. URL: http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17214

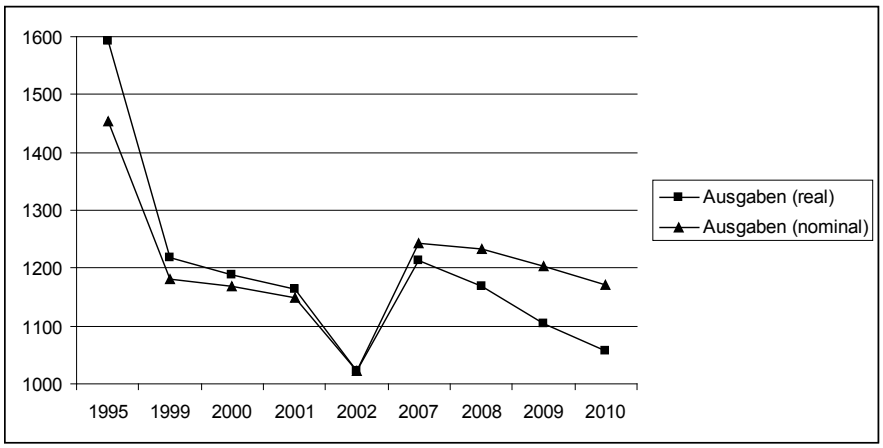
Schulze, Dietrich (2011b): Landesregierung Baden-Württemberg gegen Zivilklausel für KIT - Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage. In: International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) vom 9. Dezember 2011. URL: http://www.inesglobal.com/KIT-Dezember-2011.phtml

Schulze, Dietrich (2011c): Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot: Zivilklausel für KIT und Hochschulen Baden-Württembergs. In: AG Friedensforschung des Friedenspolitischen Ratschlags Kassel vom 28. Dezember 2011 URL: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/schulze.html

Slaughter, Sheila und Leslie, Larry L. (1997): Academic Capitalism. Politics, Policies and the entrepreneurial University. John Hopkins University Press. Baltimore.

Töpfer, Eric (2006): The German Security Research Programme. Transferring military technology – securitising civil research. URL: http://www.statewatch.org/analyses/no-124-german-security-research-programme.pdf

Anhang: Ausgaben des Bundes im Förderbereich Wehrforschung- und technik



Jahr	Ausgaben real in Mio €	Ausgaben nominal in Mio €
1995	1591,37	1452,60
1999	1217,62	1180,00
2000	1188,40	1168,20
2001	1163,36	1148,70
2002	1023,41	1022,80
2007	1214,42	1243,20
2008	1168,78	1233,30
2009	1104,38	1204,00
2010	1057,47	1172,20

Tabelle: *Ausgaben des Bundes im Förderbereich Wehrforschung- und technik in Mio €. In den Preisen von 2005. Quelle: Bundesbericht Forschung*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Offensive der Kriegsforscher

von Christoph Marischka

Auf Stichwort des Verteidigungsministers eröffnet die Süddeutsche Zeitung eine Debatte um „intellektuelle Beiträge der deutschen Hochschulen“

Am 27. Februar 2012 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung (SZ) einen Artikel unter dem Titel “Ungeliebte Militärforschung”.[1] Darin wird auf ein Interview mit dem Bundesverteidigungsminister vom 3. Februar 2012 zur Münchner Sicherheitskonferenz und der „neue deutsche Führungsrolle“ in Europa verwiesen, in dem dieser auch anmerkte, dass er “keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden” erkennen könne. Dazu heißt es dann in der SZ:

“Unter Wissenschaftlern verursacht die Aussage [...] Aufregung. Nicht, weil sie völlig falsch wäre: Die Lehrstühle, die sich in Deutschland explizit mit Sicherheitspolitik beschäftigen, lassen sich an einer Hand abzählen, es dürften nicht mehr als fünf sein. Das aber liege daran, dass die ‘Kriegsforschung’ nicht gewollt sei, klagen die Wissenschaftler: ‘Wer sich unbeliebt machen will, macht Sicherheitspolitik, wer Fördermittel will, macht was anderes’, sagt Markus Kaim, der die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin leitet.”

Gleich am folgenden Tag war Markus Kaim im Deutschlandfunk mit einem Plädoyer zu hören, den syrischen Bürgerkrieg mit weiteren Waffenlieferungen zu eskalieren, denn das sei in Libyen „tatsächlich auch vergleichsweise effektiv gewesen [...], und ein weiteres Beispiel gilt es in Erinnerung zu rufen, genau in den 90er-Jahren ist das ja auch in Bosnien passiert, wo man eben die Bosniaken bewaffnet hat gegenüber den serbischen Milizen.“ Daran müsse sich dann auch Deutschland beteiligen, „[g]erade, weil wir uns in Libyen nicht beteiligt haben, rechtlich, politisch und militärisch, deshalb wird der Erwartungsdruck umso höher sein, dass Deutschland jetzt in irgendeiner Form einen Beitrag leisten würde.“[2]

Kriegspraktiker

Tatsächlich jedoch bestand die einzige öffentliche „Aufregung“, die es bis zum SZ-Artikel über den Kommentar de Maizieres gab, bislang wiederum in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Die Sendung „Campus und Karriere“ hatte hierzu, ebenfalls am 27.2.2012, den Geschäftsführer der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Harald Müller, befragt. Harald Müller leitet im Planungsstab des Auswärtigen Amts einen Arbeitskreis zur Friedens- und Konfliktforschung, war ein leidenschaftlicher Befürworter der NATO-Intervention in Libyen und hat aus diesem Anlass auch gleich sehr deutlich gemacht, was “Friedensforschung” so leisten kann. In einem Standpunkt der HSFK mit dem Titel „Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte“, meinte er, der NATO und ihren Rebellen taktische Hinweise geben zu können, wie der Krieg mit NATO-Luftunterstützung zu gewinnen sei:

“In offenem Gelände können sich die Rebellen nicht halten. Sie haben eine gewisse Chance im urbanen Straßenkampf, aber auch nur, wenn sie der feindlichen Infanterie gegenübertreten. Wird diese aus der Luft und von gepanzerten Fahrzeugen und schweren Geschützen unterstützt, ist der Kampf verloren. Zugleich ist im offenen Gelände die Luftüberlegenheit entscheidend… [In Nordlibyen] haben die Luftstreitkräfte freie Bahn. Bodentruppen (auch Marineverbände) sind relativ leichte Beute für sie.”[3]

Entsprechend verwehrte er sich im Interview mit dem Deutschlandfunk gegen die Kritik des Verteidigungsministers und widersprach damit zugleich der tatsächlich reichlich haltlosen Aussage im am selben Tag erschienen SZ-Artikel, wonach sich „nicht mehr als fünf“ Lehrstühle „in Deutschland explizit mit Sicherheitspolitik beschäftigen“. Das unterschlägt beispielsweise, dass im Jahr 2007 in Potsdam eigens ein Masterstudiengang Military Studies mit Beteiligung der Bundeswehr eingerichtet wurde. Müller verweist hingegen auf die Situation in Frankfurt, wo er selbst einen Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung innehat. Nach seiner Auffassung gibt es „an einer ganzen Reihe deutscher Universitäten Lehrstühle, die regelmäßig über sicherheitspolitische Fragen arbeiten, alleine in Frankfurt mindestens fünf Professuren“ und die Politik finanziere „teilweise großzügig sowohl an den Universitäten als auch noch mehr in außeruniversitären Instituten wie etwa dem meinigen Forschungen zu diesen Fragen [...] Die Drittmittelanträge, die wir einwerfen, sind durchweg sicherheitspolitischer Natur, das liegt nun mal bei einem … kann bei einem Institut für Friedensforschung gar nicht anders sein, und wir sind doch relativ erfolgreich dabei.“ Als Beispiel verweist Müller etwa auf einen Sonderband „über Afghanistan und die deutsche Afghanistanpolitik“, der „sehr, wenn Sie so wollen, fußgängerische praktische Überlegungen“ anstelle.[4]

Genau das wünscht sich der Verteidigungsminister, jedenfalls schreibt das die SZ: “De Maiziere wünscht sich nun Antworen auf aktuelle Fragen. Zum Beispiel: Dürfen Armeen Drohnen im Kampf einsetzen? Dürfen sie private Sicherheitsfirmen einspannen? Wie sollten Staaten auf einen Cyberangriff reagieren?”[5] Michael Brzoska vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik wird ergänzend zitiert: “Bei einem Iran-Krieg beispielsweise hätte Deutschland zu wenig Leute, die sich mit der Führung Irans auskennen” - wobei bemerkenswert ist, dass solche Kenntnisse in Friedenszeiten oder während der Suche nach einer diplomatischen Lösung des Atomkonfliktes für entbehrlicher gehalten werden.

Diffamierung der Kriegskritik

Die in der SZ zitierten („Friedens“-)Forscher jedoch monieren nicht nur, dass die Mittel hierfür zu gering seien, sondern es auch aus der Studierendenschaft und der breiteren Gesellschaft Kritik an einer solchen Beratungstätigkeit der Wissenschaft für eine aggressive und militarisierte Außenpolitik gibt. „Wer die Rolle der Bundeswehr thematisiert, schrammt immer knapp an dem Verdacht vorbei, ein Kriegstreiber zu sein“, zitiert die SZ Eberhard Sandschneider von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Kaim ergänzt: „Fragen von Krieg und Frieden kann man in Deutschland kaum diskutieren, ohne dass sie normativ aufgeladen würden“. „In anderen Ländern“, so paraphrasiert die SZ Kaim weiter, „etwa in Großbritannien und Frankreich, seien Krieg und Frieden sozialwissenschaftliche Phänomene, fast wie Geld oder Ehe. ‘Moralische Fragen sind damit nicht unmittelbar verbunden’“.

Die von den „Friedensforschern“ monierte „normative Aufladung“ spielt offen auf die Kritik einer „Militarisierung von Forschung und Lehre“, etwa hinsichtlich des Sonderforschungsbereichs 700, „der seit dem Jahr 2007 untersucht, wie Krisengebiete zu regieren sind“ und die Forderung nach Zivilklauseln an Universitäten an. Diese Kritiker bzw. Befürworter einer Zivilklausel kommen jedoch nicht zu Wort. Ihre Position wird in der SZ jedoch einleitend damit kontextualisiert, dass sich in diesem Land „die meisten Menschen völlig sicher fühlen. Sie sitzen in ihren behüteten Heimen, denken nicht an Afghanistan, nicht an Piraten vor Somalia, nicht an das Für und Wider eines Nato-Einsatzes in Syrien.“ Stattdessen werden in einer konzertiert wirkenden Berichterstattung auf der Grundlage einer provokativen Äußerung des Verteidigungsministers diejenigen zitiert, die von einer verstärkten Förderung dessen, was hier eigentlich erstmals als „Kriegsforschung“ positiv konnotiert wird, profitieren – mit eben dieser Forderung und einer Diffamierung der Kritiker_innen. Einzig aus dem Rahmen fällt dabei Christopher Daase, ebenfalls im Vorstand der HSFK und Professor an der Universität Frankfurt, jedoch im Vergleich zu seinen überwiegend für Stiftungen aktiven zitierten Kollegen tatsächlich stärker in der Forschung als in der Politikberatung tätig. Er wird zitiert mit einem zaghaften Verweis, dass die Debatte, wenn sie tatsächlich offen geführt wird, von der Politik gerne wieder abgewürgt wird: „Dann wird sie gerne als uninformiert oder pazifistisch kritisiert und delegitimiert.“

Ob die Autorin der SZ, Silke Bigalke, gemerkt hat, wie sehr das auf ihren eigenen Artikel zutrifft? Egal: Die Debatte um eine verstärkte und offene Finanzierung von Kriegsforschung wurde hiermit eröffnet – auf ein Stichwort des Verteidigungsministers hin.

Anmerkungen:

1 Silke Bigalke: Ungeliebte Militärforschung, Süddeutsche Zeitung vom 27.02.2012.

2 „Sicherheitsexperte: Folgen einer Syrien-Invasion wären ‘unvorhersehbar’ – Wissenschaftler Kaim rät stattdessen zu Waffenlieferungen und Unterstützung der Rebellen“, Markus Kaim im Gespräch mit Jörg Degenhardt, Ortszeit (Deutschlandradio Kultur) vom 28.02.2012, http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1688549/.

3 Harald Müller: Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte, HSFK Standpunkte 2/2012, http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/standpunkt0211.pdf.

4 „Müller: Friedensforscher leisten Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte – Wissenschaftler widerspricht Vorwürfen aus Verteidigungsministerium“, Manfred Götzke im Gespräch mit Harald Müller, Campus & Karriere (Deutschlandfunk) vom 27.02.2012.

5 Alle weiteren Zitate s. FN 1.

Dokumentation

Bemerkungen zur Zivilklausel und ihrer Operationalisierung
Von Wolfgang Neef *

1. Allgemeines
Zivilklauseln gehören zu den Versuchen, die immer notwendigeren Grenzen gegenüber den wachsenden Bestrebungen einer „Kolonialisierung“ der Hochschulen durch Verwertungsinteressen zu formulieren und praktisch umzusetzen. In den vergangenen 30 Jahren wurden die Hochschulen durch die Kürzung öffentlicher Mittel in Zuge der Umsetzung der neoliberalen Ideologie bei wachsender Belastung in Forschung und Lehre immer mehr gezwungen, „Drittmittel“ einzuwerben. Inzwischen ist das Maß der Einwerbung solcher Mittel geradezu zum Leistungsindikator geworden – eine perverse Umkehrung des gesellschaftlichen Auftrags […].
Zivilklauseln bringen das Problem mit sich, dass sie meist […] sehr allgemein formuliert sind und damit nur schwer operationalisierbar. Man muss sie deshalb für die tägliche Praxis mit Kriterien unterfüttern, die es erlauben, Projekte zu beurteilen und im öffentlichen Diskurs für oder gegen sie zu argumentieren.
Zu diesen Kriterien gehören aus meiner Sicht:
1. Geldgeber ; 2. Thema, Forschungsziel, Methoden; 3. Veröffentlichungsbereitschaft;
4. Informationen von Beteiligten.
Wichtiger als das Abarbeiten eines Kriterien-Katalogs ist aber, dass die Universität alle Forschungsprojekte öffentlich macht. Dafür gibt es z.B. Rechenschaftsberichte, möglichst jährlich, die über Themen, Inhalte und Geldgeber Auskunft geben. Da sich zudem die Kriterien bzw. ihre Beurteilung für „Rüstungs- relevante Forschung“ ändern können, ist entscheidend wichtig, dass es eine kritische Öffentlichkeit in den Universitäten gibt, die in Zweifelsfällen eine Debatte beginnt um Projekte, die rüstungsrelevant sein könnten.
Diese kritische Öffentlichkeit ist nicht nur für Fragen von Rüstungsforschung entscheidend wichtig, sondern generell für die Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Forschung und Lehre an unseren Hochschulen und für die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft: Werte, Ziele, Methoden sollten nicht nur unter Wissenschaftsimmanenten Gesichtspunkten immer wieder neu diskutiert werden, sondern unter Beteiligung möglichst vieler Bürger, Organisationen, Verbände. Mit den Versuchen der engen Funktionalisierung der Lehre durch den Bologna-Prozess (der ursprünglich ganz andere Ziele hatte) für die Ausbildung vom „Beschäftigungs-System“ nachgefragter beruflicher „skills“ und der „Excellenz“- Manie, verbunden mit einer Art Tonnen-Ideologie für die Leistungsmessung in Forschung und Lehre an den Hochschulen, erscheinen allerdings diese Selbstverständlichkeiten manchmal wie Überbleibsel aus einer anderen Zeit.

2. Umsetzung der Zivilklausel an der TU Berlin […]

3. Transparenz und kritischer Diskurs als Grundbedingung
Alle Klauseln und Präambeln in Gesetzen, Ordnungen etc. nützen nichts, wenn es keine kritische Öffentlichkeit an den Hochschulen gibt. Transparenz entsteht nur, wenn sie von aktiven Menschen hergestellt wird. Insofern ist aus meiner Sicht für die Frage der Wirksamkeit von Zivilklauseln eine aktive Kultur des kritischen, gesellschaftsbezogenen Diskurses über die Wissenschaft und ihre sozialen, ökologischen und ökonomischen Entstehungsbedingungen und Wirkungen Grundvoraussetzung. Auch hier würde ich sagen, dass Zivilklauseln nur einen Teil des notwendigen Prozesses öffentlicher Verarbeitung, Infragestellung, Analyse des Wissenschaftsbetriebs und der Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis darstellen. Es wäre grundfalsch, wenn man diesen Prozess – wie auch in der Diskussion um die Zivilklauseln zum Teil geschehen – gedanklich immer wieder mit den Studierenden und ihren Aktivitäten koppelt und ihnen damit den größten Teil der Verantwortung für den Diskurs zuschiebt. […]
Auch die Hochschulleitung hat eine große Verpflichtung, sich gegen die bereits erwähnte „Kolonialisierung“ durch vielfältige Verwertungsinteressen zur Wehr zu setzen: Klare Positionen gegenüber dem „großen Geld“ […] sind dabei ebenso vonnöten wie die Entschlossenheit, die neoliberalen Rezepte für die Ökonomisierung der Hochschulen und ihre untauglichen strukturellen Instrumente abzuwehren. […]

4. Erweitertes Verständnis von Zivilklauseln
Mit der neoliberalen Ökonomisierung der Hochschulen hält eine ökonomische Ideologie Einzug auch in die Hochschulen, die in ihrem Wesen eine Kriegs-Ökonomie ist. Kapitalistische Konzerne sind militärisch organisierte, hochgerüstete Kampfverbände, die sich gegenseitig nieder-konkurrieren. Sie sind nach innen nach dem Muster des Militärs hierarchisch aufgebaut und operieren nach außen aggressiv bis kriminell. Die gesamte Sprache dieser Sorte von Wirtschaft ist ausgeprägt kriegerisch. Zitat eines im VDI aktiven Chefingenieurs einer Firma im Badischen, die mit ca. 1500 Beschäftigten auf dem globalen „Markt“ tätig ist: „Wir müssen unsere Studierenden fit machen für den Wirtschaftskrieg“ – es ging um Ingenieur-Ausbildung. Schumpeter benutzt für die Innovations-Strategien des Kapitalismus den Begriff „Schöpferische Zerstörung“. Kennzeichnend für die Ökonomisierung aller Lebensbereiche ist die Konkurrenz: Intern in den Unternehmen unter den Beschäftigten, extern eben als „Wirtschaftskrieg“. […]
So sollen auch Hochschulen im „Excellenz-Wettbewerb“ um die immer knapper gemachten Mittel zu solchen Kampfverbänden mutieren, sich gegenseitig ausstechen; auch im Studium geht es immer offener um Konkurrenz unter den Studierenden um die besten Noten. Die Schumpetersche Formulierung kennzeichnet die ständige aggressive Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Strukturen. Es wird nicht nur Krieg unter den beteiligten Menschen propagiert, mit Gewinnern und Verlierern, sondern auch ein Krieg gegen die Natur geführt, der inzwischen zum Teil irreversible Zerstörungen der Lebensgrundlagen der Menschen angerichtet hat. […]
Insofern sind die Befürworter der Zivilklauseln gut beraten, wenn sie nicht nur die militärische Rüstung, also die Forschung und Entwicklung an und von Waffensystemen zum direkten Töten von Menschen, sondern auch die Forschung und Lehre für wirtschaftliche und technische „zivile“ Hochrüstung zum Kampf aller gegen alle in ihre Debatten einbeziehen. Denn logisch weiter gedacht, ist das Propagieren und Entwickeln militärischer Strategien zur „Ressourcen-Sicherung“ eine unmittelbare Folge dieser Kriegs-Ökonomie. […]

Berlin, den 13.03.2012

* Dr. Wolfgang Neef ist Vorstandsmitglied der „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.“, Berlin.

Der vollständige Text ist abrufbar:
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/zivil3.html

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt

von Jürgen Wagner

Seit einiger Zeit wird innerhalb der westlichen Eliten eine teils hitzige Debatte geführt, auf welche Weise in den syrischen Bürgerkrieg eingegriffen werden soll – die Palette reicht dabei von der Aufrüstung und Ausbildung der „Freien Syrischen Armee" (FSA) über die Einrichtung einer Flugverbotszone und humanitärer Schutzzonen (nebst militärischer Durchsetzung und Absicherung) bis hin zu einer groß angelegten Militärinvasion. Während um die „richtige" Strategie noch gerungen wird, ist man sich über das Ziel bereits einig, nämlich dass „der Aufstandsbewegung" zum Sieg verholfen werden soll: „Genug ist genug, dieses Regime muss weg", gab der französische Präsident Nicolas Sarkozy kurz und bündig zu Protokoll.[1] Auch US-Regierungschef Barack Obama merkte zur Zukunft des syrischen Machthabers Baschar al-Assad lapidar an: „Seine Tage sind gezählt. Das ist keine Frage des Ob, sondern des Wann."[2] Vor diesem Hintergrund werden in den letzten Tagen und Wochen die Forderungen nach einer direkten westlichen Militärintervention in Syrien immer lauter.[3] Auf den ersten Blick deuten deshalb Meldungen vom 8. März 2012 darauf hin, dass eine solche Intervention immer wahrscheinlicher wird: „Angesichts der anhaltenden Gewalt in Syrien prüft das Pentagon auf Anweisung von Präsident Obama militärische Optionen - darunter offenbar auch Flugverbotszonen und begrenzte Luftschläge."[4]

Allerdings wird vor allem aus den Reihen des Militärs hiervor gewarnt: eine Intervention sei angesichts der strategischen Lage sowie der weiterhin beachtlichen Stärke der syrischen Armee mit extremen Risiken behaftet.[5] Angesichts dieser Vorbehalte gegenüber einem militärischen Eingreifen wird derzeit versucht, eine andere, nur scheinbar „moderatere" und „erfolgversprechendere" Interventionsmöglichkeit als Alternative hierzu zu propagieren: „Da kein Land selbst in Syrien militärisch einschreiten will, wäre eine Unterstützung der Kämpfer der Freien Syrischen Armee eine Alternative."[6] Für Befürworter einer solchen Militarisierung der Proteste heiligt der Zweck zumindest im Falle Syriens die Mittel. Exemplarisch heißt es etwa in einem Artikel in der Zeit: „Wenn Assad an der Macht bleibt, wäre das der bislang schlimmste Rückschlag für die arabische Reform- und Revolutionsbewegung. […] Es geht um einen Kampf zwischen Assad und seinen revolutionären Gegnern, in dem der Diktator rücksichtslos Gewalt anwendet und in dem militärische Hilfe der Revolution zum Überleben und womöglich zum Sieg verhelfen kann. Moralisch und politisch steht genug auf dem Spiel, um es zu versuchen."[7] Eine Kritik an dem harten Vorgehen der Regierungstruppen gegen die Opposition ist berechtigt. Allerdings wird in dem Zeit-Artikel ausgeblendet, dass in Syrien inzwischen ein Bürgerkrieg stattfindet, bei dem es zu Gewalt und Opfern auf beiden Seiten kommt. Dennoch finden sich solche oder ähnliche Argumentationsmuster in der derzeitigen Debatte häufig. Sie basieren auf der Annahme, der Versuch, sich gewaltsam eines repressiven Regimes zu entledigen, sei effektiv und angesichts brutaler Unterdrükkung die einzige verbleibende Handlungsoption. Daraus abgeleitet führt diese Argumentationskette dazu, dass die Aufrüstung militärischer Oppositionsbewegungen zu einer Art moralischem Imperativ hochstilisiert wird.

Ihr Pendant finden diese westlichen Scharfmacher im Syrischen Nationalrat (Syrian National Council, SNC), der keineswegs, wie unablässig behauptet, die gesamte Oppositionsbewegung vertritt, sondern von den interessierten Staaten lediglich als Sprachrohr auserkoren wurde. Der Grund liegt darin, dass der SNC sowohl politisch als auch argumentativ ins Eskalationsgefüge passt. Dies betrifft etwa seine Absage an eine Verhandlungslösung und an jedwede Kompromisse sowie seinen Ruf nach auswärtiger (militärischer) Unterstützung. So hieß es Mitte März 2012: „Angesichts andauernder Gewalt in Syrien fordert die syrische Opposition eine Militärintervention. ‚Wir fordern ein militärisches Eingreifen der arabischen Staaten und der internationalen Staatengemeinschaft', schreibt der Syrische Nationalrat in einer Erklärung.

Anti-Assad-Demonstration. Quelle: flickr/Freedom House

Pro-Assad-Demonstration. Quelle: indymedia

Die Organisation forderte, das gesamte Staatsgebiet zur Flugverbotszone zu erklären. Außerdem solle eine Schutzzone für Zivilisten eingerichtet werden. Die ‚Freie Syrische Armee', die sich zum Großteil aus Deserteuren rekrutiert, müsse bewaffnet werden, um Widerstand leisten zu können. ‚Wir haben keine Wahl als uns mit Waffengewalt zu wehren', sagte ein Mitglied des Syrischen Nationalrats."[8]

Dieser Aussage kann und muss jedoch entgegengehalten werden, dass es genau diese Wahl und Alternative gibt. Denn bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Aussichten gewaltfreier Oppositionsbewegungen bei weitem größer sind, ihre Ziele zu erreichen – auch in äußerst repressiven Umgebungen. Die Chancen, dass aus gewaltfreien Protesten demokratische und stabile Länder hervorgehen, sind ebenfalls ungleich größer als wenn versucht wird, sich mittels Gewalt eines Herrschers zu entledigen. Andererseits besteht selbst für den Fall eines Erfolges militärischer Aufstände eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass aus ihnen ein autoritärer Staat hervorgeht, in dem es zu lang andauernden bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt. Denn die Militarisierung von Protesten führt zur Marginalisierung der Gruppen, die sich für Gewaltfreiheit einsetzen, was gravierende Auswirkungen für die weiteren Entwicklungen hat. Aus diesem Grund verwehren sich auch viele syrische Oppositionelle trotz den scharfen Repressionen, denen sie ausgesetzt sind, gegen jegliche äußere militärische Einmischung.

Trotzdem wurde mit der Bewaffnung der „Freien Syrischen Armee" inzwischen begonnen, weshalb selbst einige Analysen aus regierungsnahen Kreisen zu dem Ergebnis gelangen, dass dies zu einer weiteren Eskalation des Bürgerkriegs und einem lange andauernden Konflikt mit zahllosen Toten führen wird. Dies gilt sowohl für den Fall, dass sich Assad, der wohl noch über beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt[9], an der Macht halten kann als auch bei einem Sieg der hochgerüsteten Opposition, die wohl spätestens danach in zahllose Kleingruppen zerfallen dürfte, die im Land um die Macht kämpfen werden. Aus Sicht der Staaten, die eine Militarisierung der Proteste befürworten und vorantreiben, wäre ein syrischer Dauerbürgerkrieg sicher ein „akzeptables" Ergebnis, wäre hierdurch doch der wichtigste Verbündete des Iran langfristig geschwächt; für die Menschen in Syrien wäre es jedoch eine Katastrophe. Gerade diejenigen, die vom hohen Ross angeblicher moralischer Überlegenheit zur Gewalt aufrufen, sollten sich hierüber im Klaren werden und ihre Positionen überdenken.

1. Militärische Unwägbarkeiten

Einer der vehementesten Befürworter eines westlichen Militäreinsatzes ist der ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain: „Auf die Bitte des Syrischen Nationalrats und der Freien Syrischen Armee und lokaler Koordinationskomitees innerhalb des Landes sollten die Vereinigten Staaten internationale Bemühungen anführen, Schlüsselgebiete in Syrien zu schützen. […] Das ultimative Ziel von Luftschlägen sollte die Errichtung von sicheren Häfen in Syrien, besonders im Norden sein, in denen sich die oppositionellen Truppen organisieren und ihre politischen und militärischen Aktivitäten gegen Assad planen können. Diese sicheren Häfen könnten als Plattformen für die Lieferung humanitärer und militärischer Hilfe dienen – einschließlich Waffen und Munition […]. Diese sicheren Häfen könnten es der Freien Syrischen Armee und anderen bewaffneten Gruppen in Syrien auch erlauben, durch Training und Organisation und mit Unterstützung ausländischer Partner einheitlichere und effektivere militärische Einheiten zu werden. […] Die Lieferung von Waffen an die Freie Syrische Armee und andere Oppositionsgruppen ist notwendig, aber nun reicht das nicht mehr aus, um das Schlachten zu stoppen und unschuldige Menschen zu retten. Der einzige Weg sind ausländische Luftschläge."[10]

In Deutschland fordert etwa Kerstin Müller, die außenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, ebenfalls die Einrichtung humanitärer Schutzzonen und betont gleichzeitig: „Diese Korridore müssen militärisch geschützt werden."[11] Eine Analyse der „Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) macht allerdings darauf aufmerksam, dass ein solches Vorhaben militärisch recht anspruchsvoll wäre: „Eine Schutzzone von beispielsweise 80 km Breite und 50 km Tiefe würde inklusive aller unterstützenden Einheiten ein Kontingent von rund 40.000 bis 50.000 Soldaten erfordern. Dabei setzt diese Form des militärischen Engagements aber voraus, dass sowohl die syrische Luftverteidigung als auch die Luftwaffe weitgehend ausgeschaltet sind. Eine Schutzzone am Boden ist also ohne die Durchsetzung einer Flugverbotszone in Syrien nicht zu realisieren."[12] Auch andere Analysen gelangen zu dem Ergebnis, eine Schutzzone würde nicht nur die Kontrolle des Luftraums, sondern schlussendlich auch eine Bodentruppe erfordern: „Ohne eine umfassende Militärintervention mit Bodentruppen werden sich solche Räume nicht gegen den Willen des Regimes durchsetzen lassen, womit die beteiligten Staaten zur Kriegspartei würden."[13]

Angesichts der Tatsache, dass diese Schutzzonen – wie etwa John McCain ja freimütig einräumt – auch als „Brückenköpfe" für die Stärkung der „Freien Syrischen Armee" dienen sollen, dürfte es außer Frage stehen, dass die syrische Regierung versuchen wird, deren Etablierung zu verhindern. Aus diesem Grund wird aus Reihen des US-Militärs immer deutlicher vor den Risiken einer Militärintervention gewarnt. In einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senates am 6. März 2012 gab der Chef des US-Zentralkommandos, James Mattis, zu bedenken, die Einrichtung von Schutzzonen werde eine große Anzahl an Bodentruppen erfordern. Gleichzeitig existierten in Syrien – anders als es in Libyen der Fall war – keine größeren Gebiete, die sich unter Kontrolle der Aufständischen befinden, was ein Eingreifen erheblich erschwere. Schließlich verwies Mattis noch auf die im Vergleich zu Libyen deutlich größere Qualität der syrischen Luftabwehr und Luftwaffe, wodurch sich die Risiken weiter erhöhen würden.[14] Eine Auseinandersetzung mit der 330.000 Mann starken syrischen Armee und insbesondere mit den Luftstreitkräften ist also riskant, weshalb US-Verteidigungsminister Leon Panetta auf die „begrenzte Wirksamkeit militärischer Mittel" in Syrien

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

hinwies.[15] Laut dem privaten Nachrichtendienst „Strategic Forecast" würden deshalb derzeit in den USA die Vorbehalte gegenüber einer Militärinvasion deutlich überwiegen, daran ändere auch die bereits erwähnte Konkretisierung der US-Angriffspläne nichts, die eher als eine Routinemaßnahme zu sehen sei.[16]

2. FSA-Aufrüstung: Alternative…

Angesichts der Risiken einer umfassenden Militärintervention wird derzeit von verschiedenen Strategen die Aufrüstung der „Freien Syrischen Armee" als vermeintliche Alternative hierzu vorgeschlagen. Hierfür spricht sich etwa Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" aus: „Die erste Handlungsoption wäre der verdeckte Einsatz von Spezialkräften in Syrien, der vor allem zwei Ziele hätte: zum einen die Unterstützung der Freien Armee Syriens (FAS) in Form von Ausbildung und Bewaffnung und zum zweiten die Schwächung des syrischen Regimes durch Sabotage der militärischen Infrastruktur."[17] Schützenhilfe erhält Kaim beispielsweise von Ferhad Ahma und Hosan Ibrahim, die beide Mitglieder des Syrischen Nationalrats sind und de facto als seine Deutschland-Sprecher agieren: „Wenn in den nächsten Tagen keine Anzeichen für einen politischen Prozess zur Machtübergabe kommen, wird der Nationalrat die Rebellen selbst bewaffnen", so der Grünen-Politiker Ferhad Ahma Mitte März 2012. „Die Massaker der letzten Tage lassen uns keine andere Wahl. Wir haben ein Jahr lang gewartet."[18] Auch Hosan Ibrahim, betont: „Die politischen Mittel sind ausgeschöpft. Wir haben uns mehr vom Westen erwartet."[19] Angesichts derartiger Äußerungen ist es hochproblematisch, dass sowohl Ferhad Ahma als auch Hosan Ibrahim zusammen mit verschiedenen Friedensgruppen im Beirat der Kampagne „Adopt a Revolution" sitzen, die es sich eigentlich zum Ziel gesetzt hat, die gewaltfreien Teile des syrischen Widerstands zu stärken.

Auch in den USA fordert längst nicht mehr nur John McCain die Bewaffnung der Opposition. So erklärte der einflussreiche US-Senator Joe Lieberman: „Ich denke, wir sollten damit anfangen, die Freie Syrische Armee zu unterstützen. Das kann medizinische Unterstützung sein, Unterstützung in Bezug auf Informationen, Aufklärungsergebnisse, die wir sammeln, und schließlich können wir ihnen natürlich Waffen liefern und sie ausbilden."[20] Nachdem die Obama-Regierung – zumindest öffentlich – einer Bewaffnung der FSA lange skeptisch gegenüberstand, wurde Anfang März semi-offiziell eine Richtungsänderung verkündet, indem ein ungenanntes Regierungsmitglied einräumte: „Die US-Politik zielt nun darauf ab, die Opposition dazu zu befähigen, Assads Regime zu stürzen. Hierbei handelt es sich um einen wichtigen Kurswechsel unserer Syrien-Politik."[21] Augenscheinlich sollen die Waffen vorrangig von den Anrainerstaaten kommen: „Mehrere arabische Golfstaaten – Saudi-Arabien, Katar, Kuwait – kündigten an, sie wollten Waffen an die Deserteure der sogenannten Freien Syrischen Armee liefern."[22] Dass dies bereits geschieht, wurde mittlerweile auch offiziell bestätigt: „Der oppositionelle Syrische Nationalrat (SNC) hat eingestanden, Waffen aus anderen Staaten angeliefert zu bekommen. Die Opposition habe ein Koordinierungsbüro eingesetzt, welches Waffen aus dem Ausland bekomme und an die Freie Syrische Armee weiterleite, sagte SNC-Sprecher George Sabra auf einer Pressekonferenz in Istanbul."[23]

Berichten zufolge wurde auch mit der Ausbildung der Aufständischen durch US-amerikanische, französische und britische Truppen in der Türkei, in Libyen und im Nordlibanon schon länger begonnen.[24] Doch auch innerhalb Syriens scheinen westliche Spezialeinheiten zu operieren, um die FSA aufzurüsten und Sabotageakte durchzuführen. Dies legt jedenfalls der von Wikileaks veröffentlichte interne Mailverkehr des privaten Nachrichtendienstes „Strategic Forecast" nahe. So berichtet Stratfor-Analyst Reva Bhalla von einem Treffen mit hochrangigen US-Airforce-Offizieren im Dezember 2011: „Nachdem einige Stunden geredet wurde, bestätigten sie ohne es direkt zu sagen, dass Spezialeinheiten (vermutlich aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Jordanien und der Türkei) bereits für Aufklärungsmissionen und zum Training der Oppositionskräfte vor Ort seien." Die Airforce-Offiziere beeilten sich gegenüber ihrem Gesprächspartner jedoch zu versichern, die Spezialeinheiten hätten nicht den Auftrag, Vorarbeiten für eine Militärintervention zu leisten: „Die Idee dahinter ist es 'hypothetisch' Guerillaangriffe sowie Attentatskampagnen durchzuführen, zu versuchen die alawitischen Truppen zu brechen und den Kollaps von innen her zu fördern."[25] Die Gerüchte um die Verhaftung französischer Spezialeinheiten innerhalb Syriens erhärten den Verdacht zusätzlich, dass westliche Soldaten bereits innerhalb des Landes operieren.[26]

3. … oder Wegbereiter einer Militärintervention?

Augenscheinlich herrscht bezüglich der Forderungen Markus Kaims nach einer Bewaffnung der Aufständischen innerhalb der „Stiftung Wissenschaft und Politik" keineswegs Konsens. Zeitgleich veröffentlichte die SWP ein weiteres Papier, das eine „andere Perspektive auf das Thema bietet." In ihm lehnen die Autoren Muriel Asseburg und Heiko Wimmen die Aufrüstungspläne von Kaim und anderen in ungewöhnlich scharfer Form ab: „Von Waffenlieferungen an die FSA ist dringend abzuraten. […] Denn eine weitere Militarisierung des Aufstandes wird das militärische Kräfteverhältnis kaum entscheidend verändern, jedoch die Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung weiter in die Höhe treiben."[27] Entgegen der Eigenangaben von 40.000 Soldaten scheint die Personalstärke der FSA eher zwischen 4.000 und 7.000 Kämpfern zu liegen.[28] Eine ernsthafte Bedrohung stellt die FSA deshalb trotz im Umfang begrenzt zunehmender Desertationen bislang wohl nicht dar: „Die Spitzen und das Gros des nach wie vor schlagkräftigen Sicherheitsapparates stehen jedenfalls weiter loyal zum Regime. […] Die FSA ist zudem schlecht ausgerüstet, ein Sammelbecken auch krimineller Elemente und in lokale Rebellengruppen zersplittert. Mithin stellt sie keine ernstzunehmende Herausforderung für Armee und Sicherheitskräfte dar."[29]

Auch in den USA gibt es ähnlich kritische Stimmen aus regierungsnahen Kreisen. Augenscheinlich vor allem als Replik auf die Forderungen von McCain und Lieberman gedacht, veröffentlichte das „Center for a New American Security", eine Denkfabrik für militärstrategische Fragen mit besten Kontakten zur Obama-Administration, im Februar 2012 eine ausführliche Kritik an den Überlegungen, die Aufständischen weiter aufzurüsten. Der Autor, Marc Lynch, weist ebenfalls darauf hin, dass die Absicht, eine „Chancengleichheit" zwischen Regierungstruppen und FSA herzustellen, von vorneherein zum Scheitern verurteilt sei: „Angesichts des Ungleichgewichts zugunsten der Regimekräfte ist es wenig wahrscheinlich, dass Waffen den Rebellen genug Macht verschaffen werden, um das Regime auf dem Schlachtfeld zu besiegen und zu stürzen. Es wäre außerdem extrem schwierig, Russland, den Iran oder andere davon abzuhalten, weitere Waffen und Hilfe für Assad bereitzustellen, sobald die Unterstützer der Opposition dies offen tun. Einer verhältnismäßig schwachen Opposition Waffen zu geben, wird nicht notwendigerweise dazu führen, den militärischen Graben zu überwinden – es könnte schlicht einen blutigeren Konflikt verursachen."[30]

Sollte aber eine solche absehbare Eskalation eintreten, so Lynch weiter, würde unweigerlich immenser Druck entstehen, die Sup-

pe, die man sich mit der Bewaffnung der FSA eingebrockt hat, auch mittels einer Militärintervention auszulöffeln: „Sollte die Opposition dabei scheitern, die Krise relativ schnell zu lösen, was wahrscheinlich ist, wird es unweigerlich Rufe geben, Luftschläge durchzuführen […]. Mit anderen Worten, was wie eine Alternative zu einer militärischen Intervention erscheint, ist tatsächlich mehr ein Schritt in Richtung militärischer Intervention. Die Bewaffnung der Opposition ist deshalb ein törichtes, riskantes und potenziell desaströses Unterfangen."[31]

Auf beeindruckende Weise bestätigt Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" die Bedenken, eine Aufrüstung der FSA könnte eher der erste von mehreren möglichen (und wahrscheinlichen) Eskalationsschritte darstellen: „In seinen Elementen würde es der Libyen-Operation ähneln: Zuerst verdeckte Spezialoperationen, um die militärische Infrastruktur des Regimes zu schädigen, sowie Angebote an hohe Vertreter des syrischen Militärs, die Seiten zu wechseln; daneben Ausbildung und Ausrüstung für die FSA – wohl nicht direkt, sondern über Verbündete in der Region; im Falle einer dramatischen Verschlechterung der humanitären Lage ginge es gegebenenfalls um die Einrichtung und Sicherung von ein bis zwei Schutzzonen auf syrischem Territorium."[32] Hierbei würde es für Deutschland „allein schon aus bündnispolitischen Erwägungen nahezu unmöglich sein, sich einem eventuellen militärischen Syrien-Engagement vollständig zu entziehen. Eine symbolische Beteiligung wird dabei nicht ausreichen."[33]

4. Folgenreiche Stärkung gewaltbereiter Kräfte

Um die Aktivitäten gegen Baschar al-Assad koordinieren und so den Druck erhöhen zu können, hat sich ein Zusammenschluss von etwa 70 Staaten mit dem irreführenden Namen „Freunde Syriens" gebildet. Dieser Gruppe gehören alle an einem Regimewechsel interessierten Länder, unter anderem die USA, Frankreich, Großbritannien sowie Deutschland an, nicht aber Russland und China, die derzeit versuchen, eine Militärintervention zu verhindern. Gleich beim ersten Treffen Ende Februar 2012 verschaffte man sich einen genehmen Ansprechpartner, indem der „Syrische Nationalrat" in der Abschlusserklärung des Treffens als „ein legitimer Repräsentant" des syrischen Volkes anerkannt wurde.[34]

Andere Vertreter der syrischen Opposition, wie etwa der Schriftsteller Louay Hussein, der zwischen 1984 und 1991 im Gefängnis saß, fühlen sich von diesem Nationalrat jedoch in keiner Weise vertreten: „Bevor man im Ausland diesen Nationalrat erfunden hat, und ich benutze das Wort »erfunden« sehr bewußt, war die syrische Opposition in gewisser Weise einig. Sie war sich einig in dem, was sie sagte, in ihren Positionen und in ihren Handlungsabsichten. Doch jedes Mal, wenn wir zum Zusammenschluß aufriefen, tauchte wie eine Barriere dieser Nationalrat vor uns auf. Bis heute ist es dem Rat nicht gelungen, die wichtigen politischen Kräfte des Landes, Denker und Intellektuelle für sich zu gewinnen. Er hat keinen politischen Aktionsplan. Alles, was er kann und tut, ist, den Sicherheitsrat aufzufordern, das Regime in Syrien zu stürzen."[35]

Dennoch werden Vertreter des Nationalrates in den Medien ausschweifend herumgereicht und dabei so getan, als ob es sich bei ihnen um die einzige und allgemein akzeptierte Stimme der syrischen Opposition handeln würde. Dies geschieht nicht von ungefähr, decken sich die Vorstellungen des Nationalrates, was eine militärische „Lösung" des Konfliktes anbelangt, schließlich weitgehend mit denen vieler westlicher Förderer. Die immer lauter werdende NSC-Forderung nach einer westlichen Intervention ist jedoch laut der SWP-Analyse von Muriel Asseburg und Heiko Wimmen innerhalb der syrischen Opposition keineswegs mehrheitsfähig und erweist sich sogar als Spaltpilz: „Der syrische Nationalrat […] genießt nur zum Teil die Unterstützung der syrischen Bevölkerung. Als größtes Hindernis für ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Oppositionsbündnisse erweist sich dabei die Haltung zur Frage ausländischer Intervention, die von vielen Syrern kategorisch abgelehnt wird. Aus dieser Kontroverse ergeben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das aktuelle Vorgehen."[36]

Ganz ähnlich äußert sich auch Louay Hussein: „Seine Art [die des Nationalrats], mit dem Konflikt hier in Syrien umzugehen, ist für uns als Oppositionelle in Syrien unakzeptabel. Sie wollen die Lösung der ganzen Sache in fremde Hände legen. Sie wenden sich an die internationale Gemeinschaft, den Sicherheitsrat, die Großmächte. Wir wollen eine Lösung hier, in Syrien erreichen. Die Mehrheit der politischen Aktivisten in unserem Land ist nicht einverstanden mit der Richtung, die der Syrische Nationalrat eingeschlagen hat. Die Frage, wie wir das Regime überwinden können, ist schwer genug zu lösen. Durch die Bildung des Syrischen Nationalrates ist das noch komplizierter geworden."[37]

Mit der einseitigen Parteinahme für eine bestimmte Fraktion innerhalb der Oppositionsbewegung werden weitreichende Weichenstellungen für die Zukunft Syriens gestellt. Marc Lynch weist in seiner Studie auf die hochproblematische Machtverschiebung hin, die dies zur Folge hat: „Waffenlieferungen sind keine politisch neutrale Handlung. Diejenigen mit größerem Zugang zu den Netzwerken, die westliche Waffen und Ausrüstung verteilen, werden stärker, sowohl politisch als auch militärisch. […] Besser bewaffnete Kämpfer werden an die politische Macht gelangen, während Gruppen, die sich für Gewaltfreiheit einsetzen oder politische Strategien vorantreiben, marginalisiert werden. […] Diese Option würde die Kluft zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppen aller Wahrscheinlichkeit nach vergrößern."[38]

Die Ergebnisse der Militarisierung der Proteste sind schon jetzt zu beobachten und überaus Besorgnis erregend: „Was als eine erstaunlich couragierte und friedliche Protestbewegung gegen ein repressives arabisches Regime begann, hat sich zu einer zunehmend militarisierten Auseinandersetzung und zu einem Bürgerkrieg entwickelt."[39] Die Folgen dessen sind unübersehbar: „Der Konflikt um eine politische Veränderung in Syrien scheint den innersyrischen Akteuren längst aus den Händen genommen zu sein. Die Protestbewegung, die vor einem Jahr gegen Bevormundung und Korruption, für politische und wirtschaftliche Teilhabe und einen friedlichen Übergang zur Demokratie auf die Straße ging, wurde durch Repression und Verfolgung im Land und durch politische und militärische Aufrüstung ausländischer Akteure längst ins Abseits gedrängt."[40] So bedauerlich diese Entwicklung ist, überraschen kann sie angesichts der Erfahrungen mit militärischen Aufstandsbewegungen keineswegs.

5. Der Reaktionäre Charakter bewaffneter Umstürze

Viele der zuvor aufgeführten Kritikpunkte an einer Militarisierung der syrischen Protestbewegung lassen sich generalisieren, wodurch sich grundsätzlich starke Vorbehalte gegenüber militärischen Umsturzversuchen ergeben. In diesem Zusammenhang ist eine kürzlich erschienene Untersuchung von Erica Chenoweth und Maria Stephan, die sowohl die kurzfristigen als auch langfristigen Ergebnisse bewaffneter und gewaltfreier Aufstände untersucht haben, überaus aufschlussreich.[41]

Sie setzen sich darin mit dem Irrglauben auseinander, militärische Protestbewegungen seien sowohl ein effektives als auch alter-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

nativloses letztes Mittel, um sich gegen ein repressives Regime zur Wehr zu setzen: „Gewaltbereite Aufständische rechtfertigen die Anwendung von Gewalt meist damit, es sei das letzte mögliche Mittel. Viele Wissenschaftler stimmen darin überein, dass Gewalt nur stattfindet, wenn alle anderen Optionen bereits ausgeschöpft wurden. […] Diese Studie stellt diese Aussagen in Frage. Das Argument, dass die Anwendung von Gewalt der einzig effektive Weg ist, um Zugeständnisse von einem repressiven Gegner zu erhalten, lässt sich schlicht und ergreifend nicht beweisen. Gewaltfreier Widerstand ist strategisch im Vorteil." (S. 226)

Chenoweth und Stephan gelangen zu diesem Ergebnis, nachdem sie 323 gewaltsame und gewaltfreie Aufstände untersucht haben: „Der auffälligste Befund ist, dass gewaltfreie Widerstandskampagnen zwischen 1900 und 2006 mit fast doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit teilweise oder vollständig erfolgreich waren als ihre gewaltbereiten Gegenüber." (S. 7) Dies treffe auch dann zu, wenn versucht werde, sich gegen ein extrem repressives Regime zur Wehr zu setzen: „Gewaltfreie Widerstandskampagnen sind effektiver was die Erreichung ihrer Ziele anbelangt als gewaltbereite Widerstandskampagnen. Dies trifft auch für Umstände zu, von denen die meisten Menschen annehmen, dass gewaltfreier Widerstand nutzlos ist, einschließlich Situationen, in denen Widerstand in der Regel mit scharfer Repression seitens des Regimes beantwortet wird." (S. 220)

Doch nicht nur was den unmittelbaren Erfolg anbelange, sondern auch mit Blick auf die langfristigen Auswirkungen der jeweiligen Widerstandsformen, seien die Ergebnisse eindeutig. Auf Grundlage der untersuchten Daten lasse sich folgende belastbare Aussage treffen: „Erfolgreicher gewaltfreier Widerstand wird um ein vielfaches wahrscheinlicher zu Demokratie und zivilem Frieden führen, während der Erfolg gewaltsamer Aufstände Demokratie verhindert oder zurückdreht und gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Bürgerkrieges vergrößert." (S. 218)

Nun sprechen die beiden Autorinnen ausschließlich über Wahrscheinlichkeiten, damit ist überhaupt nichts über die Motive von Umsturzbewegungen gesagt, seien sie gewaltfrei oder gewaltsam. Sicher nicht jeder Aufstand verfolgt per se progressive Ziele und die Einschätzung dessen, ob dem so ist, hängt nicht notgedrungen von der Wahl der Mittel ab. Was sich aber mit einiger Plausibilität sagen lässt ist, dass sich die Anwendung von Gewalt in der überwiegenden Zahl der Fälle auf Ziele wie Demokratie und Frieden negativ auswirkt. Dies gilt ganz besonders für ein Land wie Syrien, das inmitten eines geopolitischen Pulverfasses allererster Ordnung liegt. Dass darüber hinaus sowohl die Opposition selbst als auch die Gesellschaft als Ganzes sehr heterogen ist, erhöht die Gefahr eines lang andauernden Bürgerkrieges selbst im Fall, dass es gelingen sollte, Assad zu stürzen. Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen seitens der „Freien Syrischen Armee" sowie darüber, dass sich zahlreiche Al-Kaida-nahe Kämpfer dem bewaffneten Widerstand angeschlossen haben, unterstreichen diese Befürchtung zusätzlich.[42] Sie sind wohl auch der Grund, weshalb selbst einigen am Regimewechsel interessierten Staaten offensichtlich etwas unwohl dabei ist, die „Freie Syrische Armee" zu bewaffnen.

Auch die CNAS-Analyse von Marc Lynch weist darauf hin, wie gefährlich es ist, dieses hochbrisante Gemisch noch weiter mit Waffen anzureichern: „Die schwächere Seite in einem Bürgerkrieg aufzurüsten ist ein Rezept für einen lang andauernden, blutigen Konflikt und es wäre dumm anzunehmen, ein Aufstand, ist er einmal gestartet, leicht kontrolliert werden könnte. Sollte Assad stürzen, werden die bewaffneten Oppositionsgruppen sich kaum schnell auflösen oder entwaffnen. Stattdessen werden diese bewaffneten Gruppen in einem politischen und sicherheitspolitischen Vakuum inmitten von Angst und Hass operieren, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von Tötungen aus Rache und sich bekämpfenden Milizen."[43]

Kämpfer der "Freien Syrischen Armee", die auf den Koran schwören, die Regierungstruppen bis zum letzten Mann zu bekämpfen. Quelle flickr/Freedom House

Doch womöglich ist genau das – ein fortgesetzter Bürgerkrieg – aus Sicht derjenigen im Westen, die derzeit auf eine Militarisierung der Proteste drängen, ein durchaus wünschenswertes Ergebnis.

6. Bürgerkrieg im geostrategischen Interesse?

Es ist eine bittere Ironie, dass Saudi Arabien, das die brachiale Unterdrückung der bahrainischen Oppositionsbewegung massiv unterstützte, zu den eifrigsten Förderern der „Freien Syrischen Armee" zählt (siehe Kasten). Geradezu bizarr und gespenstisch wird es, wenn der saudische König Abdullah die syrische Regierung scharf kritisiert und viel sagend anmerkt, Riad werde „seine religiösen und moralischen Verpflichtungen gegenüber dem was vorgeht, niemals vergessen."[44] Das Ziel Saudi Arabiens besteht vor allem in der Schwächung des schiitischen Iran, was sich auch mit den westlichen Interessen deckt. Dieses Kalkül wird vom Orient-Experten Günter Meyer folgendermaßen beschrieben: „Syrien ist das einzige Land im Nahen Osten, das den USA stets die Stirn bot. Die schiitische Achse kann nun an einer entscheidenden Stelle unterbrochen werden: Über Syrien wird die Hizbollah im Südlibanon mit iranischen Waffen versorgt. Wenn man die syrische Regierung beseitigt, entfällt damit der wichtigste Unterstützer der Hizbollah, die wiederum Israel bedroht. Der Westen, allen voran die USA, wittert eine historische Chance, die eigene Machtstellung in der Region auszubauen."[45]

Überraschenderweise bemühen sich US-Vertreter – naturgemäß ist man diesbezüglich in der Europäischen Union eher zurückhaltend, obwohl ähnliche Überlegungen das Handeln anleiten dürften – nicht einmal, diesen Verdacht auszuräumen. Im Gegenteil: vollkommen offen wird dies eingeräumt. So äußerte sich der Chef des US-Zentralkommandos James Mattis bei der bereits zitierten Anhörung vor dem US-Streitkräfteausschuss am 6. März 2012, der Sturz Assads wäre „der größte strategische Rückschlag für den Iran innerhalb der letzten 25 Jahre. […] Wenn wir Maßnahmen ergreifen, wie auch immer diese aussehen mögen, um den Sturz Assads zu beschleunigen, würde dies große Sorgen und Unmut

Libyen-Syrien-Bahrein: Saudisch-westliche Doppelmoral

Ausgerechnet das saudische Königshaus, das zu den vehementesten Unterstützern der bewaffneten Teile des syrischen Aufstandes zählt, entschied sich unter - zumindest halbwegs - vergleichbaren Umständen dazu, den Machthabern in Bahrein bei der Niederschlagung der dortigen Proteste mit 1000 Soldaten und unter voller Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft" tatkräftig unter die Arme zu greifen. Die katastrophalen Ergebnisse dieser Intervention offenbarte ein Anfang 2012 erschienener Bericht von „Human Rights Watch", der eine vernichtende Bilanz bezüglich der Menschenrechtssituation in Bahrein zeichnet.[1] Die diesbezügliche Doppelmoral ist augenscheinlich: "Die saudischen Wahhabiten unterstützten voll und ganz das diktatorische bahrainische Regime bei der Unterdrückung der schiitischen Moslems und bei der brutalen Niederschlagung des Aufstands der Bevölkerung im Land. Dieser doppelte Standard der saudischen Politik verdient der näheren Betrachtung. Sie stützen das despotische bahrainische Regime, das keine Mühen auslässt, prodemokratische Protestierende zu unterdrücken, die auf täglicher Basis getötet werden; auf der anderen Seite finanzieren und unterstützen sie die syrischen Aufständischen, um das Regime zu stürzen. Es scheint, dass Demokratie in verschiedenen Situationen und Umständen unterschiedlich definiert wird."[2]

Keinen Deut besser ist die Europäische Union. Es gibt wenig eindrücklichere Beispiele für den scheinheiligen und instrumentellen Umgang, den die westlichen Staaten bei Menschenrechtsverletzungen an den Tag legen, wie die Aussagen Robert Coopers kurz nach Beginn der Bombardierung Libyens. Der enge Berater der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton gilt seit vielen Jahren als einer der einflussreichsten europäischen Sicherheitspolitiker. Er wurde am 22. März 2011 im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments befragt, was er denn zu den Vorgängen in Bahrein sage, wo es kurz zuvor erneut zu Todesopfern unter Protestierenden gekommen war. Cooper wiegelte diese Frage lapidar mit dem Kommentar ab: "Unfälle kommen vor". Aufschlussreich ist seine Begründung: "Man muss verstehen, dass die Autoritäten das Recht hatten, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und das ist es, was sie getan haben."[3]

Mindestens ebenso unappetitlich verhalten sich die USA. Trotz fortdauernder schwerer Menschenrechtsverletzungen entblödet sich der König von Bahrain, Hamad al-Khalifa, in einem Spiegel-Interview nicht zu behaupten, es gebe „keine ‚Opposition' in Bahrain."[4] Ziemlich genau ein Jahr nach Beginn der dortigen Proteste „belohnte" Washington das Regime für deren Niederschlagung im Februar 2012 mit neuerlichen Waffenlieferungen. In diesem Zusammenhang lobte der US-Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jeffrey Feltman, das Land für die Bemühungen, die „Spannungen abzumildern" und versicherte: „Bahrein kann darauf zählen, dass die USA den Konsens, wie es weitergehen soll, unterstützen werden."[5] Das bedeute, dass sich keine ausländischen Kräfte in „diesen Prozess einmischen."[6] Dies veranlasste Pepe Escobar von der „Asia Times" zu folgendem zynischen, aber leider wahren Fazit: "Mit solchen Freunden braucht die Pro-Demokratiebewegung in Bahrein keine Feinde mehr."[7]

Augenscheinlich entscheidet auch hier die Interessenlage, in welchem Land unter Verweis auf die Menschenrechte eingegriffen wird und in welchem nicht: „Weshalb - an diesem Beispiel verdeutlicht - mit zweierlei Maß gemessen wird, offenbart der ehemalige US-Botschafter in Deutschland John Kornblum. Auf die Frage von ‚Deutschlandradio Kultur': ‚Was ist denn der Unterschied zwischen einer Intervention in Libyen, um dort die Aufständischen zu unterstützen, und einer möglichen Intervention in Bahrain, in Jemen, in Syrien, möglicherweise sogar, wenn das schlimmer wird, auch in Saudi Arabien?' antwortete John Kornblum: ‚Das Problem ist […], dass die Interessen des Westens anders sind - vor allem unsere Interessen in Saudi Arabien und in den Golfstaaten. Es gibt […] bestimmt mindestens einen, Bahrain, der wirklich wichtig ist für die Vereinigten Staaten. […] Da hat man die Prinzipien jetzt ein bisschen verletzt, indem man zumindest in die andere Richtung geschaut hat, als die Saudis militärisch eingegriffen haben, um eine demokratische Bewegung zu unterdrükken.' Diese Doppelmoral hat natürlich Gründe: In Bahrain befindet sich das Hauptquartier der Fünften Amerikanischen Flotte, der wichtigste Militärstützpunkt der USA im Nahen Osten. Die Mehrheit der Demonstranten sind Schiiten, die verdächtigt werden, die Sache des schiitischen Iran, des großen Gegners in der Region, zu vertreten. Gleichzeitig ist Saudi Arabien der engste Verbündete des Westens, der für 2011 Waffen im Wert von Milliarden Dollar beziehen wird."[8] Offensichtlich wurden hier die Menschenrechte ganz unverhohlen auf dem Altar der Interessenspolitik verhökert: „Am Ende gab es einen Deal zwischen Außenministerin Clinton und dem Königshaus der Sauds: Wir haben nichts dagegen, wenn ihr in Bahrein einmarschiert; im Gegenzug besorgt ihr das Votum der Arabischen Liga dafür, dass wir Gaddafi aus Libyen hinauswerfen."[9]

Anmerkungen

1 No Justice in Bahrain: Unfair Trials in Military and Civilian Courts, Human Rights Watch, 28.02.2012.
2 Salami, Ismail: The Arab League: Prelude to a US-NATO-led military campaign against Syria, Globalresearch.ca, 19.11.2011.
3 Rettman, Andrew: Top EU official defends Bahrain crackdown, euobserver, 23.03.2011.
4 Bahrains König kritisiert allen Ernstes Assad, weil er nicht auf Demonstranten hört, Antikrieg.com, 12.02.2012.
5 Escobar, Pepe: Why Bahrain is not Syria, Asia Times Online, 15.02.2012.
6 Ebd.
7 Ebd.
8 Haid, Michael: Persilschein für Interventionen in Bürgerkriege? Die Resolution 1973 (2011) des UN-Sicherheitsrates, in: AUSDRUCK (April 2011), S. 9-13, S. 11.
9 Crome, Erhard: Der libysche Krieg des Westens. Ein Zwischenstand, RLS-Paper, Mai 2011, S. 21.

in Teheran verursachen."[46] Höchstinstanzlich wird dies von US-Präsident Barack Obama bestätigt. Ihm wurde unlängst in einem Interview für den „Atlantic Monthly" von Jeffrey Goldberg folgende Frage gestellt: „Es scheint mir, dass der einzige Weg, um den Iran weiter zu isolieren, darin besteht, den einzigen arabischen Verbündeten zu entfernen." Obamas Antwort: „Absolut."[47]

Wie beschrieben, besteht die Gefahr, dass die angelaufene Militarisierung der Proteste zu einem lang anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien führen wird. Aber selbst für den unwahrscheinlichen Fall eines raschen Siegs über die Regierungstruppen ist damit zu rechnen, dass die hochgerüstete Gesellschaft in sich bekämpfende Gruppen zerfallen könnte – aus geostrategischer Sicht wäre dies für viele Hardliner wohl ein „annehmbares" Ergebnis, wäre hierdurch der wichtigste iranische Verbündete ja dennoch aus dem Großen Spiel um den Persischen Golf herausgenommen. Dass der führende Scharfmacher John McCain den Libyen-Krieg als

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Vorbild für das weitere Vorgehen in Syrien anführt[48], ein Land, in dem nach der westlichen Militärintervention nun tatsächlich unzählige bewaffnete Gruppen um Macht und Einfluss kämpfen[49], bestätigt diesen Verdacht: „Der Sturz des Assad-Regimes würde die Lebenslinie der Hisbollah in den Iran durchtrennen, eine langjährige Bedrohung Israels beseitigen, die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon stärken und dem iranischen Regime eine strategische Niederlage zufügen. Er wäre ein geostrategischer Erfolg ersten Ranges. Mehr als all die überzeugenden moralischen und humanitären Gründe liegt hier die Ursache, weshalb Assad nicht erlaubt werden kann, erfolgreich zu sein und an der Macht zu bleiben: Wir haben ein klares nationales Sicherheitsinteresse an seiner Niederlage. Und das allein sollte uns dazu ermuntern, beachtliche Risiken einzugehen, um dieses Ziel erreichen zu können.“[50]

All dem westlichen Gerede von Demokratie und Menschenrechten zum Trotz: In Syrien geht es den Hardlinern in den USA und den EU-Staaten primär darum, durch eine Eskalation des Bürgerkrieges den wichtigsten Verbündeten des Iran in der Region zu schwächen. Hierfür sind McCain und andere augenscheinlich bereit, beträchtliche „Risiken“ in Kauf zu nehmen – Risiken für wen, stellt sich hier nur die Frage. Alle, die mit moralingeschwängerter Rhetorik auf eine Militarisierung der syrischen Protestbewegung drängen, sollten über die Antwort hierauf nachdenken.

Anmerkungen:

1 „Wir brauchen Raketen und keine schönen Reden“, Wiener Zeitung, 23.02.2012.
2 Obama: Assads Tage sind „gezählt“, Stern Online, 02.03.2012.
3 Dies fordert etwa ein von über 50 prominenten Neokonservativen unterzeichneter offener Brief an Barack Obama: http://www.defenddemocracy.org/media-hit/foreign-policy-experts-urge-president-obama-to-take-immediate-action-in-syr/ (10.03.2012). Aber auch regierungsnahe Kreise sprechen sich für eine Intervention aus. Siehe etwa die ehemalige Leiterin der Politischen Planungsabteilung im Außenministerium Slaughter, Anne-Marie: How the World Could – and Maybe Should – Intervene in Syria, The Atlantic, 23.01.2012. Vgl. auch Hamid, Shadi: Debating Intervention in Syria, Brookings Institution, 09.03.2012.
4 Obama lässt militärische Optionen prüfen, FAZ Online, 08.03.2012.
5 Vgl. Military Points to Risks of a Syrian Intervention, New York Times, 11.03.2012.
6 Ankara hadert mit seiner Retterrolle, Spiegel Online, 09.02.2012.
7 Ross, Jan: Noch einmal eingreifen? Wann ist es genug? Ein Jahr Revolte: In Syrien werden die Gräber knapp, Zeit Online, 09.03.2012.
8 Kämpfe in Syrien: Opposition fordert militärische Intervention, Tagesschau Online, 13.03.2012.
9 Vgl. Anderson, Jon Lee: The Implosion. On the front lines of a burgeoning civil war, The New Yorker, 27.02.2012.
10 Remarks by Senator John McCain on the Situation in Syria, 05.03.2012 (zit. als McCain 2012): http://mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.FloorStatements&ContentRecord_id=e460be36-c488-e7de-8c38-64c3751adfce (10.03.2012).
11 Vgl. Müller, Kerstin: Unsere Verantwortung in Syrien, Frankfurter Rundschau Online, 06.03.2012.
12 Kaim, Markus: Die Krise in Syrien - Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens, SWP-Aktuell 11, Februar 2012, S. 3.
13 Asseburg, Muriel/Wimmen, Heiko: Der gewaltsame Machtkampf in Syrien. Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, S. 4.
14 Vgl. Syria: What Prevents U.S. Military Involvement, Strategic Forecast (stratfor), 07.03.2012. Auch in Deutschland wird diese Einschätzung geteilt: „Schließlich bliebe eine Militärinvasion einzelner NATO-Staaten mit Regierungen aus der AL sowie externen Partnern. […] Explizites Ziel wäre es, einen Regimewechsel in Damaskus herbeizuführen. […] Zu berücksichtigen ist dabei, dass die syrischen Streitkräfte, insbesondere die Luftverteidigung seit 2009 einen Modernisierungsprozess durchlaufen, der ihre Schlagkraft deutlich erhöht hat.“ Siehe Kaim 2012, S. 3f.
15 Obama prüft seine Optionen in Syrien, Süddeutsche Zeitung Online, 08.03.2012.
16 Stratfor 2012.
17 Kaim 2012, S. 2.
18 Syrische Opposition gibt Kofi Annan letzte Chance, Financial Times Deutschland Online, 13.03.2012.
19 Ebd.
20 US-Senator will Waffen an syrische Rebellen liefern, Focus Online, 05.02.2012.
21 Rogin, Josh: Obama administration moves to aid Syrian opposition, Foreignpolicy.com, 06.03.2012.
22 Golfstaaten bieten Rebellen Waffen an UN-Menschenrechtsrat verurteilt Damaskus, Tagesspiegel Online, 02.03.2012.
23 Syrien: Opposition bestätigt Waffenlieferungen aus dem Ausland, RIA Novosti, 12.03.2012. Vor diesem Hintergrund gewinnen deutsche Waffenlieferungen an Saudi Arabien eine zusätzliche, überaus problematische Dimension.
24 British Special Forces Training Syrian Rebels?, Elite UK Forces, 05.01.2012: http://www.eliteukforces.info/uk-military-news/0501012-british-special-forces-syria.php (10.03.2012).
25 Insight - military intervention in Syria, post withdrawal status of forces, The Global Intelligence Files: http://wikileaks.org/gifiles/docs/1671459_insight-military-intervention-in-syria-post-withdrawal.html (10.03.2012).
26 13 French Soldiers Captured in Syria. French Defense Ministry: No Comment, Antiwar.com, 05.03.2012.
27 Asseburg/Wimmen 2012, S. 4.
28 Vgl. Marsden, Chris: UN vote seen as stepping stone toward military intervention in Syria, World Socialist Web Site, 18.02.2012.
29 Asseburg/Wimmen 2012, S. 1.
30 Lynch, Mark: Pressure Not War: A Pragmatic and Principled Policy Towards Syria, CNAS Policy Brief, 21.02.2012, S. 6f.
31 Ebd., S. 7.
32 Kaim 2012, S. 4.
33 Ebd., S. 4.
34 „Freunde Syriens“ wollen Assad in die Ecke treiben, Der Westen, 24.02.2012.
35 „Syrien ist zum Schlachtfeld der Großmächte geworden“, junge Welt, 11.02.2012.
36 Asseburg/Wimmen 2012, S. 2.
37 „Syrien ist zum Schlachtfeld der Großmächte geworden“, junge Welt, 11.02.2012.
38 Lynch 2012, S. 7.
39 Ebd., S. 7.
40 Leukefeld, Karin: Konzertierte Aktionen, junge Welt, 10.03.2012.
41 Chenoweth, Erica/Stephan, Maria J.: Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict, New York 2011. Die Seitenzahlen im Text dieses Kapitels beziehen sich auf dieses Buch.
42 Die syrischen Rebellen schikanieren das Volk, Welt Online, 08.03.2012.
43 Lynch 2012, S. 7.
44 Schanzer, Jonathan: Saudi Arabia Is Arming the Syrian Opposition. What could possibly go wrong? Foreignpolicy.com, 27.02.2012.
45 „Die Mehrheit der Syrer steht offenbar hinter Assad“, Tagesanzeiger Online, 29.02.2012.
46 Syrien schlagen, Iran treffen? http://augengeradeaus.net/2012/03/syrien-schlagen-iran-treffen/ (10.03.2012).
47 Schreiner, Ben: Marching Toward Syria: Eyes Cast on Iran, Globalresearch.ca, 07.03.2012.
48 Haben die Republikaner eine Chance gegen Obama? Bild Online, 11.03.2012.
49 Vgl. „Sicherheitslage im Vergleich zur Zeit des Gaddafi-Regimes verbessert“, IMI-Standpunkt 2012/012.
50 McCain 2012.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie: Mali

Was Aufstand und Putsch mit der EU-Strategie für den Sahel zu tun haben

von Christoph Marischka

Praktisch zeitgleich mit der Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der im Sinne „vernetzter Sicherheit" die zivilen und militärischen Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bündeln soll, erarbeitete das Superministerium in Gründung eine „EU-Strategie für den Sahel". Eine vergleichbar umfassende regionale Strategie der EU gibt es bislang nur für das Horn von Afrika, wo die EU gegenwärtig mit einer Marine- und einer Ausbildungsmission präsent ist, eine weitere „zivile" Mission zur maritimen Aufrüstung plant und (heute) ein eigenes Operationszentrum zur Koordinierung aller EU-Aktivitäten eingerichtet hat. Während das vermeintlich übergeordnete Ziel am Horn von Afrika die Bekämpfung der Piraterie ist, geht die vermeintliche Bedrohung im Sahel von einem merkwürdigen Amalgam aus Schmuggel, Drogen- und Menschenhandel sowie Terrorismus aus. Dementsprechend war es der EU-Koordinator für die Terrorbekämpfung, Gilles de Kerchove, der den Sahel erstmals als „Hinterhof Europas" definierte, wenig später zog der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel nach und bezeichnete gleich ganz Afrika als „Vorgarten" Europas.[1] Das steht in Einklang mit der Unterstützung und Werbung seines Ministeriums und des Auswärtigen Amtes[2] für das Wüstenstromprojekt „Desertec", mit dem zukünftig bis zu 15% der in Europa verbrauchten Energie in Nordafrika gewonnen werden soll.

Kritiker_innen des Projekts wiesen früh auf die instabile Lage in der Region hin und darauf, dass die geopolitische Aufwertung der Region als Energielieferant und Investitionsstandort mit einer massiven Militarisierung einhergehen werde. Diese Befürchtungen basierten bereits u.a. auf den Planungen der EU-Sahel-Strategie, die ebenso wie ihr Pendant in Ostafrika im Kern darauf abzielt, die Staaten beim Aufbau ihrer Polizei- und Militärkräfte zu unterstützen. Bereits im zweiten Halbjahr 2009 hatte die EU drei Fact-Finding-Missions nach Mali, Mauretanien und Niger entsandt, um Möglichkeiten zu prüfen, wie diese Staaten bei der „Reform des Sicherheitssektors" unterstützt werden könnten. Deren Ergebnisse gingen in die Sahel-Strategie ein, die anschließend unter dem Eindruck sich häufender Entführungen von Europäern in der Sahel-Region formuliert wurde. Bereits zu diesem Zeitpunkt, Mitte und Ende 2010, wurden Beschwerden von Vertretern der Wüstenbewohner über eine „Militarisierung der Sahara" laut.[3] Tatsächlich hatte v.a. Algerien früh auf die Pläne und Erkundungsmissionen der EU reagiert und bereits vor der Verabschiedung der Sahel-Strategie Maßnahmen zur verbesserten Terror-Bekämpfung und regionalen „Sicherheitszusammenarbeit" mit Mali, Mauretanien und Niger eingeleitet. Dies geschah mit der erklärten Absicht, dadurch Interventionen aus dem Ausland zu verhindern (und stattdessen selbst den Anspruch als Regionalmacht zu untermauern). Das wurde in der Anfang 2011 verabschiedeten Sahel-Strategie explizit begrüßt. Darüber hinaus stellte sie insgesamt rund 1 Mrd. Euro in Aussicht, um die Aufrüstung der Region, die regionale Sicherheitszusammenarbeit und die „Präsenz und Sichtbarkeit des Staates in der Fläche" u.a. auch durch Hilfslieferungen zu verbessern.[4]

Mittlerweile herrscht in Mali ein Bürgerkrieg, der Zehntausende zur Flucht gezwungen und einen Putsch in der Hauptstadt verursacht hat. Überwiegend den Tuareg angehörende Kämpfer aus dem Bürgerkrieg in Libyen sind im Januar 2012 von dort gut bewaffnet und organisiert zurückgekehrt, hatten die Nationale Befreiungsbewegung Azawad (MNLA) gegründet und schnell große, aus Wüste bestehende Teile Malis unter ihre Kontrolle gebracht. Die Regierung in Bamako schickte daraufhin das Militär in die von den Rebellen eroberten Regionen, das jedoch früh über eine unzureichende Ausrüstung für die Bekämpfung der Rebellen (sowie des Terrorismus und der organisierten Kriminalität) klagte. Dies nahmen Teile des Militärs zum Anlass, am frühen Morgen des 22. März 2012 gewaltsam die Macht in der Hauptstadt zu übernehmen. Ihre Forderungen (jedenfalls soweit sie in hiesigen Medien kommuniziert werden) scheinen durch die EU-Sahel-Strategie inspiriert zu sein und erschöpfen sich im Wesentlichen in einer besseren Ausrüstung zur Bekämpfung des Aufstandes, des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität (an der wesentliche Teile des Militärs selbst beteiligt sind). Auffällig ist auch, dass die Putschisten von Anfang an der internationalen Gemeinschaft die Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Probleme anboten.[5] Anstatt über soziale Themen zunächst Legitimität bei der eigenen Bevölkerung zu generieren, scheint es ihnen wichtiger (oder aussichtsreicher) zu sein, als Anbieter von Sicherheit Legitimität auf internationaler Ebene herzustellen. Dennoch haben sowohl der Bundesaussenminister als auch die EU den Putsch umgehend verurteilt.[6] Auffallend an den jeweiligen Pressemitteilung ist jedoch, dass sie lediglich die „Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung" und im Falle der EU auch die möglichst baldige Abhaltung demokratischer Wahlen – nicht aber die Wiedereinsetzung des Präsidenten und die Abhaltung von Wahlen zum vorgesehenen Termin Ende April fordern. Man könnte das durchaus als verdeckte Tolerierung eines vorübergehenden „Notstandsregimes" interpretieren (wie dies in jüngerer Zeit auch mehrfach gegenüber Mauretanien der Fall war), insbesondere, wenn man die Reaktionen aus EU und Deutschland mit dem Vorgehen nach der umstrittenen Wahl im Nachbarland Côte d'Ivoire Ende 2010 vergleicht. Damals war jedes auch militärische Mittel recht, um den angeblich gewählten Präsidenten Ouattara an die Macht zu bringen.

EU-Außenbeauftragte Ashton bei einem Treffen mit Regierungsvertretern aus Mali, Nigeria, Algerien und Mauretanien. Foto: Europäische Union

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Zweifellos ist die aktuelle Krise in Mali primär eine Folge des libyschen Bürgerkrieges. Eine weitere Ursache benennen Denis M. Tull und Wolfram Lacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik in ihrer Studie „Die Folgen des Libyen- Konflikts für Afrika ": „Im Jahr 2011 begann die malische Regierung überdies, ein maßgeblich von der EU unterstütztes Programm zu verwirklichen, das die staatliche Präsenz im Norden ausweiten sollte. Das brachte die Anführer der Rebellionen der 1990er Jahre und von 2006 vollends gegen die malische Führung auf. Nach Ansicht der ehemaligen Rebellen widersprach die Stationierung zusätzlicher Sicherheitskräfte den Friedensabkommen der 1990er Jahre, denn diese sahen vor, die militärische Präsenz im Norden zu verringern. "[7]

Es war also die Sahel-Strategie und die in deren Rahmen unterstützte Aufrüstung des Nordens Malis, welche den Aufstand mit ausgelöst hat. Der zufällig zum Zeitpunkt des Putsches gerade tagende Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU nahm diesen trotzdem zum Anlass, die Implementierung der Sahel-Strategie zu begrüßen, deren weitere Beschleunigung zu fordern und eine neue GSVP-Mission anzukündigen, um „die Gendarmerie, die Nationalpolizei und die Nationalgarde" in Mali, Mauretanien und Niger durch Beratung und Training zu unterstützen.[8] Genau so funktioniert Militarisierung – Sicherheit bringt sie nicht.

Anmerkungen:

1 Rede von Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, vor dem Deutschen Bundestag am 10.11.2009.

2 Vgl. zuletzt: „Deutschland und Tunesien: Partner für erneuerbare Energien", Rede der Staatsministerin Pieper vor der Staatlichen Ingenieurschule in Tunis vom 14.03.2012.

3 In Deutschland wurden diese Warnungen v.a. von der Gesellschaft für bedrohte Völker öffentlich gemacht, vgl. etwa: „Tuareg beklagen Militarisierung der Sahara", Pressemitteilung der Gesellschaft für bedrohte Völker vom 27.7.2010.

4 Christoph Marischka: Sahara, der Libyenkrieg und die kommende Aufstandsbekämpfung, IMI-Analyse 2012/02 - in: AUSDRUCK (Februar 2012).

5 „Militärputsch international verurteilt", faz.net (23.3.2012).

6 „Bundesregierung verurteilt Militärputsch in Mali", Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 22.3.2012, sowie: „Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the coup d'état in Mali " (A 142/12), Pressemitteilung vom 22.3.2012.

7 Denis M. Tull / Wolfram Lacher : Die Folgen des Libyen- Konflikts für Afrika . Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone , SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politi, März 2012.

8 „Council conclusions on Sahel" der 3157. Sitzung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten der EU, 23.3.2012.

EU-Grenzschutzexperten reisen nach Libyen

Am 1. und 2. März tagte der Europäische Rat. In seinen Schlussfolgerungen wird nicht auf Libyen eingegangen oder gar auf eine EU-Beratermission, die dorthin entsandt werden solle. Eine solche war auch bislang weder Thema im Europäischen Parlament, noch im deutschen Bundestag. Dennoch berichtet der CSDP-Newsletter des Europäischen Auswärtigen Dienstes in seiner 58. Ausgabe vom 5. März 2012: „Diese Woche hat die Europäische Union eine Expertenmission nach Libyen entsandt, die den libyschen Autoritäten dabei helfen soll, ihren Bedarf im Bereich des Grenzschutzes zu ermitteln. Die Mission besteht aus einem Team von 10 Experten, die aus den Mitgliedsstaaten abgestellt wurden. Sie wird mindestens drei Monate dauern und Empfehlungen für die EU sowohl für mittel- bis langfristige, als auch unmittelbare und konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung Libyens zur Sicherung eines sicheren und effektiven Managements der Land-, See- und Luftgrenzen erarbeiten."

Zweifellos gehört zur „Bedarfsermittlung", die im Rahmen der Mission stattfinden soll, auch, mit Vertretern der libyschen Übergangsregierung, den wichtigsten Milizen und ggf. weiteren Akteuren Kontakt aufzunehmen, die „Bedürfnisse" der EU zu „kommunizieren" und finanzielle wie praktische Hilfen in Aussicht zu stellen. Das soll auch dazu dienen, die Zusammenarbeit beim Grenzmanagement zum frühest möglichen Zeitpunkt auch offiziell einzuleiten und mit einem eigenen Budget zu versehen. Denn bislang gilt die EU zwar innerhalb der UN-Mission zur Unterstützung Libyens als zuständig für den Grenzschutz, die Mission selbst erscheint jedoch angesichts der unklaren Situation im Land noch weitgehend handlungsunfähig: Was die United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) überhaupt tut und wer ihr überhaupt angehört, ist bislang unklar, zum Leiter der Mission für Polizeifragen wurde allerdings bereits der ehemalige deutsche Bundespolizist Walter Wolf erklärt. Nicht näher bezeichnete „Experten für die Reform des Sicherheitssektors" aus Frankreich und Italien befinden sich bereits seit spätestens Anfang Juli 2011 in Libyen, Ende September wurde ein weiterer französischer Grenzschutzexperte an das EU-Büro in Tripolis entsandt. Deutschland hat einen Verbindungsbeamten des BKA in der deutschen Botschaft Tripolis sitzen. Was jedoch all diese Berater tun und mit wem sie zusammenarbeiten, darüber ist nichts zu erfahren, denn der einzige halbwegs legitime „Partner" wäre die libysche Übergangsregierung, die aber fast keinen Einfluss auf die hunderten Milizen und damit auch auf das tatsächliche Geschehen in Libyen hat.

Die Anbahnung diplomatischer Kontakte mit dem Nationalen Übergangsrat und die Gründung von Repräsentanzen der EU geht auf die bereits im März 2011 erfolgte Entsendung des Beauftragten für Krisenreaktion und operative Koordinierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Agostino Miozzo, zurück, die seinerzeit mit humanitärer Hilfe gerechtfertigt und tw. auch aus den Töpfen für humanitäre Hilfe bezahlt wurde. Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion offenbart, wie das angeblich humanitäre Mandat immer stärker auf Aspekte des Grenzschutzes abzielte, obgleich die Bundesregierung darin festhält, dass „[d]ie Unterstützung beim Aufbau von Fähigkeiten der libyschen Polizei … keine humanitäre Maßnahme" darstelle. (BT-Drucksache 17/7811).

Der EAD hingegen scheint keinen rechten Unterschied zwischen Grenzschutz und humanitärer Hilfe zu machen oder letztere zumindest als Gegenleistung für erstere zu verstehen. Im aktuellen CSDP-Newsletter zur EU-Grenzschutzmission heißt es erneut: „Die Bedarfsermittlung [für den Grenzschutz] ist Teil der umfassenderen Unterstützung für Libyen, die mit der libyschen Verwaltung ausgehandelt wurde. Diese umfasste außerdem humanitäre Hilfe während der Krise sowie ein Paket im Umfang von 30 Mio. Euro, damit Libyen sich mit den dringlichsten Problemen befassen kann."

Bernhard Klaus

„Sicherheitslage im Vergleich zur Zeit des Gaddafi-Regimes verbessert“

Flüchtlingslager Lampedusa weiter geschlossen

Ashton zu Besuch in Libyen. Quelle: Europäische Union

von Bernhard Klaus

Im Vorfeld des NATO-Krieges in Libyen war die dortige Lage – oder das, was andere hierüber berichteten – täglich Thema der Berichterstattung. Heute hören wir täglich von Syrien, aber kein Wort mehr über Libyen. Bevor man sich mit der angeblichen Notwendigkeit der nächsten Intervention auseinandersetzt, sollte man vielleicht auch die Folgen der vergangenen reflektieren. Doch das ist offenbar nicht erwünscht. Das Auswärtige Amt veröffentlichte seit Jahresbeginn 17 Pressemitteilungen mit Bezug auf Syrien und keine einzige zur Situation in Libyen. Auch im Bundestag scheint es nicht einfach zu sein, die Lage in Libyen nach dem NATO-Bombardement zu thematisieren, das schließlich vier von fünf Fraktionen doch irgendwie für richtig hielten. Der Linksfraktion blieb offensichtlich nicht mehr als ihr parlamentarisches Fragerecht, um das Thema auf die Agenda zu setzen. In der 161. Sitzung mussten deswegen zunächst der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto, und anschließend Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Stellung beziehen. Otto konnte „aufgrund der unübersichtlichen Lage in Libyen … keine gesicherten Informationen“ zur Aktivität deutscher Unternehmen in Libyen vorlegen und lediglich schätzen, dass „konstant rund 40 deutsche Unternehmen“ in Libyen tätig sind. Welche „Repräsentanzen nach derzeitigem Stand tatsächlich betrieben werden“, konnte er selbst nicht sagen. Immerhin: „Von der Firma Wintershall beispielsweise weiß ich persönlich, dass sie dort wieder tätig ist, weil ich schon Vertreter dieses Unternehmens gesprochen habe. Die Firma RWE/Dea war seit jeher in diesem Land tätig. Aber die Zahlen kann ich Ihnen nicht nennen. Darüber verfüge ich im Moment nicht.“(Plenarprotokoll 17/161)

Ein Großteil der Fragen betraf jedoch die humanitäre und die Sicherheitslage und wurde deshalb von Cornelia Pieper beantwortet. Obgleich diese ausweichend antwortete und wenig Neues offenbarte, sollen deren Äußerungen hier ausführlicher zitiert werden, da sie einen guten Einblick in die offizielle Haltung der Bundesregierung offenbaren. Gleich zu Beginn stellt Pieper fest: „Die Bundesregierung … bewertet die Sicherheitslage in Libyen als unübersichtlich und mit erheblichen Risiken behaftet. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Milizen finden vereinzelt weiterhin statt und sind jederzeit möglich … Es besteht regelrecht ein Sicherheitsvakuum. Der Übergangsregierung ist es bisher nicht gelungen, einen entscheidenden Einfluss auf die Milizen auszuüben“, wobei „es nicht in jedem Fall die richtige Beschreibung der Situation ist, … dass die Milizen die Bevölkerung und die Regierung terrorisieren“, obgleich diese „noch flächendeckend agieren“. „Es gibt bis zu 200.000 Milizionäre“, von denen „sich viele … mit der Waffe in der Hand ein größeres politisches und finanzielles Entgegenkommen vonseiten der Regierung versprechen, als sie es bislang erlebt haben.“

Außerdem stellten „mehrere Tausend tragbare Luftabwehrsysteme, deren Verbleib zum Teil ungeklärt ist, ein erhebliches Sicherheitsrisiko auch für die zivile Luftfahrt dar“. Nach Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes wären „insgesamt circa 8.500 Personen an rund 60 Orten inhaftiert“, wobei der Bundesregierung „keine belastbaren Zahlen dazu vor[liegen], wie viele dieser Orte unter Kontrolle der Übergangsregierung sind“. Daneben existiere eine „Kommission für vermisste Personen, die seit der Gaddafi-Revolution für ungefähr 30.000 vermisste Personen in Libyen zuständig ist“ und die Bundesregierung wisse, “dass wahrscheinlich viele politische Häftlinge in den Gefängnissen von den Milizen gefoltert werden“. „Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen … berichten in der Tat von willkürlichen Verhaftungen durch Milizen, von Folter und Misshandlungen“, wobei insbesondere „mutmaßliche Gaddafi-Anhänger sowie … als Gaddafi-Söldner verdächtige Migranten aus Subsahara-Afrika“ betroffen seien: „Etwa 10 Prozent der Inhaftierten sind Ausländer“.

Dennoch sei die Bundesregierung der Auffassung, „dass sich die Situation, auch die Sicherheitslage, seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes wesentlich verbessert hat“. Für „Migranten aus Subsahara-Afrika“ sieht die Bundesregierung jedoch das „Risiko, dass diese möglicherweise einem Generalverdacht unterliegen, Söldner Gaddafis gewesen zu sein – und deshalb in Furcht vor Repressalien leben. Andererseits haben sie im Gegensatz zu Anfang 2011 bessere Aussicht auf Betreuung durch internationale Hilfsorganisationen wie das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, UNHCR, oder das Amt für humanitäre Hilfe [der EU], ECHO.“

Darüber, welcher Art diese Betreuung sein könnte, gab eine Pressekonferenz des libyschen „Innenministers“ Ende Januar Aufschluss, in der er die EU aufforderte, die Instandsetzung von 19 Lagern für Flüchtlinge in Libyen zu finanzieren (migrantsatsea.wordpress.com). Im Rahmen der UN-Maßnahmen zur „Unterstützung des Übergangsprozesses in Libyen“ hat die EU die Verantwortung für den Grenzschutz übernommen. Das berüchtigte Lager auf Lampedusa, wo in der Vergangenheit die meisten Flüchtlinge aus Libyen ankamen, ist nach wie vor geschlossen, so Judith Gleitze von der Organisation „borderline-europe. Menschenrechte ohne Grenzen e.V.“. In ganz Sizilien seien seit Mitte Dezember gerade drei Boote mit Flüchtlingen angekommen, „sehr wenig“ im Vergleich zu früher. Flüchtlinge in Tunesien, mit denen die Organisation in Kontakt stehe, würden berichten, dass es „unmöglich sei, nach Libyen zurückzukehren oder sich dort frei zu bewegen“. Anderen Quellen zufolge sollen auch einige Wüsten-Städte im Süden Libyens den Migranten aus Subsahara-Afrika Zuflucht bieten, wo nach wie vor Gaddafi-Anhänger oder auch Gestrandete aus den Nachbarstaaten die Oberhand hätten, obgleich sie Ziel sporadischer Angriffe aus dem Norden seien.

Nach Staatsministerin Cornelia Pieper sei es nun „Aufgabe der Übergangsregierung, … Wege zu finden, um die Milizen zu entwaffnen und deren Kämpfer entweder in neuen staatlichen Sicherheitsstrukturen oder im zivilen Sektor aufzunehmen.“ Fragen zur Beteiligung der Mitglieder dieser Übergangsregierung an Kriegsverbrechen wollte sie jedoch nicht beantworten.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Siemens, DESERTEC und die NATO

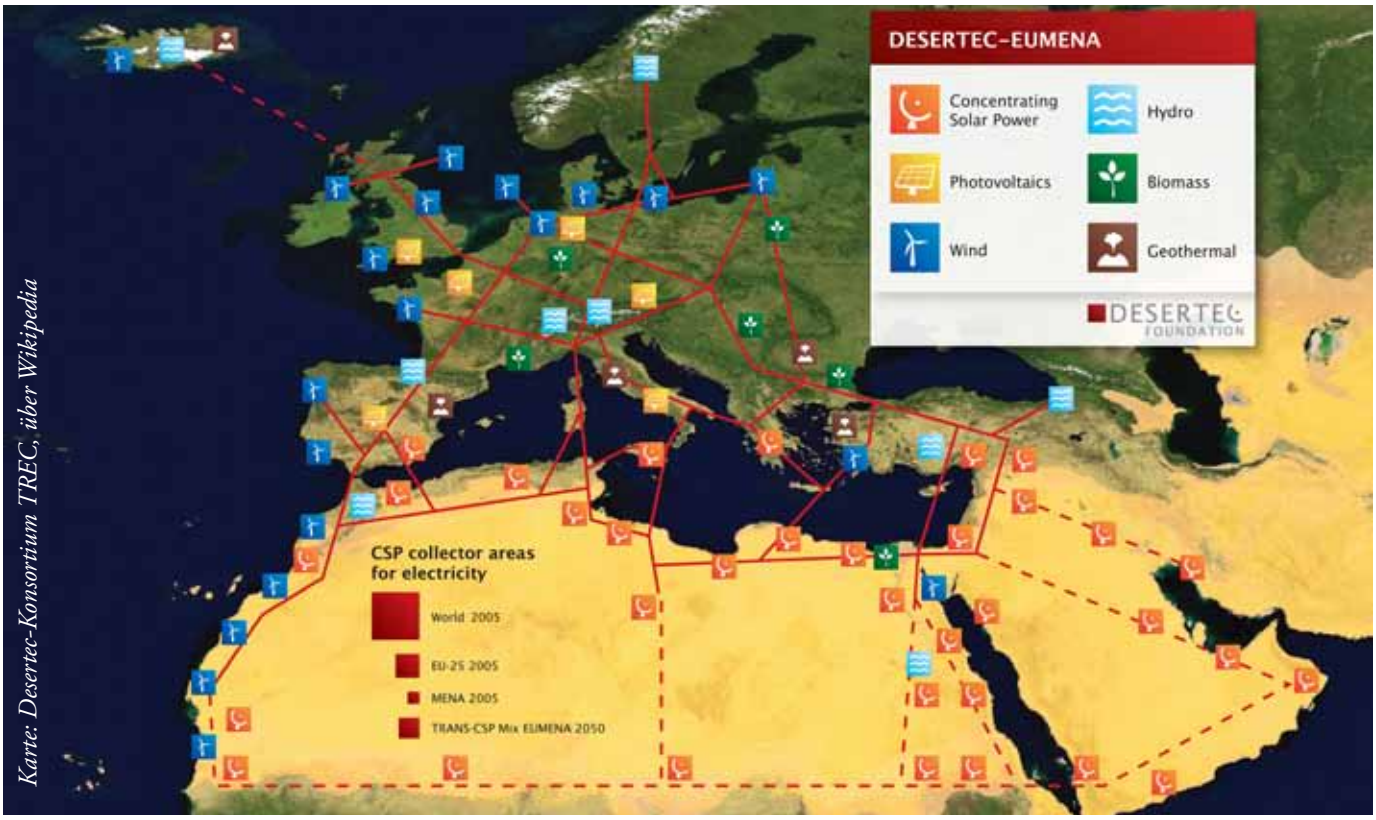
Gemeinsam Märkte erschließen in „Gebieten ohne Selbstregierung“?

von Christoph Marischka

Am 30. Januar 2012 meldete die „Division Wind Power“ der Siemens AG: „Siemens ist der Einstieg in den afrikanischen Windenergiemarkt gelungen: Für den Auftraggeber Nareva Holding wird das Unternehmen insgesamt 44 Windenergieanlagen für zwei Windkraftwerke in Marokko liefern.“ Weiter hieß es: „Für die beiden Windparks Haouma und Foum El Qued übernimmt Siemens die Lieferung, Installation und Inbetriebsetzung der Windenergieanlagen mit einer Leistung von je 2,3 MW.“ Kurz darauf berichtet das Greenpeace-Magazin, dass es nicht zutreffend sei, dass beide Windkraftwerke sich in Marokko befänden: „ein Blick auf die Karte zeigt, dass eines der Kraftwerke auf dem Gebiet der Westsahara entstehen soll. In das Wüstengebiet marschierte 1975 Marokko ein und hält den größten Teil seither unter Missachtung des Völkerrechts besetzt“.

Lediglich Marokko hält an der Überzeugung fest, dass es sich bei der Westsahara um einen Teil Marokkos handeln würde. Insbesondere viele afrikanische Staaten haben hingegen die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt, die 1976 von der Frente Polisario, die für sich in Anspruch nimmt, die heute überwiegend in Flüchtlingslagern in Algerien lebende ursprüngliche Bevölkerung der Westsahara zu repräsentieren, ausgerufen wurde. Deshalb ist Marokko als einziger Staat des Kontinents nicht Mitglied der Regionalorganisation Afrikanische Union. Die Bundesregierung hingegen ist der Auffassung, dass der völkerrechtliche Status der Westsahara „ungeklärt“ sei (BT-Drucksache 17/415) und sie in ihrer Außenpolitik darauf achte, dem „völkerrechtlichen Status der Westsahara nicht vorzugreifen“. Zugleich sieht sie diese Linie im Einklang mit einem Gutachten des Europäischen Parlaments, wonach es sich bei der Westsahara um ein „Gebiet ohne Selbstregierung“ handle (BT-Drucksache 17/1521), was auch die ganz überwiegende Auffassung in der völkerrechtlichen Debatte ist.

In der Praxis jedoch schließt sich die Bundesregierung implizit der marokkanischen Auffassung regelmäßig an, wonach – zumindest in Sachen erneuerbare Energien – die Westsahara zu Marokko gehöre. So führte die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GtZ, heute: Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, GiZ) in Marokko Studien im Rahmen des TERNA-Projekts durch, das „Partner in Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Planung und Entwicklung von Windkraft-Projekten unterstützen“ soll. TERNA veröffentlicht auch Länderstudien zu den „Energiepolitischen Rahmenbedingungen Strommärkte und erneuerbare Energien“. Dem entsprechenden Bericht aus dem Jahr 2007 ist zu entnehmen, dass die GtZ bereits 1992 damit begann, in Teilen Marokkos selbst Messungen des Windaufkommens vorzunehmen und bereits seit 1991 das Zentrum für die Entwicklung erneuerbarer Energien (Centre de Développement des Energies Renouvelables, CDER), welches dem Ministerium für Energie und Bergbau untersteht, finanziell bei entsprechenden Messungen in weiteren Teilen des Landes unterstützte. Hierzu heißt es in der Länderstudie, dass die bislang gewonnenen Daten bestätigen, dass Marokko über mehrere Gebiete mit hervorragendem Potential zur Ausbeutung von Windenergie verfügt, insbesondere in den Gebieten um Tangier, Ksar, Sghir und Tétouan sowie um Dakhla, Laayoune, Tarfaya und Essaouira. Dakhla und Laayoune aber liegen in der Westsahara. Unter der Überschrift „rechtlicher Rahmen“ wird zwar über die geplante Liberalisierung des marokkanischen Energiemarktes berichtet (an der sich die GTZ durch ihre „Beratung zur Ausarbeitung des marokkanischen Gesetzes für erneuerbare Energien im Auftrag der Bundesregierung“ beteiligte). Über die Statusfrage der Westsahara verliert dieser Bericht jedoch kein Wort,



Karte: Desertec-Konsortium TREC, über Wikipedia

obgleich er „Marktakteure“ und den marokkanischen „Aktionsplan für erneuerbare Energien“ vorstellt, die ganz selbsverständlich in der Westsahara aktiv sind bzw. sich auf diese erstrecken. In seiner 20-seitigen Länderanalyse 2009 zu Marokko verweist das TERNA-Projekt zwar einleitend auf das „beträchtliche Konfliktpotential“, das „der ungeklärte politische Status der Westsahara, die von Marokko beansprucht, seit dem Waffenstillstand von 1991 aber von der UN verwaltetet wird“, berge, listet dann aber unter den „geplanten Windparks in Marokko“ wiederum Laayoune und Foum El Oued, wo die Siemens-Anlagen installiert werden sollen, auf. Die Fraktion DIE LINKE. griff dies in einer kleinen Anfrage auf, woraufhin die Bundesregierung antwortete: „Für die GTZ als staatliche Durchführungsorganisation gelten dieselben außenpolitischen Grundsätze wie für die Bundesregierung ... Die Messung des Windpotentials greift einer Entscheidung über den völkerrechtlichen Status der Westsahara nicht vor... Die GTZ berät die Nationale Agentur zur Entwicklung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz (ADEREE, vormals CDER) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; es werden keine Tätigkeiten in der Westsahara im Rahmen dieses Programms unterstützt.“ Wie dies jedoch bei der umfangreichen Unterstützung bei der Einführung erneuerbarer Energien im Rahmen Nationaler Aktionspläne, die auch die Westsahara umfassen, verhindert werden soll, darauf blieb die Bundesregierung eine Antwort schuldig. Ohnehin machen die engen und freundschaftlichen Beziehungen zu Marokko so manche diplomatische Verrenkung notwendig.

Anlässlich eines Besuches des deutschen Außenministers im November 2010 etwa wurde die deutsche Unterstützung alleine beim Ausbau der Solarenergie in Marokko auf 40 Millionen Euro veranschlagt, und weitere „drei Millionen Euro für den marokkanischen Solarplan“ in Aussicht gestellt. Der Besuch Westerwelles erfolgte nur wenige Tage nach der gewaltsamen Räumung eines Protestcamps in der Westsahara. Kaltschnäutzig hatte die marokkanische Regierung diese Räumung, bei der zahlreiche Menschen starben, just an dem Tag durchführen lassen, an dem in New York Vermittlungsgespräche zwischen Polisario und Marokko wieder aufgenommen werden sollten. Dass sie ergebnislos endeten, lag im Interesse der marokkanischen Regierung, die sich nur an ihnen beteiligt, um das vorgesehene Referendum über die Westsahara weiter zu verschleppen. Wegen der zeitlichen Nähe sah sich Westerwelle wohl ausnahmsweise zu einem Statement zur Westsahara genötigt und ließ verlauten: „Wir waren uns einig, dass nicht Gewalt, sondern eine friedliche und konsensuale Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen der richtige Weg ist … Die laufenden Gespräche des VN-Sonderbeauftragten Ross können dazu beitragen, wir unterstützen sie.“

Zugleich jedoch unterstrich Westerwelle, dass Deutschland und Marokko „hervorragende Partner“ seien und fügte hinzu: „Die Desertec-Initiative könnte ein Meilenstein der Energiezusammenarbeit werden“. Eines der gewichtigsten Mitglieder in der Desertec-Initiative, die ihren Sitz in München hat, ist jedoch die Siemens AG.

Im TERNA-Bericht der GtZ von 2009 heißt es (unter der Überschrift „Politische Rahmenbedingungen im Energiesektor“) zu Desertec: „Im Juli 2009 wurde von den deutschen Energieversorgern Eon und RWE, von Siemens, der Münchener Rück, der Deutschen Bank und weiteren Unternehmen die DESERTEC Industrie Initiative offiziell ins Leben gerufen. Das Ziel von DESERTEC ist der Aufbau solarthermischer Kraftwerke (CSP) in Wüstenregionen, um Nord-Afrika, Europa und den Nahen Osten mit erneuerbarem Strom zu versorgen. Die Kraftwerke sollen an die Verbrauchsorte durch Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen angeschlossen werden. Dem CDER zufolge möchte Marokko insbesondere im Bereich Stromversorgung eine führende Rolle in diesem Projekt übernehmen.“ Ausführliche Machbarkeitsstudien hierzu werden insbesondere vom deutschen Zentrum Luft- und Raumfahrt (DLR) erstellt. Dieses kann sich dabei u.a. auf Vorarbeiten der NATO berufen. Diese hat seit 2007, wie ebenfalls das TERNA-Programm berichtet, im Rahmen des NATO-Programms „Science for Peace and Security“, „das Sahara-Windprojekt der Sahara Wind Inc. ... unterstützt“, in dessen Rahmen „Windstudien durchgeführt und die Möglichkeit einer Hochspannungs-Übertragungsleitung zwischen Marokko und Westeuropa untersucht“ wurden. Ziel war es demnach, „das Windpotenzial in Nordwest-Afrika zu entwickeln, um Energie an Europa zu liefern.“ Auf der Desertec-Konferenz 2011 (die Anfang November, kurz bevor dort wieder heftige Proteste und Straßenschlachten stattfanden, am Tahrir-Platz in Kairo stattfand) trat dem Programm der Konferenz zufolge Khalid Benhamou von der Sahara Wind Inc. auf, um über die Möglichkeiten der Stromübertragung über lange Strecken zu referieren. Die Sahara Wind Inc. ist eine in den USA gemeldete Firma, die als Frimenadresse jedoch das marokkanische Rabat angibt. Ihr Logo ist an das NATO-Logo angelehnt, dessen vier Spitzen darin Windräder symbolisieren, das sich aber auch selbst auf der Homepage der Sahara Wind Inc. findet.

Dort wird die Unterstützung durch die NATO folgendermaßen begründet: „Die Bewältigung der globalen Konsequenzen des Klimawandels, der Umweltzerstörung und ausufernder Desertifikation auf überwiegend landwirtschaftlich geprägte Gesellschaften, die gegenwärtig unter hohem demografischem Druck [sic] stehen, ist eine soziale Priorität, da sie das ökonomische Elend erzeugen, das zu Massenmigration [sic] führt“. Aus dem Jahre 2009 findet sich im Internet eine Präsentation Benhamous zu einem Vortrag an der Al Akhawayn Universität in Ifrane, Marokko. Auch dort wurde nicht mit Bildern überladener kleiner Boote gespart und das Interesse der Partner durch eine „verbesserte zivil-militärische Zusammenarbeit“ bei erneuerbaren Energien und der illegalen Migration begründet. Womöglich müssen die Flüchtlinge aber auch hier wieder nur als Vorwand herhalten und es geht in Wirklichkeit um Fragen der Energiesicherheit und v.a. der Erschließung von Märkten für Siemens und Co. - Unternehmen, mit denen die NATO ja auch in anderen Fragen gut kooperiert.

Screenshot der Webseite von Saharawind mit NATO-Verweis.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Battlefield 3

Das virtuelle Schlachtfeld: Die Story – Der Hintergrund – Die Produktion – Die Vermarktung

von Michael Schulze von Glaßer

Cover des PS3-Spiels, Foto: Electronic Arts.

„Die Kriegsschauplätze bei Battlefield 3 jagen mir einen kalten Schauer über den Rücken. Nicht nur, weil man in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ‚mitspielt', sondern weil der medial und politisch von langer Hand vorbereitete Krieg gegen den Iran ebenfalls in Hochglanz über die Monitore flimmern wird. In Battlefield 3 soll sich der Spieler mit US-Soldaten identifizieren und so deren Feindbilder und die dazugehörige Politik akzeptieren. Ob er sich darüber hinaus ein Urteil über die echte Weltlage bilden kann oder wird, halte ich für fraglich. Hier zahlen die Spieler noch freiwillig Geld dafür, sich gegen potenzielle Kriegsgräuel desensibilisieren zu lassen", schreibt Sebastian Biemann in einem Leserbrief im Videospiel-Magazin GameStar und löste damit noch vor Erscheinen des First-Person-Shooter-Videospiels „Battlefield 3" eine Debatte über dessen Inhalt aus.[1]

Verantwortlich für das Blockbuster-Spiel, welches weltweit ab dem 25. Oktober 2011 (in der EU ab dem 28. Oktober) für den PC und die Spielkonsolen Sony Playstation 3 und Microsoft Xbox 360 erschien, sind das schwedische Entwicklerstudio „Digital Illusions Creative Entertainment" (DICE) und der US-Publisher „Electronic Arts" (EA). Battlefield 3 wurde in den ersten beiden Wochen nach Veröffentlichung bei einem Preis von 40 bis 70 Euro allein in der Bundesrepublik über 500.000 Mal verkauft.[2] „Einen besseren Start hat bisher noch kein Actionspiel in Deutschland hingelegt", resümiert die GameStar auf ihrer Website.[3] Weltweit wurden bis zum 1. November 2011 fünf Millionen Exemplare des Videospiels verkauft.[4] Bis Ende November 2011 sind 12 Millionen Exemplare des Videospiels an den Einzelhandel ausgeliefert worden, von denen bis dahin 8 Millionen verkauft wurden.[5] Dazu wurde das Spiel bis Ende 2011 noch etwa 3,5 Millionen Mal für den PC und 760.000-Mal für die Xbox 360 illegal aus dem Internet heruntergeladen.[6] Battlefield 3 ist mit seinen Verkaufszahlen (und illegalen Downloads) eines der weltweit erfolgreichsten Videospiele, die es bisher gab.

Videospiele wie Battlefield 3 orientieren sich am Markt. Sie sollen den Unternehmen so viel Geld wie möglich einbringen. Darauf ist auch die im Spiel erzählte Geschichte ausgerichtet: Ein Videospiel mit brisantem Inhalt verkauft sich besser. So merkt der US-Kommunikationswissenschaftler Roger Stahl in seinem 2010 erschienenen Buch „Militainment, Inc. – War, Media and Popular Culture" an, dass militärische Videospiele heute zunehmend reale Konflikte aufgreifen.[7]

Gründe genug, sich näher mit Battlefield 3 zu beschäftigen – allerdings eben nicht so, wie es für ein Videospiel üblich ist: wenn über virtuelle Spiele in Nachrichten-Medien berichtet wird, dann kreist die Debatte in Deutschland oft nur um die Frage der dargestellten Gewalt. Was die Spiele für politische Aussagen verbreiten, spielt in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. Es wird über äußere Formen, nicht aber über den Inhalt der Videospiele diskutiert.[8] Dabei sind die in den Spielen erzählten Geschichten oft hochbrisant – wie Sebastian Biemann in seinem Leserbrief richtig bemerkt, gilt dies auch für Battlefield 3.

Der vorliegende Text ist eine Zusammenfassung der Studie „Battlefield 3: Das virtuelle Schlachtfeld" (IMI-Studie 2012/05) und befasst sich näher mit dem Videospiel – will es auch nicht-Spielern zugänglich machen – und geht darüber hinaus auch noch auf die Produktion und Vermarktung von Battlefield 3 ein.[9] Neben einer allgemeinen Zusammenfassung des Textes wurden die Abschnitte zum Mulitplayer- und Kooperations-Modus des Spiels sowie zum Battlefield-eigenen Social-Network „Battlelog" gestrichen.

1 Die Story

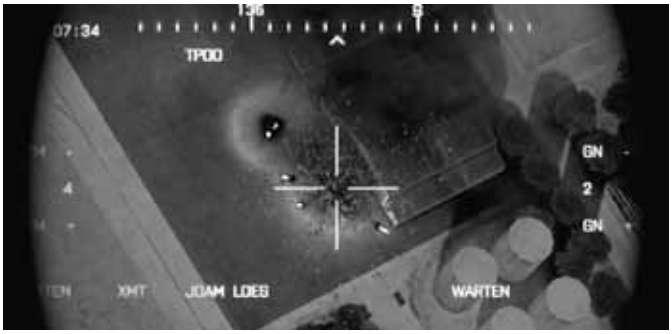
Auch wenn die Geschichte in Battlefield 3 linear und nicht vom Spieler beeinflussbar ist, so sind die Level nicht in einer chronologischen Reihenfolge angeordnet. Hauptprotagonist ist Staff Sergeant Henry „Black" Blackburn, den der Spieler auch in den meisten Missionen steuert. Immer wieder schlüpft der Spieler allerdings auch in andere Rollen. Zum besseren Verständnis wird die Geschichte von Battlefield 3 im Folgenden chronologisch wiedergegeben.

15. März 2014, Sulaymaniyah (Irak), „Operation Swordbreacker": Die in Battlefield 3 erzählte Geschichte beginnt in der kurdisch-irakischen Großstadt Sulaymaniyah. Militäreinheiten der „People's Liberation and Resistance" (PLR), eine mit dem iranischen Militär zusammenhängende Truppe, sind vom Iran aus in die Stadt einmarschiert. Sergeant Blackburn und seine Einheit sollen einen Trupp US-Marines finden, zu dem der Kontakt in der Stadt abgerissen ist. Die verschollenen Marines sind Opfer eines Bombenanschlags geworden, der Spieler muss einen weiteren verhindern und die anstürmenden Gegner mit einem Maschinengewehr auf Abstand halten. Ein Ende findet das Gefecht erst, als ein heftiger Erdstoß die Stadt erschüttert – während der Mission gab es zuvor immer wieder kleinere Erdstöße. Der Spieler sieht noch, wie ein Hochhaus in seine Richtung fällt – das Ende des Levels.

15. März 2014, Sulaymaniyah (Irak), „Aufstand": Der Spieler erwacht in der virtuellen Haut von Sergeant Blackburn unter dem umgestürzten Hochhaus. Verschwommen sieht er, wie ein einige Meter entfernt liegender verletzter US-Soldat von einem Mann mit ausländischem Akzent schikaniert wird – der Soldat soll wählen, ob er leben oder sterben will. Der PLR-Angehörige heißt Solomon und ist einer der Antagonisten in Battlefield 3. Eingreifen kann der Spieler in dieser Szene nicht. Er sieht nur, wie Solomon weggeht und der US-Soldat vor Schmerzen schreiend von einem PLR-Kämpfer weggeschleppt wird.

Der Spieler muss durch die zerstörte, von Aufständischen besetzte Stadt schleichen. Dabei trifft man auf einen befreundeten US-Soldaten, mit dem man zum Abholpunkt – „Komm, wir verpissen uns" – geht. Der Soldat erzählt, dass es im ganzen Irak Krawalle gebe und „halt dich fest, einen Coup im Iran. Gesponsert von unseren ‚freundlichen Nachbarn', der PLR." Der Spieler und sein Kamerad treffen am Abholpunkt auf weitere US-Soldaten, die die Landezone gegen die PLR verteidigen. Schließlich werden alle mit einer Osprey – einem senkrechtstartenden Transportflugzeug – evakuiert.

31. Oktober 2014, USS George H.W. Bush Persischer Golf/ Teheran (Iran), „Auf der Jagd": Zeitsprung – sieben Monate später. Der Spieler schlüpft in die Rolle von Leutnant Jennifer



Auf dem Teheraner-Flughafen müssen gegnerische Kampfflugzeuge vom Spieler schon am Boden zerstört werden. Foto: Electronic Arts/ DICE.

Sergeant Blackburn (links) beim Verhör durch zwei CIA-Agenten. Foto: Electronic Arts/DICE.

Coleby Hawkins, Waffenoffizierin eines F-18 „Hornet"-Kampfflugzeugs der US-Armee. Ziel des Angriffs ist der Mehrabad International Airport nahe Teheran. Dort soll Farukh Al-Bashir, Anführer der PLR, Machthaber im Iran und verbündeter Solomons, getötet werden.

Bei der Mission müssen einige feindliche Kampfjets abgeschossen und der Flughafen bombardiert werden. Die Mission endet kurz darauf mit der Landung auf dem Flugdeck des Flugzeugträgers bei Nacht - auch dabei kann der Spieler das Flugzeug aber nicht selbst steuern.

31. Oktober 2014, Teheran (Iran), „Guillotine": Nachdem die Haupt-Protagonisten in den ersten Missionen in das Spiel eingeführt wurden, beginnt im Level „Guillotine" nun die eigentliche Story. Ziel des Nachteinsatzes ist die Erstürmung der iranischen Hauptstadt Teheran und die Gefangennahme Farukh Al-Bashirs, der in einem Bankgebäude vermutet wird.

Nachdem der Spieler erste iranische Infanterie-Truppen zerschlagen hat, gerät er selbst kurze Zeit in einen Hinterhalt, aus dem er sich aber befreien kann. Später müssen auch einige T-90-Panzer der PLR zerstört werden, um zum Bankgebäude zu gelangen.

Dort angekommen wird es für das Vier-Mann-Team um Blackburn – nun der Spieler – spannend: „Oh scheiße! Hier gibt es Karten von Paris und New York!", ruft einer der US-Soldaten aus dem Trupp. Auf einem Zugfahrplan soll die Uhrzeit 6.02 Uhr stehen – ein Datum scheint aber zu fehlen. Dafür finden die US-Soldaten eine Kiste, in der sich eine kleine russische Atombombe befindet: „Da ist noch Platz für zwei mehr. Wo zum Teufel sind die anderen beiden?" Das Level endet damit, dass Al-Bashir über eine Überwachungskamera gesehen wird, wie er die Bank mit einigen Leuten betritt. Scheinbar wurden die US-Soldaten in der Bank von PLR-Truppen umzingelt.

31. Oktober 2014, Wüste vor Teheran (Iran), „Donnerlauf": Die in der Bank eingeschlossenen US-Soldaten sollen befreit werden. Dazu soll eine Panzerbrigade nach Teheran fahren. Der Spieler schlüpft dafür in die Rolle von US-Sergeant Jonathan Miller und steuert einen M1-Abrams-Kampfpanzer in Richtung der Hauptstadt. Dabei müssen zahlreiche Feinde getötet werden, darunter auch Selbstmordattentäter mit so genannten VBED (Vehicle Borne Explosive Device).

31. Oktober 2014, Teheran (Iran), „Keine Angst vor Bösem": Miller gelangt mit dem Panzer-Trupp ins zerstörte Zentrum Teherans, gerät dabei aber unter Beschuss. Vor dem Eingang der Bank wird der Abrams-Panzer des Spielers von einer Panzerfaust getroffen und ist fahruntüchtig. Blackburn und sein Infanterie-Trupp warten am Eingang auf Evakuierung mittels Hubschrauber. Der Spieler muss mit der Bord-MG des Panzers so lange den landenden Hubschrauber verteidigen, bis Blackburn, sein Team und die russische Atombombe ausgeflogen werden können. Dies gelingt, aber Millers Panzer wird von PLR-Truppen überrannt – Miller wird dabei von den Iranern gefangen genommen.

Der Spieler findet sich in der nächsten Szene gefesselt auf einem Stuhl wieder. Vor ihm ist eine Kamera aufgestellt. Solomon und Al-Bashir sind im Raum und reden mit Miller – dem Spieler. Die kurze Szene, in der der Spieler handlungsunfähig ist, endet damit, dass Solomon Miller vor laufender Kamera mit einem Messer die Kehle durchschneidet.

2. November 2014, Teheran (Iran), „Nachtschicht": Abermals soll bei dieser Mission in Teheran der Machthaber Al-Bashir gefunden werden. Der Spieler schlüpft wieder in die Rolle von Sergeant Blackburn und hat Sergeant Campo zur Seite. Ein zweiter US-Trupp wird von Captain Cole, einem von Sergeant Campo als ruhmessüchtig bezeichneten Soldaten, kommandiert. *Während das Cole-Team zwei Gebäude nach Al-Bashir durchsucht, muss der Spieler aus erhöhter Position anrückende PLR-Truppen töten. Al-Bashir versucht mit einem Fahrzeug zu fliehen, kann aber von Blackburn und Campo gestellt werden.*

Bei der Evakuierung aus Teheran per Flugzeug spricht der bei der Auseinandersetzung schwer verletzte Al-Bashir mit den zwei US-Soldaten Blackburn und Campo: „Solomon war es. Er sagte, nehmt die Bomben … nehmt sie als Druckmittel. Dann hat er sie gestohlen. Er hat mich benutzt…wie er alle benutzt. Der Hund hat mich betrogen … mit seinen Plänen. Züge … und dafür werde ich mich an ihm rächen. Am 14. dieses Monats – wenn die Sonne untergeht – wird Solomon zuschlagen." Dann stirbt Al-Bashir und der Level endet. Die Soldaten nehmen dem Iraner das Handy ab und stoßen dabei auf den Namen eines russischen Waffenhändlers – Amir Kaffarov. Die nächste Spur.

9. November 2014, Araz-Tal (Iranische-Seite), „Ein steiniger Weg": Die zwei fehlenden, tragbaren Atombomben sollen sich bei Amir Kaffarov befinden. Dieser hat eine Villa im Gilad-Tal in Aserbaidschan. Um dorthin zu gelangen, müssen die US-Truppen aber zunächst durch das nordiranische Araz-Tal.

Die anrückenden US-Truppen – der Spieler wieder in der Rolle von Sergeant Blackburn – stoßen dabei früh auf Widerstand und erleiden Verluste. Die US-Soldaten müssen aber feststellen, dass es keinesfalls Iraner sind, gegen die sie kämpfen, sondern russische Fallschirmjäger. Die Russen versuchen vor den US-Amerikanern bei Kaffarov zu sein, um ihre Atombomben sicherzustellen. Zwar scheinen die Russen in Battlefield 3 grundsätzlich nicht mit der PLR im Streit zu stehen, aber ihnen wurden die Atombomben wohl vom Waffenhändler Kaffarov geklaut. Kaffarov verkaufte sie an Al-Bashir, allerdings wurden dem wiederum zwei der drei Bomben von Solomon gestohlen. Auch wenn Russen und US-Amerikaner dasselbe Ziel haben, kommt es im Tal zu erbitterten Gefechten zwischen beiden Parteien. Einige US-Soldaten zweifeln den Sinn des Einsatzes gegen die Russen an – man sei zu schwach, um es mit so vielen Gegnern aufzunehmen. Captain

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Der GRU-Speznaz Dima in der Villa von Kaffarov beim Zusammentreffen mit Blackburn, dem Spieler. Foto: Electronic Arts/DICE.

Der Spieler muss den anstürmenden Captain Cole töten, um den Pakt mit Dima abzuschließen. Foto: Electronic Arts/DICE.

Cole, der den Einsatz kommandiert, besteht aber darauf weiter zu kämpfen. Nach harten Gefechten fliegt ein SU-Erdkampfflugzeug über die Köpfe der US-Soldaten hinweg. Mit seinem Trupp muss der Spieler von Deckung zu Deckung sprinten und den Kampfjet letztlich abschießen. Dies gelingt. Doch der Spieler stellt fest, dass dem Kampfflugzeug zwei Kameraden zum Opfer gefallen sind. Die US-Soldaten reagieren auf den Tod ihrer Freunde bestürzt – nur Captain Cole scheint seine Entscheidung, das Tal um jeden Preis zu erobern, nicht zu bereuen: „Wir haben Krieg. Und im Krieg passiert sowas."

9. November 2014, Araz-Tal (Aserbaidschanische-Seite), „Kaffarov": In dieser Mission schlüpft der Spieler in die Rolle von Dmitri „Dima" Mayakovsky, einem Speznaz-Agenten des russischen militärischen Nachrichtendienstes GRU. Die auch in der Realität existierende Spezialeinheit hat ihre Einsatzschwerpunkte bei der nachrichtendienstlichen Aufklärung, der asymmetrischen Kriegsführung und der Terrorismusbekämpfung. Im Battlefield 3-Level ist das Ziel des Einsatzes die Ergreifung des Waffenhändlers Kaffarov, um die gestohlenen russischen Atombomben zu finden.

Zusammen mit zwei Kameraden springt Dima nahe Kaffarovs Villa mittels HALO-Fallschirmsprung aus großer Höhe aus einem Transportflugzeug ab – der Sprung ist mit heroischer Musik unterlegt. Dima kann Kaffarov nach einigen Kämpfen gegen dessen Söldner-Truppe stellen.

Die Story wird in einer Script-Sequenz fortgeführt: Dima schlägt Kaffarov zusammen. Die Szene endet allerdings nicht, sondern wird ausgeblendet. Ohne dass ein neuer Level beginnt, ist der Spieler nun in der Rolle Blackburns vor der Villa Kaffarovs. Man rennt hinein und findet den regungslosen – scheinbar toten – Kaffarov auf dem Boden liegend und auch Dima, der mit einer Pistole auf den Spieler zielt – auch dies ist eine Script-Sequenz. Dima zu Blackburn: „Dieses Stück Scheiße hier hat Russland drei Atombomben geklaut und an einen Mann namens Solomon verscherbelt. Solomon benutzt die PLR. Er hat mindestens zwei Ziele: New York und Paris. Er nutzt öffentliche Verkehrsmittel, um die Waffen zu transportieren. Die Bombe für New York will er sehr bald am Times Square zünden. Das darf nicht passieren. Wir können einen Krieg zwischen unseren Nationen verhindern. Nur wir zwei. Keine Politiker. Kein Geld, das die Taschen wechselt. Nur zwei Soldaten, die die Wahrheit sprechen. Hilf mir das durchzuziehen. Das wars, ich muss jetzt gehen." Captain Cole kommt durch eine Tür gestürmt und scheint Dima ins Visier zu nehmen. Der GRU-Soldat hebt die Hände und sagt zu Blackburn: „Wenn du ihn nicht erschießt, werden Millionen sterben." Der Spieler muss Cole erschießen und hat damit sozusagen einen Pakt mit Dima geschlossen, die Bombenattentate zu verhindern.

13. November 2014, Paris (Frankreich), „Genossen": Zusammen mit den zwei GRU-Kameraden aus der gerade beschriebenen Mission soll Dima – der Spieler – den Atombomben-Anschlag in Paris verhindern.

In der Euronext-Börse kämpft der Spieler gegen unzählige PLR-Kämpfer und jagt der tragbaren Atombombe hinterher. Später geht es auf die Straßen vor die Börse. „Wenn die Bombe hochgeht, kriegt Russland die Schuld. Und Millionen Menschen gehen drauf. Ein paar Polizisten sind nichts dagegen", rechtfertigt Dimas GRU-Kamerad, dass bei dem Einsatz auch Polizisten getötet werden.

Die Jagd durch die Straßen von Paris wird nur kurz gestoppt, als einer von Dimas Kameraden stirbt, nachdem eine Panzerfaust-Granate in einen Bus einschlägt und er von einem Metallrohr durchbohrt wird. Wie schon an anderen Stellen wird auch dies heldenhaft inszeniert: „Lass mich, ich bin erledigt … Ich … Ich halte sie auf", keucht der Schwerverletzte noch kurz vor seinem Tod. Dima und sein verbliebener Kamerad nehmen wieder die Verfolgung auf. An einer S-Bahn-Station kann der Atombomben-Attentäter schließlich gestellt werden – es ist nicht Solomon, sondern ein mit einer Skimaske unkenntlich gemachter anonymer PLR-Terrorist, der von Dima überwältigt werden kann.

Nun kommt die eigentliche Überraschung: Der kurz zuvor in eine Ecke des Bahnsteigs geschleuderte Rucksack mit der Atombombe ist leer. Einige Sekunden nachdem die GRU-Kämpfer das feststellen, blendet sie ein gleißendes Licht – die eigentliche Bombe ist explodiert und die Druckwelle rast auf die Russen zu. Das Level endet. Explosionsort war die Euronext-Börse. Für Außenstehende hat es den Anschein, als wären die Russen – und sogar Konkret Dima und sein Trupp – für das Attentat verantwortlich, da dem CIA auch Beweise vorliegen, dass die GRU-Leute zum Zeitpunkt der Explosion in Paris waren.

14. November 2014, New York-Long Island (USA), „Der große Zerstörer": Nachdem der Spieler in der Rolle Sergeant Blackburns Captain Cole erschossen hat und die CIA auch Beweise hat, dass Blackburn in Kaffarovs Villa auf Dima gestoßen ist, wurde er gefangen genommen und wird nun vom CIA verhört. Die zwei Agenten glauben dem US-Soldaten – dem Spieler – nicht, der sie davon zu überzeugen versucht, dass sich in New York eine Atombombe befindet, die Solomon am Times Square zünden möchte. Dabei ist es der Tag, für den Al-Bashir das Attentat voraus gesagt hat. Als der Spieler dann noch durch Zufall – ein CIA-Agent bekommt einen Anruf – erfährt, dass in New York ein Zug entführt wurde (Dima sagte Blackburn ja, dass Solomon öffentliche Verkehrsmittel benutzt, um die Bombe ans Ziel zu bringen), beschließt Blackburn die Flucht, um Solomon zu stoppen. Gemeinsam mit dem ebenfalls in den Verhörraum gebrachten Sergeant Montes, ein Überlebender aus Blackburns Einheit, überwältigen sie zwei CIA-Agenten und Blackburn kann von einer Brücke aus auf den gerade vorbeifahrenden, entführten Zug aufspringen – wann die Zugentführung stattfindet, hatte

In Battlefield 3 muss der Spieler sich auch mit der Polizei anlegen. Foto: Electronic Arts/DICE.

Der HALO-Falschirmsprung aus einem russischen Transportflugzeug wird beeindruckend inszeniert. Foto: Electronic Arts/DICE.

Blackburn bereits im Level „Guillotine" herausgefunden, als der Trupp einen Zugfahrplan mit der Uhrzeit 6.02 fand.

Nach einer Hatz durch New York kommt es am Times Square zum Showdown zwischen Solomon, der die letzte tragbare Atombombe besitzt, und Blackburn. Der Spieler kann Solomon mit einem Stein bewusstlos – scheinbar sogar tot – schlagen und die Atomexplosion verhindern. In letzter Sekunde kann der Spieler die Bombe per Knopfdruck deaktivieren.

2 Der Hintergrund

„Wir wollten das Spiel so schlüssig wie möglich wirken lassen, denn wenn die Spieler aufhören, daran zu glauben, dass das alles wirklich so und nicht anders passieren könnte, hat man nur noch einen ganz normalen Shooter von der Stange", erklärte David Goldfarb, Lead Designer und Lead Writer von Battlefield 3, vor Veröffentlichung des Spiels in einem Entwickler-Tagebuch.[10] Und so ist die erzählte Story auch aus politischer Sicht höchst brisant: Immerhin greift sie den seit Jahren schwelenden Konflikt zwischen den USA und dem Iran auf. Doch welche Feindbilder sind es genau, die in „Battlefield 3" geschaffen werden, welchen Hintergrund hat die Story des Spiels und allgemein: Welche Aussagen werden mit dem Videospiel vermittelt?

2.1 Feindbilder

Die Feinde, auf die der Spieler in Battlefield 3 schießen muss, sind vor allem arabisch gekleidete und aussehende PLR-Kämpfer, vom russischen Waffenhändler Kaffarov bezahlte Söldner sowie Soldaten der russischen Streitkräfte. Alle werden als Gegner dargestellt, die versuchen, den Spieler und seine Kameraden zu töten – dadurch bekommen sie natürlich auch eine negative Konnotation. Allerdings führt die komplizierte, verworrene und teilweise auch lückenhafte Story von Battlefield 3 dabei noch zu unterschiedlichen Ausprägungen der erzeugten Rollen-Feindbilder – vor allem bei den Hauptantagonisten wird dies deutlich: So ist der iranische Machthaber im Spiel Al-Bashir zwar ein Hauptfeind, da er aber selbst von Solomon hintergangen wurde, wird seine negative Darstellung etwas abgemildert. Bspw. versuchen die US-Soldaten Al-Bashir in der Mission „Nachtschicht" sogar verzweifelt am Leben zu halten und ihn vor dem Tod zu bewahren (was letztlich nicht klappt und der Araber verstirbt).

Die am negativsten dargestellte Person in Battlefield 3 ist Solomon, der von Al-Bashir bis hin zur CIA alle täuscht. Er ist für die gezündete Atombombe in Paris verantwortlich und seinen Anschlag in New York kann der Spieler erst im letzten Moment verhindern. Solomons Hintergrund und sein Motiv bleiben im Spielgeschehen weitestgehend unklar.

Eine Doppelrolle kommt Russland und den russischen Streitkräften zu. Dies zeigt sich besonders im Level „Ein steiniger Weg". So wird im Spiel deutlich, dass Russland die PLR eigentlich unterstützt. Nachdem Solomon sich aber mit den Atombomben des Waffenhändlers Kaffarov abgesetzt hat, versuchen die Russen ihrerseits Schadensbegrenzung. Mit Dima und seinen zwei Kameraden vom GRU gibt es sogar sehr positiv dargestellte Russen.

Ebenfalls negativ dargestellt wird der US-Militär Captain Cole. Diese negative Darstellung wird vor allem in der Mission „Nachtschicht" aufgebaut: Sergeant Campo, mit dem der Spieler in dem Level unterwegs ist, sagt, dass Cole ein ruhmessüchtiger Soldat und daher gefährlich sei. Im späteren „Ein steiniger Weg"-Level treibt Cole seinen Trupp US-Soldaten gegen die russische Übermacht durch das Araz-Tal – und das, obwohl einige Soldaten Zweifel an der Mission haben. Cole besteht als Befehlshaber aber gegen alle Widerstände auf den Angriff, was am Ende dazu führt, dass Campo und ein weiterer Kamerad des Spielers durch den Angriff eines russischen Kampfflugzeugs sterben.

Auch auf französische Polizisten wird in Battlefield 3 – im Level „Genossen" – geschossen. Solomon-Anhänger fliehen mit der vermeintlichen Atombombe in Paris vor Dima und seinen GRU-Kämpfern und gelangen dabei auf eine Straße, die von französischer Polizei abgeriegelt ist. Sowohl die PLR-Kämpfer als auch das dreiköpfige Team der Russen schießen sich durch die Reihen der Ordnungshüter. Für Erklärungen, dass die Russen hinter einer tragbaren Atombombe her sind, um die französische Hauptstadt vor einem verheerenden Anschlag zu bewahren, ist in dem Spiel keine Zeit. Frankreich und die französische Polizei sind nicht in Blackburns und Dimas Plan, Solomons Anschläge zu stoppen, involviert – ebenso wenig wie die USA. Die Soldaten haben im „Kaffarov"-Level abgemacht, die Politik außen vor zu lassen. Warum, wird in dem Spiel nicht weiter beleuchtet. Natürlich hat Russland, in dessen Auftrag der GRU-Soldat Dima und sein Team handelt, ein Interesse daran, dass ihre Verbindung über Kaffarov zur PLR und die von Solomon geklauten zwei tragbaren Atombomben nicht an die große Öffentlichkeit gelangen. Dies könnte einen größeren Konflikt zwischen den USA und Russland auslösen und Russland würde international sein Gesicht verlieren. Dennoch wäre es wohl besser, wenn Blackburn Captain Cole nicht erschießen würde und den ganzen Vorgang gemeinsam mit Dima den Politikern beider Länder – und auch denen Frankreichs, usw. – erklären würde. Es scheint doch weitaus logischer zu sein, wenn alle Sicherheits- und Ordnungskräfte der Nationen nach Solomon und seinen Anhängern suchen, als wenn dies nur Blackburn (und Montes) sowie Dima und seine zwei Mitkämpfer sogar noch gegen die französische Polizei und den CIA tun. Natürlich bräuchten Blackburn und Dima Beweise, um den Politikern die Geschichte glaubwürdig vermitteln zu können. Kaffarov, der die Bomben an die PLR verkauft hat, wäre ein guter

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Beim Sturm auf die iranische Hauptstadt Teheran im Level „Operation Guillotine" ist deutlich der stadtbild-prägende Borj-e Milad-Fernsehturm zu erkennen. Foto: Electronic Arts/DICE.

Zeuge – der wurde aber von Dima kurz vor Eintreffen Blackburns umgebracht. Auch die von den US-Soldaten in Teheran gefundene und auch sichergestellte tragbare Atombombe sollte ein stichhaltiger Beweis für die Geschichte sein. An dieser Stelle wird abermals die Schwäche und Ungenauigkeit der Geschichte von Battlefield 3 deutlich.

2.2 Heldentum

Wo es „Böse" gibt, gibt es auch „Gute". Wie viele militärische Videospiele setzt auch Battlefield 3 an vielen Stellen auf eine heroische Inszenierung der Protagonisten. Die Rollen des Spielers – vor allem die des Sergeant Blackburn und die des GRU-Soldaten Dima – sind sehr positiv. Der Spieler wird im Spiel – selbstverständlich – zum Helden, der versucht, Paris vor einem atomaren Anschlag zu bewahren (was ihm allerdings nicht gelingt) und auch New York zu schützen (was ihm gelingt). Da der Spieler in der Rolle der Soldaten dabei Hunderte anderer Menschen in den verschiedenen Missionen tötet, werden die Charaktere positiv und ehrenhaft dargestellt. Auch wenn es sich bei den getöteten Feinden um Kombattanten handelt, sollte das Handeln moralisch hinterfragt werden.

An einigen Stellen des Spiels wird die heroische Inszenierung der Protagonisten besonders deutlich: Wo sich etwa US-Pioniere im Level „Donnerlauf" nicht trauen, unter Beschuss den Zünder einer vorbereiteten Sprengladung zu holen, um die Straße frei zu machen, muss der Spieler in der Rolle Millers ran: „Irgendeiner muss an den Scheiß Zünder und ihn auslösen. Jemand muss da rüber, aber ich bin es ganz bestimmt nicht", gibt ein sichtlich mitgenommene Pionier-Soldat an. Nachdem der Spieler die Sprengung ausgelöst hat, kommentiert Millers-Kollege aus dem Panzer: „Gut gemacht. Du solltest den Sold von dem Typ einstreichen. Hast schließlich seinen Job gemacht." Während der Pionier als verweichlichter Angsthase dargestellt wird, zeigt die Figur des Spielers ob des PLR-Beschusses keine Regung, der Spieler kann einfach losrennen und den Zünder holen. Angst scheint Miller nicht zu kennen und der Spieler kann, wenn er doch zu viele Kugeln eingesteckt hat, den Abschnitt schnell nochmal beginnen.

Dima und sein dreiköpfiger Trupp von GRU-Kämpfern haben im Spiel eine weitaus kleinere Rolle als etwa Blackburn, werden aber ebenso heroisch dargestellt. Der HALO-Fallschirmsprung von Dima und seinem Trupp aus einem russischen Transportflugzeug, um zu Kaffarovs Villa zu gelangen, ist mit dem Battlefield 3-Soundtrack, eine Art moderner Fanfaren-Musik, unterlegt. Im Level „Genossen" wird einer von Dimas zwei Mitkämpfern nach einem Angriff der PLR von einer Metallstange durchbohrt. Doch statt zu schreien oder um sein Leben zu winseln keucht dieser selbstlos: „Lass mich, ich bin erledigt … Ich … Ich halte sie auf." Dima und sein noch verbliebener Kamerad jagen daraufhin den fliehenden PLR-Kämpfern hinterher.

Soldatentum wird vor allem im Level „Kaffarov" gepriesen: Obwohl sich Blackburn und Dima vorher – soweit es die Geschichte des Spiels klärt – noch nie gesehen haben, vertrauen sich die Soldaten auf Anhieb. Blackburn und Dima stellen einander noch nicht mal vor – gerade haben sich russische und US-amerikanische Soldaten noch im Araz-Tal bekämpft und schon sprechen der russische Speznaz und der US-Marine wie die vertrautesten Freunde miteinander (auch wenn Dima dabei anfangs eine Pistole auf Blackburn richtet, diese aber auch schnell wieder runter nimmt). Soldaten sind ehrliche und vertrauenswürdige Menschen mit ehrenwerten Zielen, die für einander morden und sterben, scheint Battlefield 3 vermitteln zu wollen. Politik und Behörden hingegen sind korrupt und verlogen.

2.3 Realer Iran-Konflikt

Battlefield 3 greift den realen Konflikt zwischen den USA und dem Iran auf: Seit 2002 unterstellen westliche Nationen der islamischen Republik, heimlich Atomwaffen zu entwickeln – der Streit spitzt sich seit Jahren zu.[11] Zwar geht es in Battlefield 3 nicht um ein iranisches Atomprogramm, aber doch darum, dass der Iran (russische) Atomwaffen besitzt bzw. besessen hat. Neben diesem Hintergrund ist es vor allem die im Spiel gezeigte US-Invasion (infolge iranischer Aggressionen gegen den Irak), die auch in der Realität immer wieder im Gespräch ist. Die PLR erinnert zudem stark an die iranische Revolutionsgarde.

Doch ist die politische Dimension der in Battlefield 3 erzählten Geschichte nicht nur eine konstruierte oder allenfalls unwichtige Nebensache? Zur Beantwortung dieser Frage muss man eine möglichst unvoreingenommene Sicht auf die Weltpolitik einnehmen

Wie realistisch ist das Nachladen der Waffen in Battlefield 3? Foto: Electronic Arts/DICE.

und sich zwei Gegenfragen stellen: Was würde in den westlichen Ländern und vor allem in den USA passieren, wenn ein iranisches Videospiel-Unternehmen einen aufwendigen und nach dem neuesten Stand der Technik entwickelten Militär-First-Person-Shooter veröffentlichen würde, in dem die iranische Armee mit Kampfpanzern vor Washington steht und die iranischen Revolutionsgarden durch die Gassen der US-Hauptstadt stürmen? Was wäre, wenn dieses Videospiel auch noch von iranischem Militär unterstützt und mit einer weltweiten Werbekampagne rund um den Globus vermarktet würde? Der Aufschrei in der westlichen Welt wäre enorm, die USA würden protestieren und das Spiel würde zum Politikum. Dass sich der Iran heute vor den Kopf gestoßen fühlt, wenn weltweit Millionen Battlefield 3-Spieler täglich eine in die nahe Zukunft versetzte Panzerschlacht vor den Toren ihrer Hauptstadt Teheran spielen, wundert da nicht. Im Iran wurde der Verkauf des Spiels kurz nach Veröffentlichung aufgrund des Inhalts verboten – natürlich eine vollkommen überzogene Zensur-Maßnahme.[12] Dass es eine Reaktion der iranischen Politik auf die Videospiel-Veröffentlichung geben würde, war indes absehbar.

Eine Gruppe namens „Iranische Jugend" soll mittlerweile eine Online-Petition gegen das Videospiel gestartet haben: „Wir wissen, dass die Geschichte in einem Videospiel hypothetischer Natur ist [aber wir] glauben auch, dass das Spiel absichtlich zu einer Zeit veröffentlicht wurde, in der die USA der internationalen Gemeinschaft Angst vor dem Iran machen wollen", soll es in der Petition lauten.[13] Über 5.000 Personen sollen die Petition schon unterzeichnet haben. Zudem planen iranische Programmierer eine Art „Gegenspiel", das den Namen „Attack on Tel Aviv" tragen und somit wohl Israel zum Schauplatz der Geschichte haben soll.[14] Dies passt zur aktuellen Politik des Irans, der Israel bedroht (und seinerseits von Israel und seinen Verbündeten bedroht wird), verwundert aber zugleich, da Israel oder israelische Firmen an der Entwicklung von Battlefield 3 (soweit bekannt) in keiner Weise beteiligt waren: Electronic Arts ist ein US-Unternehmen und DICE hat seinen Sitz im schwedischen Stockholm. Über „Attack on Tel Aviv" ist bisher aber auch nur wenig bekannt. Wann das Spiel erscheint, ist unklar. Der Gründer der iranischen „National Foundation of Computer Games" – Behrooz Minaei – gab Mitte Dezember 2011 bekannt, das Projekt zu finanzieren.[15] In welcher Höhe ist nicht bekannt. Es gebe aber viele Entwickler und Programmierer im Iran, die „Attack on Tel Aviv" unterstützen wollten.

3 Die Produktion

Battlefield 3 ist nicht nur inhaltlich interessant: „Spüre die Wucht des Schlachtfelds!" wirbt Electronic Arts auf der offiziellen Website des Spiels.[16] Weiter heißt es: „Mach dich auf den realistischsten Shooter aller Zeiten gefasst, der in diesem Herbst mit Unterstützung der brandneuen Frostbite 2-Engine für Furore sorgen wird. […] Diese hochmoderne Technologie bildet das Fundament von Battlefield 3 und ermöglicht eine Grafik von überragender Qualität, realistische Größenverhältnisse, massive Zerstörungsoptionen, dynamisches Audio und täuschend echte Charakteranimationen. Während Kugeln durch die Luft pfeifen, Mauern einstürzen und Explosionen den Spieler zu Boden werfen, fühlt sich das Schlachtfeld intensiver und interaktiver an als je zuvor." Doch wie weit ist das Spiel der Realität nachempfunden? Um das angebliche Schlachtfeld-Gefühl zu kreieren, haben sich die Battlefield-Entwickler von DICE am realen Militär orientiert. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Authentizität des Videospiels und der Verbindung zwischen den Entwicklern von DICE und dem realen Militär.

3.1 Zwischen Realität und Virtualität

An der Videospiel-Entwickler waren auch Andy McNab, ein ehemaliges Mitglied der britischen Militär-Spezialeinheit „Special Air Service" (SAS) und danach Buchautor, beteiligt. Alan Kertz, Senior Designer von Battlefield 3, beschreibt die Funktion des Ex-Soldaten bei der Battlefield-Entwicklung: „Andy [McNab] hat uns sehr bei der Darstellung des Umgangs mit Waffen geholfen. Eine AK [ein russisches Schnellfeuergewehr, d.A.] ist anders als ein M16 [ein US-Amerikanisches Schnellfeuergewehr, d.A.], weil es durch verschiedene Unternehmen mit unterschiedlichen Ideen konstruiert wurde. Eine AK ist ein schweres, klobiges Ding. Die M16 ist leichter."[17] Andy McNab selbst äußerte sich seinerseits zur Arbeit mit den Software-Entwicklern: „Normalerweise wird man von einem Spieleentwickler nur als Marketing-Tool oder für Motion-Capture-Aufnahmen hinzugezogen. Als der Anruf von DICE kam und ich in Stockholm angekommen bin, hatte ich das Gefühl, sie wollten die Story weiter voranbringen", so der ehemalige Soldat erfreut.[18] Im Abspann von Battlefield 3 werden neben „Senior Advisor" Andy McNab noch drei weitere „Military Advisors" aufgelistet.

Im Vergleich zu den Vorgängerspielen gebe es laut den Entwicklern in Battlefield 3 einen größeren Fokus auf Realismus und der realistischen Handhabung der Waffen. Das reiche von Dingen wie Nachladen, über Mobilität und Geschossflugbahnen bis hin zu den Werten für Mündungsenergie und Mündungsgeschwindigkeit, welche vom Kaliber und der Länge des Laufes beeinflusst würden. Doch wie realistisch sind die Waffen in Battlefield 3? Trotz aller Bekundungen der Entwickler werden in Battlefield 3 Realität und Fiktion der Waffensysteme vermischt. Gerade für Menschen, die noch nie eine Waffe in der Hand gehabt oder sie im Original und beim Einsatz gesehen haben – das dürfte für die meisten Battlefield 3-Spieler der Fall sein –, ist es unmöglich zu wissen, wo die Realität der dargestellten Waffen aufhört und die Fiktion anfängt: Geht es etwa wirklich so schnell die Waffen nachzuladen? Haben die Waffen wirklich die im Spiel gezeigte Durchschlagskraft? Überhaupt nicht gezeigt wird der Wartungsaufwand der Waffen sowie Fehlfunktionen und Beeinträchtigungen durch Umwelteinflüsse. Kurz: an welchen Stellen wurde das Videospiel spielbar gemacht? Die Waffen in Battlefield 3 funktionieren einwandfrei – auf ihnen liegt ein Fokus des Spiels.

So steht dem Battlefield 3-Spieler eine ganze Bandbreite von knapp 70 verschiedenen Handfeuerwaffen zur Verfügung. Alle Waffen haben dabei reale Vorbilder und die Originalbezeichnung – einige der dargestellten Waffen kommen in der Realität vom deutschen Kleinwaffenhändler „Heckler & Koch", etwa die in Battelfield 3 dargestelltem Gewehre G3A3, G36C und die

Maschinenpistolen MP7, UMP 45 sowie M27 IAR (Infantry Automatic Rifle). Eine offizielle Lizenz zur Darstellung der deutschen Waffen hatten die Entwickler nicht.

Die nicht-autorisierte Darstellung von Waffensystemen sorgte bei Battlefield 3 allerdings für Ärger – ein so wohl noch nie dagewesener Fall.[19] Bisher störten sich Waffenproduzenten nicht an der Darstellung ihrer Produkte in den Spielen. Doch nun will der zum US-Mischkonzern Textron gehörige Hubschrauber-Hersteller Bell Helicopters die Darstellung seiner Kampfhubschrauber AH-1Z Viper und UH-1Y sowie seines Kipprotorflugzeugs V-22 Osprey in Battlefield 3 verbieten. Gespräche zwischen Textron und Electronic Arts sollen gescheitert sein. Der Videospiel-Hersteller ging daraufhin in die Offensive und klagte für die Darstellung der Militärvehikel im Spiel. EA erhofft sich ein Feststellungsurteil, welches besagt, dass es Spieleherstellern generell erlaubt sein muss, militärische Gerätschaften ohne die Einwilligung des Herstellers in ihren Spielen darzustellen. Konkret beruft sich EA auf den Ersten US-Verfassungszusatz und die „doctrine of nominative fair use".[20] Wann die Entscheidung fällt, ist noch unklar. Scheitert die Klage von EA, hätte das eine enorme Bedeutung für die Branche, da zahllose aktuelle Videospiele real-existierendes Kriegsgerät darstellen. Allein in Battlefield 3 kommen etwa die auch in der Realität existierenden Panzer T-90A, M1 Abrams, BMP-2M, AAV-7A1 AMTRAC, 2K22 Tunguska, die Radfahrzeuge HMMWV, LAV-25/AD, GAZ-3937 VODNIK, BTR-90, BM-21, die Hubschrauber Kamov Ka-60 Kasatka, Mil Mi-28 und die Kampfflugzeuge F/A-18C Hornet, A-10 Thunderbolt II, Su-35BM Flanker-E, F-35 Lightning II und viele mehr vor. Über konkrete Zusammenarbeiten mit anderen Unternehmen bzw. anderen Rüstungsunternehmen bleibt das Spiel im Vagen: „This product may include in-game sponsorships or product placements", heißt es im Abspann von Battlefield 3.

3.2 Verbindungen zum realen Militär

Nachweislich direkt kooperiert wurde für Battlefield 3 auch mit dem aktiven Militär.[21] Ein im Internet veröffentlichtes Video zeigt das Battlefield-Sound-Team bei der Arbeit: „Wir waren bei einer großen Übung des schwedischen Militärs mit Panzern, Hubschraubern und einer Menge Infanterie", erklärt darin Stefan Strandberg, Audio Director von Battlefield 3.[22] Das Video zeigt, wie das Sound-Team während der Militärübung in Schweden – das Battlefield 3-Entwicklerstudio DICE ist in dem skandinavischen Land angesiedelt – Tonaufnahmen macht.

Wie verbunden sich die Battlefield 3-Entwickler von DICE mit dem Militär fühlen, zeigen sie auch in ihrem Internet-Shop. Dort gibt es etwa ein Fallschirmspringer-Armband: „The Battlefield 3 Paracord wristband is an authentic style paratrooper wristband made from 550 paracord. A donation of $5 / £3 is made to wounded soldier's charities selected by DICE from the sale of each wristband", heißt es in der Artikel-Beschreibung.[23] Das Armband kostet 19,90 Euro.

4 Die Vermarktung

Ein Videospiel zu produzieren ist die eine Sache, es auch zu verkaufen, die andere. Um Battlefield 3 bekannt zu machen, initiierte EA eine weltweite Werbekampagne – und nutzt dabei teilweise auch zweifelhafte Methoden, die im Folgenden vorgestellt werden sollen. Danach geht es in einem letzten Abschnitt um die auch für das vorliegende Spiel zutreffenden Gesetze zum deutschen Jugendmedienschutz. Wie wurde Battlefield 3 eingestuft und ist diese Einstufung richtig und sinnvoll?

Für die Darstellung des US-Militärflugzeugs „Osprey" hatten die Battlefield 3-Entwickler – wie für alle dargestellten Waffen – keine Lizenz. Foto: Electronic Arts/DICE.

4.1 Werbekampagne

Um den Absatz zu steigen und die Konkurrenz – vor allem die „Call of Duty: Modern Warfare"-Serie von Hersteller „Activision" – abzuhängen, setzte Electronic Arts auf eine über 100 Millionen US-Dollar teure Werbekampagne.[24] Und auf Provokation:

Am 17. August 2011 eröffnete in Köln die nach eigenen Angaben größte Videospiel-Messe der Welt. Die „gamescom" zog rund 275.000 meist junge Besucher an.[25] Alle namhaften Videospiel-Hersteller waren auf der Messe vertreten. Electronic Arts stach mit seinem Battlefield 3-Stand aber aus der Masse hervor: Das Unternehmen hatte eine echte MiG 21 gemietet und ausgestellt.[26]

Am 24. Oktober 2011, drei Tage vor Veröffentlichung des Spiels, fand in Köln ein so genanntes „Community-Release Event" statt. Dabei konnten die Anwesenden rund zwei Dutzend geladene Besucher nicht nur Battlefield 3 spielen, sondern auch mit realgetreuen Nachbildungen echter Waffen hantieren und sich schulen lassen – von echten Militärs.[27] Ehemalige Elitesoldaten, die nun beim deutschen Söldnerunternehmen „Asgaard – German Security Group" arbeiten, hielten auf der Videospiel-Veranstaltung einen Vortrag über Einsatztaktiken. In die Schlagzeilen geriet Asgaard im Frühjahr 2010: der Militärdienstleister mit heutigem Firmensitz im westfälischen Ahlen plante mehr als 100 deutsche Söldner in den somalischen Bürgerkrieg zu schicken.[28] Die Staatsanwaltschaft Münster schaltete sich wegen Verdachts auf Verstöße gegen das Strafgesetzbuch sowie gegen ein für Somalia geltendes Waffenembargo ein. Electronic Arts war für eine Stellungnahme zu ihrer zweifelhaften Werbeaktion nicht zu erreichen.

Die letzte große Werbeaktion fand am 27. Oktober 2011 in London statt: dort rollten mehrere Panzer mit Battlefield 3-Werbebannern durch die Innenstadt.[29] Die Truppentransportpanzer und die Panzerhaubitzen hatten bei der Aktion gelbe Schilder mit der Aufschrift „Tanksi" (vom britischen Wort „Tank" für Panzer) auf dem Dach – die Panzer sollten Taxis darstellen.

Neben den provokanten Werbe-Events wurde auch „traditionell" mit Anzeigen in Videospiel-Zeitschriften und Großplakaten geworben. Außerdem wurden zahlreiche, bis zu 15-Minuten lange, Werbevideos produziert, die EA u.a. über seinen YouTube-Channel verbreitete. Darunter war auch ein Video, in dem reale, gestellte Kriegsszenen mit Szenen aus dem Videospiel vermischt wurden.[30]

4.2 Jugendmedienschutz

In Battlefield 3 gibt es teilweise sehr brutale Szenen: Gegnerische Kämpfer müssen vom Spieler nicht nur erschossen werden, sondern werden auch über Treppengeländer gestoßen, bis zur Regungslosigkeit verprügelt oder erstochen. Im Level „Genossen" reißt der Spieler einem anstürmenden PLR-Kämpfer die

Gasmaske vom Gesicht, woraufhin dieser aufgrund des im Raum befindlichen tödlichen Gases qualvoll erstickt. Kaffarov wird von Dima exekutiert, Solomon von Blackburn mit einem Stein erschlagen. Zivilisten kommen zwar – etwa im Level „Operation Swordbreaker" – vor, auf Beschuss reagieren sie aber nicht: Kugeln gehen durch die Zivilisten hindurch und auch Granaten zeigen keine Wirkung. Die Darstellung von Gewalt ist in Battlefield 3 in einigen Punkten entschärft: Es gibt keine abgetrennten Gliedmaßen oder andere schwere, äußerlich wahrnehmbare Verletzungen – man sieht bei Soldaten lediglich die Eintrittswunden der Kugeln und in einigen Fällen eine Blutlache unter dem Körper. Erschossene Soldaten lösen sich sogar nach kurzer Zeit in Luft auf, so kommt es nicht zu einem Meer von Leichen. Steckt der Spieler Treffer ein, wird die Sicht unscharf und der Bildschirm wird mit Blutspritzern eingerahmt – der so genannte Bloody-Screen. Geht der Spieler daraufhin in Deckung, regeneriert er sich schnell wieder und ist voll einsatzfähig.

In Deutschland bekam Battlefield 3 eine Altersfreigabe ab 18 Jahren und erschien ungeschnitten.[31] Die „Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle" (USK) sorgt in der Bundesrepublik für die Altersfreigabe von Videospielen. Die USK wird getragen durch die „Freiwillige Selbstkontrolle Unterhaltungssoftware GmbH". Gesellschafter sind der „Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware e.V." und der „Bundesverband der Entwickler von Computerspielen G.A.M.E. e.V.", zwei Industrieverbände der Videospiele- und Computer-Industrie. Vor Veröffentlichung in Deutschland muss ein Videospiel samt Lösungsweg der USK vorgelegt werden. Die Sichter der USK spielen das Spiel durch und erstellen eine Präsentation, die beispielsweise Schlüsselszenen des Spielverlaufs enthält. Weder die USK noch die Sichter geben eine Altersbewertung ab, sondern präsentieren das Spiel einem Prüfgremium. Dieses besteht aus vier Jugendschutzsachverständigen und einem Ständigen Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden (OLJB).[32] Die Sachverständigen geben aufgrund der Präsentation eine Empfehlung für die Altersfreigabe ab, die der Vertreter der OLJB annehmen oder mit seinem Veto belegen kann.

Battlefield 3 wurde in Deutschland vor allem wegen der dargestellten Gewalt als Spiel für Volljährige eingestuft.

5. Fazit: „Battlefield 3 – Das virtuelle Schlachtfeld"

Die Frage ist – nicht nur bei Battlefield 3 –, welche Kategorien man für den Jugendmedienschutz anlegt. Aus friedenspolitischer Sicht reicht es nicht aus, nur auf die Gewaltdarstellung (oder auch anderer einzelner, visueller Darstellungsmomente) im Spiel zu achten. Natürlich werden die Spieler von Battlefield 3 nicht gleich anfangen eine reale, militärische Intervention gegen den Iran zu fordern. Dennoch muss man anerkennen, dass der Iran in dem Videospiel extrem negativ dargestellt wird und dies sehr wohl einen Effekt haben kann – ebenso wie die Geschichten in Filmen, Büchern oder mündlichen Erzählungen.

So beanstandet etwa der Buchautor und Friedensaktivist Peter Bürger das dem heutigen deutschen Jugendmedienschutz zugrunde liegende Gewaltparadigma: „Bei den herrschenden Kriterien kann man problemlos ein Kriegspropagandaspiel für Kinder und Jugendliche ins Sortiment schleusen."[33] Die wirksamste Propaganda sei ohnehin immer subtil, werde also durch vordergründige Gesichtspunkte gar nicht beeinträchtigt. Bürger fordert daher ein Umdenken: „Es ist ein großer Unterschied, ob man sich im engen Sinne auf psychologische Wirkungshypothesen zur ‚Mediengewalt' bezieht oder den in UN-Charta, Verfassung und Völkerrecht manifestierten Zivilisationskonsens, beispielsweise einer Ächtung des Krieges zum Ausgangspunkt nimmt." Gewaltdarstellung allein sei nicht das Problem, denn die könne ein wichtiges Moment von sehr menschlichen und kritischen Kunstwerken sein: „Gewaltdarstellung kann sogar unter bestimmten Umständen friedensfördernd sein", so der 2006 für seine Bücher über die Darstellung des Militärs in Filmen mit dem Bertha-von-Suttner-Preis der Deutschen Friedensgesellschaft ausgezeichnete Autor. Wichtiger als ein vordergründiger Blick auf Mediengewaltdarstellungen sei laut Bürger die Kritik der „politischen Drehbücher" von Videospielen wie auch von Filmen.[34]

Beim heutigen Jugendmedienschutz stellt sich allerdings die Frage, ob Altersfreigaben in Zeiten von – legalen und illegalen – Internet-Downloads und Videospiel-Importen aus dem Ausland überhaupt noch etwas nützen. „Natürlich kann jede Regel auch umgangen werden", räumt Felix Falk von der USK ein. Letztlich bleibe die Kontrolle der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen immer eine der wichtigsten Aufgaben der Eltern: „Das kann ihnen kein Gesetz und kein Kennzeichen abnehmen." Die USK biete den Eltern daher vielseitige Informationen über Videospiele.[35] Allerdings unterliegen auch diese Informationen dem bei der USK gängigen Gewaltparadigma. Es muss aber über die Inhalte der Spiele aufgeklärt werden. Dies könnte etwa bei den Spielern selbst – und nicht über den Umweg der Eltern – geschehen.

Die heutige Videospielkritik beschränkt sich oft nur auf Gameplay und Format. Um mal einen Vergleich anzustrengen: Ginge es um Filme, würden die Kameraführung und Darsteller bewertet, die Geschichte des Films wäre nur insoweit für die Bewertung relevant, ob sie „spannend" und „fesselnd" ist – zwischen einem Antikriegsfilm wie Apocalypse Now und einem Kriegsfilm wie Rambo, würde nicht unterschieden. Die grundsätzlich unterschiedlichen Aussagen beider Streifen würden für die Gesamtbewertung kaum keine Rolle spielen. Gerade bei Videospielen mit wirklich brisantem Inhalt wie Battlefield 3 ist dieser starre Blick auf den Spielspaß fatal. Oder wie der ehemalige stellvertretende GameStar-Chefredakteur Christian Schmidt heute kritisiert: „In Zeiten, in denen Videospiele als Medium mit gesellschaftlicher Aussagekraft, als Kulturgut und Kunstwerke gelten wollen, behandelt die klassische Spielekritik sie in erster Linie als Produkt."[36] In seinem Gastbeitrag bei Spiegel-Online macht Schmidt auch Vorschläge für zukünftige Spielkritiken: „Sie muss ihren Blick auf das Ganze richten, den Kontext kennen und Einordnung geben. Sie muss intelligenter werden, sie muss die Funktionsbeschreibung zurückschrauben zugunsten der Interpretation. Sie muss ihre funktionalen Urteile über Spiele ergänzen durch ökonomische, politische, ethische, künstlerische und gesellschaftliche Urteile. […] Sie muss neue Themen aufspüren und journalistisch arbeiten, sie muss Geschehnisse hinterfragen, recherchieren und eigene Gedanken entwickeln. Sie muss sich als Kontrollinstanz für ihre Branche verstehen, nicht als Erfüllungsgehilfe der Industrie."[37]

Und auch die von Schmidt angesprochene Industrie könnte einen Beitrag leisten. Grundlegend müssten sich auch Videospielhersteller wie Electronic Arts und DICE erst einmal ihrer politischen Verantwortung bewusst werden. Dass ein breit beworbenes und millionenfach verkauftes Kriegsspiel wie Battlefield 3 zu einer – wenn auch komplett überzogenen – Reaktion des Iran führen würde, war abzusehen. Gerade in Zeiten politischer Spannungen – nahe eines Kriegsausbruchs – sollten die Entwickler von Kriegs-Videospielen wie auch anderer Medien sensibel mit dem, was sie darstellen wollen umgehen und vielleicht lieber ein weniger brisantes Szenario für ihre virtuellen Schlachten suchen. Zu einer Entspannung im Konflikt zwischen den USA, seinen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

westlichen Partnern und dem Iran hätte Battlefield 3 mit dem gewählten Szenario nie beitragen können. Die Videospielhersteller sollten aber nicht nur ihr Szenario und den Inhalt ihrer Produkte besser überdenken, sondern ihre Spiele auch transparenter gestalten: So fordert etwa Peter Bürger eine Kennzeichnung – etwa ein Aufkleber auf der Verpackung und weitere Informationen im beigelegten Booklet – von Unterhaltungsprodukten, bei denen Militär oder Rüstungsindustrie mitgewirkt haben. Eine Kennzeichnungspflicht müsste im Sinne eines demokratischen Verbraucherschutzes als Selbstverständlichkeit gelten.[38] In Battlefield 3 erfährt der Nutzer erst im Abspann, dass Militärberater an dem Spiel mitgewirkt haben – die Zusammenarbeit mit dem schwedischen Militär wird überhaupt nicht erwähnt.

Da es von Videospielhersteller – das gilt nicht nur für die Battlefield 3-Produzenten – aber wohl eher keine freiwillige, für alle Spiele klar zu erkennende Offenlegung ihrer Verbindungen zum Militär geben wird, ist der Staat gefragt. Per Gesetz könnten die Spielehersteller zur deutlichen Kennzeichnung verpflichtet werden. Doch auch dies ist in Anbetracht der aktuellen – und wohl auch zukünftigen – herrschenden Politik unwahrscheinlich. Von ihr ist nichts zu erwarten. Schon heute ist sie letztlich für die Alterseinstufungen von Videospielen verantwortlich und propagiert das USK-System: Einerseits dürfen – was Kinderrechtsgruppen wie „terre des hommes“, die Kindernothilfe und UNICEF-Deutschland seit Jahren kritisieren[39] – schon 17-Jährige in die Bundeswehr eintreten und mit echten Gewehren hantieren, andererseits dürfen Sie in diesem Alter laut USK-Altersfreigabe nicht Battlefield 3 spielen. Aufklärung über die Realität des Krieges und im Fall von Battlefield 3 auch über das Verhältnis zwischen den USA und dem Iran ist vom deutschen Staat, der Krieg führt und im konkreten Fall auch den Iran mit Sanktionen belegt hat, nicht zu erwarten – junge Menschen zu Frieden und Gewaltfreiheit zu erziehen, ist nicht gewollt. Umso notwendiger ist es, dass sich die Fachmagazine endlich seriös mit der gesamten Bandbreite relevanter Inhalte von Videospielen beschäftigen und nicht allein damit, wie viel Spaß es macht, jemanden am Bildschirm zu töten.

Anmerkungen:

1 Biemann, Sebastian: Ich spiele da nicht mit!, in: GameStar 09/2011, S. 92.
2 Linken, Andre: Battlefield 3 – Shooter bricht Verkaufsrekord in Deutschland, in: www.gamestar.de, 16.11.2011.
3 Ebenda.
4 Linken, Andre: Battlefield 3 – Bereits fünf Millionen verkaufte Exemplare, in: www.gamestar.de, 1.11.2011.
5 Schneider, Christian: Battlefield 3 – Verkaufszahlen klettern auf 8 Millionen, in: www.gamestar.de, 30.11.2011.
6 Balg, Björn: Die am meisten illegal heruntergeladenen Spiele 2011, in: www.eurogamer.de, 2.1.2012.
7 Stahl, Roger: Militianment, Inc. – War, Media and Popular Culture, New York 2010, Seite 100f.
8 Schiffer, Christian: Machtspiele im digitalen Sandkasten – wie politisch sind Computerspiele?, in: Inderst, Rudolf Thomas/Just, Peter (Hrsg.): Contact – Conflict – Combat – Zur Tradition des Konflikts in digitalen Spielen, Boizenburg 2011, S. 71.
9 Für diese Studie wurde Battlefield 3 – die überall erhältliche „Limited Edition“ für die Playstation 3 – mehrmals durchgespielt und das gesamte Spiel auch als Video aufgenommen. Für die Recherche wurde außerdem auf die englischsprachige Version des von Spielern und Fans erstellten „Battlefield Wiki“ zurückgegriffen (siehe N. N.: Battlefield Wiki – Battlefield 3, Bad Company 2, Weapons, Levels, Maps, Characters and more!, in: www.battlefield.wikia.com. Weitere Quellen befinden sich in den Fußnoten.
10 Goldfarb, David: Battleblog #10: Die Entwicklung einer fesselnden, auf Authentizität beruhenden Geschichte, in: www.battlefield.com/de.
11 Haydt, Claudia: Iran – Uran – Krieg? Bombendrohungen aus dem Glashaus, in: AUSDRUCK (April 2006).
12 N. N.: Iran bans US video game, in: www.thenews.com.pk, 29. 11.2011.
13 Davari, Mohammad: Iran bans US video game showing Tehran invasion, in: www.news.google.com (AFP-Meldung), 28.11.2011.
14 N. N.: Iran to Respond to „Battlefield 3“ with „Attack on Tel Aviv“ Computer Game, in: english.farsnews.com, 10.12.2011.
15 Ebenda.
16 N. N.: Überblick – Daten & Fakten, in: www.battlefield.com/de/battlefield3.
17 Ebenda, Seite 11.
18 Stuart, Keith: Battlefield 3: Andy McNab on how he brought realism to shooting games, in: www.guardian.co.uk, 27.10.2011.
19 N. N.: Battlefield 3: EA klagt auf Nutzung von Helikopter-Modellen der Firma Bell, in: www.pcgames.de, 10.1.2012.
20 Ebenda.
21 N. N.: Das Soundsystem, in: GameStar 04/2011, S. 25.
22 Hanson, Ben: War Tapes: The Sounds of Battlefield, in: www.gameinformer.com, 28.2.2011.
23 N. N.: Battlefield 3 Charity Paracord Wristband, in: eu-store.dice.se.
24 Obermeier, Michael: Battlefield 3 – wird „gemacht, um Call of Duty auszuschalten“, in: www.gamestar.de, 7.4.2011.
25 N. N.: Schlussbericht zur gamescom 2011, 17. – 21. August Highscore für gamescom: 275.000 Besucher erleben Messehighlight in Köln, in: www.gamescom.de, 21.8.2011.
26 Nguyen, The-Khoa: Battlefield 3: Electronic Arts mit echtem Mig-21-Jet auf der Gamescom – mit Video, in: www.pcgames.de, 9.8.2011.
27 N. N.: Battlefield 3: Community Release Event, in: www.youtube.de, 26.10.2011.
28 Schulze von Glaßer, Michael: Söldner bei Computerspiel Release – „Die Jungs sind super drauf“, in: www.taz.de, 31.10.2011.
29 McDonagh, David: Battlefield 3 battles the daily commute, in: www.ea.com/uk, 1.11.2011.
30 N. N.: Battlefield 3 – Is it real? – Trailer (HD), in: www.youtube.com/user/ElectronicArtsDE, 24.10.2011.
31 Le Martin: Battlefield 3 – Deutsche Version erscheint uncut und „Ab 18“, in: www.gamestar.de, 19.9.2011.
32 N. N.: USK: Wie Alterskennzeichen bei der USK entstehen, in: usk.de.
33 Schulze von Glaßer, Michael: USK vs. PEGI vs. Alles Mist, in: militainment.info, 21. September 2011.
34 Schulze von Glaßer, Michael: Kritik am Jugendmedienschutz: „Gewaltdarstellung kann unter Umständen sogar friedensfördernd sein“. Interview mit Peter Bürger, in: militainment.info, 21.9.2011.
35 Schulze von Glaßer, Michael: USK vs. PEGI vs. Alles Mist, in: militainment.info, 21. 9.2011.
36 Schmidt, Christian: Mehr Geist bitte, liebe Games-Tester, in: www.spiegel.de, 6.9.2011.
37 Ausnahmen gibt es natürlich auch. So gab es in der GameStar etwa einen Bericht, der 2008 erschien (Heuser, Rene: Können Spieler am PC das Töten lernen?, in: www.gamestar.de, 10. März 2008 (20.02.2012). Im Artikel wurden schon damals sehr kritische Töne zum Umgang der Branche mit Militärspielen angeschlagen – ohne allerdings, dass das auf die Testpraxis des Magazins spürbaren Einfluss gehabt hätte: „Die Technikbegeisterung und Naivität von Jugendlichen wird gezielt genutzt, um Spiele zu verkaufen und Soldaten anzuwerben. Fast kein Kriegsspiel kommt mehr ohne den Verweis auf mehr oder minder erfahrene Militärberater aus, die gerne bezeugen, wie realistisch die Waffen oder die Künstliche Intelligenz im Spiel seien. Und: Krieg wird zu oft als reines Spektakel inszeniert, ohne auf politische oder historische Entwicklungen einzugehen, zivile Opfer zu zeigen oder die wirklichen Auswirkungen der Kämpfe auf die beteiligten Soldaten zu beleuchten.“
38 Bürger, Peter: Kino der Angst – Terror, Krieg und Staatskunst aus Hollywood, 2. Auflage, Stuttgart 2007, Seite 544.
39 Cremer, Hendrik: Schattenbericht Kindersoldaten 2011, in: www.kindersoldaten.info.

Der Dresdner Erlass

Machtkonzentration durch die Umstrukturierung des Verteidigungsministeriums

von Michael Haid

Gegenwärtig befindet sich die Reform der Bundeswehr in der sogenannten Feinausplanung. In dieser Phase wurde jüngst die Kompetenzverteilung der politischen und militärischen Führungsstruktur des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und der Bundeswehr völlig neu geregelt. Thomas de Maizière (CDU) unterzeichnete am 21. März 2012 im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden die „Grundsätze für die Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnisse und Führungsorganisation im Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr".[1] Der Dresdner Erlass trat am 1. April 2012 in Kraft. Er ist der dritte Erlass dieser Art in der Geschichte der Bundeswehr nach dem Blankeneser Erlass von 1970 und dem Berliner Erlass von 2005. In seiner die Unterzeichnung begleitenden Rede bezeichnete der Bundesverteidigungsminister den Erlass als den „zentralen Baustein der Neuausrichtung"[2] der Bundeswehr. Grund genug also, diese Neuregelung im Folgenden genauer unter die Lupe zu nehmen.

Legitimation für die Gegenwart durch Abgrenzung von der Geschichte

Zunächst eine Anmerkung zur Bedeutung des Ortes, an dem die Vorstellung des Erlasses stattfand. Die Wahl des Ortes für die Unterzeichnung sei auf das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden gefallen, um den Unterschied der Funktion der Bundeswehr heute und die des deutschen Militärs vor 1945 zu verdeutlichen. Der Minister betonte einleitend in seiner besagten Rede: „Die Geschichte warf ihre Schatten. Aus diesem Grund habe ich Sie für den heutigen Anlass hier in das Militärhistorische Museum in Dresden gebeten. Dieses Museum ist ein guter Ort, um drastisch den Unterschied vor Augen zu führen, ob Führung im Militär aus undemokratischem Machtstreben oder aus demokratisch gebundenem Verantwortungsbewusstsein heraus ausgeübt wird. In der deutschen Geschichte findet sich dazu mancher Abgrund. Nie wieder sollte eine wie auch immer geartete militärische Führung aus Deutschland zum Nachteil anderer wirken."[3] Und weiter: „Deshalb sind heute, 42 Jahre nach dem Blankeneser Erlass, die Sorgen von früher gegenstandslos geworden. Wir brauchen nicht mehr gegen Gespensterargumente antreten. Wir müssen nicht mehr Organisationsentscheidungen aus Sorge vor Missbräuchen treffen, sondern danach, was wir heute und für die Zukunft brauchen und richtig finden."[4] Offenbar versucht Thomas de Maizière sich mit dieser Argumentation demonstrativ von der Vergangenheit abzugrenzen, damit einen Lerneffekt aus der deutschen Geschichte zu suggerieren und auf diese Weise letztendlich die gegenwärtigen Einsätze der Bundeswehr sowie die Entscheidung, mit diesem Erlass die Kompetenzverteilung in der Führungsebene von BMVg und Bundeswehr neu zu ordnen, zu legitimieren.[5]

Zwar ist die heutige Bundeswehr in vielerlei Hinsicht nicht mit der Rolle des deutschen Militärs in der Vergangenheit vergleichbar. Gegenstandslos sind die Sorgen von früher auch heute jedoch keinesfalls und dürfen es auch nie werden. Von grundlegender Bedeutung muss es nach wie vor sein, dass über Vorgänge in der Bundeswehr die Öffentlichkeit frühzeitig unterrichtet wird, wie eine Kommentatorin der Stuttgarter Zeitung kritisiert: „Dennoch hat de Maizière einen schweren Fehler gemacht. Denn in Abgrenzung zur Wehrmacht der Nazizeit wurden Fragen der Machtbegrenzung und Kompetenzverteilung in den Streitkräften seit Gründung der Bundeswehr stets als hochpolitische und öffentliche Angelegenheiten behandelt. Das ist eine gute Tradition, die de Mazière jetzt (…) geschliffen hat."[6] Denn der Bundesverteidigungsminister habe den Erlass wie eine geheime Kommandosache behandelt. Bis kurz vor der Vorstellung in Dresden hätten selbst Offiziere und Verteidigungspolitiker nichts vom Inhalt der Neuregelungen gewusst.

Des Weiteren müsste eine effektive parlamentarische Kontrolle eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, wenn der Bundesverteidigungsminister dem Anspruch einer Parlamentsarmee gerecht werden wollte. Aber auch hier ist Vorsicht geboten, wie dieselbe Kommentatorin zurecht aufzeigt: „Viele Verteidigungspolitiker sind auch verärgert, dass sie heftig kämpfen mussten, um den Zugang des Ausschusses zu den Inspekteuren der Truppe aufrechtzuerhalten. Zunächst sei geplant gewesen, dass die Chefs der Teilstreitkräfte künftig nur noch auf Antrag im Ausschuss

Verteidigungsminister Thomas de Maizière bei der Unterzeichnung des Dresdner Erlasses am 21. März 2012 im Militärhistorischen Museum. Foto: Bundeswehr/flickr:Bienert

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

erscheinen dürfen und dass sie sich jeden Auftritt im öffentlichen Raum unter Nennung des jeweiligen Themas genehmigen lassen müssen. Drei Fragerunden im Ausschuss habe es gebraucht, bis de Maizières Statthalter, Staatssekretär Stéfane Beemelmans, diese Idee wieder fallengelassen habe."[7]

Kompetenzkonzentration in der neuen Stellung des Generalinspekteurs

Bislang war aus historischen Gründen die Kompetenzverteilung in der Bundeswehr dezentral organisiert. Keine der Spitzenfunktionen bekam besonders viel Macht zugeordnet, um eine Machtkonzentration in einer oder wenigen Personen zu verhindern. Außerdem war die politische Leitung des BMVg nach dem Grundsatz des Primats der Politik immer mit zivilem Personal (bestehend aus dem Minister, seinen zwei parlamentarischen Staatssekretären und zwei weiteren Staatssekretären) nie mit Militärs besetzt. Auch galt eine strikte Trennung zwischen Zivilem und Militärischem: in keiner staatlichen Verwaltung oder Behörde wurden Stellen mit aktiven Soldaten besetzt, sie waren ausschließlich in der Bundeswehr angesiedelt. Diese Grundsätze gehören seit dem Dresdner Erlass der Vergangenheit an.

Die wesentlichsten Punkte des Erlasses sind, dass erstens die Stellung des Generalinspekteurs der Bundeswehr wesentlich gestärkt wird. Diese Neuerung betonte Thomas de Maizière in seiner Rede ganz besonders: „Der Generalinspekteur wird mit alledem Befugnisse haben, wie kein Generalinspekteur vor ihm. Auch international ist unser ‚CHOD' [Chief of Defense, Anm. MH] stark im Vergleich zu vielen NATO-Partnern. Ich halte das für richtig und auftragsangemessen."[8] Im Einzelnen: Der Generalinspekteur wird zukünftig eine Doppelfunktion einerseits als truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldaten innehaben und andererseits Teil der – bislang rein zivilen - Leitung des BMVg sein, in dieser Funktion aber zumindest noch den Staatssekretären unterstellt bleiben. Zur Wahrnehmung dieser Doppelaufgabe werden für ihn drei Abteilungen mit den Bezeichnungen „Planung", „Führung Streitkräfte" und „Strategie und Einsatz" neu gegründet und ihm unmittelbar zugeordnet. Daneben obliegt dem Generalinspekteur auch künftig die Steuerung der Auslandseinsätze durch die Abteilung „Strategie und Einsatz" sowie durch das Einsatzführungskommando in Potsdam. Letzteres wird dadurch gestärkt, dass der bisherige Dualismus zwischen einem Einsatzführungsstab im Ministerium und einem Einsatzführungskommando außerhalb des Ministeriums abgeschafft wird.

Als zweite Neuordnung wird die Position der Inspekteure der fünf Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis und Sanitätsdienst) abgeschwächt und – anders als bisher - dem Generalinspekteur unterstellt. Die bisherige Doppelrolle der Inspekteure als Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium und Führer der jeweiligen Teilstreitkraft wird aufgegeben. Künftig nehmen sie nur noch letztere Funktion außerhalb des Ministeriums wahr. Als dritte Neuregelung werden die Abteilungen im BMVg, aber auch nachgeordete Behörden und Dienststellen, die immer getrennt belegt waren, gemischt mit militärischem und zivilem Personal besetzt.[9]

Die einleitend angesprochenen Grundsätze wurden mit der Gründung der Bundeswehr 1956 eingeführt. Sie galten als Absicherung vor einer zu starken Stellung der militärischen Führung im Staat. Mit dem Dresdner Erlass wurde nun ein bedenklicher Schritt in die falsche Richtung unternommen.

Anmerkungen:

1 Thomas de Maizière: Grundsätze für die Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnisse und Führungsorganisation im Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr, Dresden, 21. März 2012.
2 Thomas de Maizière: Rede anlässlich der Vorstellung der Nachfolgeregelung zum Blankeneser und Berliner Erlass am 21. März 2012 im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden.
3 Thomas de Maizière: Rede, aaO.
4 Thomas de Maizière: Rede, aaO.
5 Zur legitimierenden Funktion des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr vgl. Thomas Mickan: Wenn der Kontext das Problem ist: Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden, in: Thomas Mickan/ Lucius Teidelbaum: Das Militärhistorische Museum in Dresden – zwei Blickwinkel, IMI-Standpunkt Nr. 3/2012.
6 Bärbel Krauß: Schwerer Fehler, in: www.stuttgarter-zeitung.de, 22. März 2012.
7 Bärbel Krauß: De Maizière sorgt für Ärger, in: www.badische-zeitung.de, 22. März 2012.
8 Thomas de Maizière: Rede, aaO.
9 Vgl. Thomas de Maizière: Grundsätze, aaO; ders.: Ergänzende Festlegungen zu den Grundsätzen für die Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnisse und Führungsorganisation im Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr, Dresden, 21. März 2012.

Die Rechnung für den Bundeswehr-Umzug: 1,2 Milliarden Euro

Bekanntlich werden nach dem neuen Stationierungskonzept der Bundeswehr vom 26. Oktober 2011 einige Kasernen nach und nach geschlossen. Teile der dort bislang stationierten Soldaten werden in andere Stationierungsorte transferiert und diese teilweise erheblich ausgebaut. Wie der Behörden Spiegel (Reform wird teuer, Behörden Spiegel Online, 6.3.2012) berichtet, liegen die Kosten für die nun anfallenden „zahlreichen Umzüge" bei geschätzten 1,2 Milliarden Euro. Allein der Umzug der Führungsstäbe der Teilstreitkräfte erfordere „kostenintensive bauliche Investitionen an den neuen Standorten" und mache „zusätzliche Haushaltsmittel für Informations- und Kommunikationstechnik" notwendig. Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts vom Juni 2010 müssen die verschiedenen Ministerien zur Konsolidierung des Bundeshaushalts bis 2014 insgesamt 80 Milliarden Euro einsparen. Auf das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) entfällt davon ein Einsparvolumen in Höhe von 8,4 Milliarden Euro bis 2015. Die Erfüllung dieser verpflichtenden Vorgabe erscheint angesichts der bekannt gewordenen Kosten mehr denn je in Frage zu stehen. Nach Angabe derselben Ausgabe des Behörden Spiegels betonte ein Sprecher des BMVg zwar, dass „weiterhin das Sparziel der Bundeswehr gelte", doch würde sich „die Skepsis" unter den Haushaltsausschussmitgliedern im Bundestag mehren, so der Behörden Spiegel weiter, ob „die Bundeswehr tatsächlich einen Sparbeitrag zum Bundeshaushalt leisten" könne. Vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen und steigender Anforderungen im sozialen Bereich erscheint diese sich abzeichnende Bevorzugung der Bundeswehr unerklärlich.

Michael Haid

Blut und Ehre für das deutsche Vaterland?

Es soll sich wieder lohnen, für Deutschland zu sterben. Dazu soll es nach Willen des Verteidigungsministers bald einen „Veteranentag“ geben.

von Michael Schulze von Glaßer

Die Bundeswehr soll schrumpfen, die Zahl der Auslandseinsätze soll aber zunehmen: heute kann die deutsche Armee 7.000 Soldaten dauerhaft im Ausland unterhalten, bald sollen dauerhaft 10.000 Bundeswehr-Soldaten die Interessen Deutschlands in aller Welt militärisch sichern.[1] Seit Jahren betreiben Bundesregierung und Verteidigungsministerium eine Expansion deutscher Militärinterventionen im Ausland. Der Ernstfall Auslandseinsatz ist zum Normalfall geworden. Doch was Politiker einfach beschließen, ist in der Bevölkerung umstritten: tote und traumatisierte deutsche Soldaten verkaufen sich schlecht. Die Zustimmung zu Kriegspolitik und Auslandseinsätzen wie dem in Afghanistan ist gering. Die Politik reagiert auf die mangelnde Popularität militärischer Einsätze und des „Soldatenberufs“ mit der Etablierung eines neuen Heldenkults um deutsche Soldaten: sterben für das Vaterland soll sich wieder lohnen.

Bis Ende des Jahres will Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) ein Konzept für einen Veteranen-Ehrentag vorlegen. Dies verkündete der Minister vor wenigen Tagen während seiner Nordamerikareise – das Soldatentum in Kanada und den USA scheint de Maizière sehr beeindruckt zu haben. Mit dem Veteranentag soll in der deutschen Gesellschaft Interesse für die Bundeswehr und ihre Einsätze geweckt werden. Welche Soldaten genau geehrt werden sollen, steht aber noch nicht fest. Geklärt werden müsse aber in einer offenen Debatte, „ob so eine Veranstaltung in Deutschland nicht künstlich wäre“, so de Maizière. Denkbar seien auch eine eigene Veteranenzeitschrift oder kostenlose Fahrten in Bussen und Bahnen. Ein Veteranentag wäre ein weiterer Schritt hin zu einem neuen deutschen Soldatenkult.

Besonders der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) schien es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, mithilfe eines neuen Helden- und Totenkults um Verständnis und Zustimmung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu werben. Am 6. Juli 2009 wurde erstmals das von Jung gestiftete „Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit“ an Soldaten verliehen.[2] Zu den schon bestehenden Einsatz- und Ehrenmedaillen der Bundeswehr kam die erste Auszeichnung für besondere Tapferkeit – die Form der neuen Medaille entspricht der des schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg von der jeweiligen deutschen Armee für Tapferkeit verliehenen Eisernen Kreuzes.

Ein weiterer großer Schritt zur Etablierung eines neuen Kultes um deutsche Soldaten war die Errichtung des am 8. September 2009 feierlich vom ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (CDU) eingeweihten „Ehrenmals der Bundeswehr“ am Berliner Sitz des Verteidigungsministeriums.[3] In der von Bronze umhüllten Stahlbeton-Konstruktion werden die Namen aller seit Gründung der Bundeswehr 1955 im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten – über 3.100 – für jeweils etwa fünf Sekunden an eine Innenwand projiziert. An einer anderen Wand steht in goldenen Lettern: „DEN TOTEN UNSERER BUNDESWEHR FÜR FRIEDEN RECHT UND FREIHEIT.“

Vom Bendlerblock, dem Berliner Sitz des Verteidigungsministeriums, vor den Reichstag verlegt wurde erstmals 2008 das jährliche feierliche Gelöbnis von Bundeswehr-Rekruten.[4] In den letzten Jahren gab es am 20. Juli sogar Live-Übertragungen des Gelöbnisses beim öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix. Dazu zog der Sender extra höherrangige Soldaten zur Moderation hinzu, um den Bürgern vor den Fernsehgeräten die Militärzeremonie vor dem Reichstag zu erklären. Die Zahl öffentlicher Gelöbnisse außerhalb militärischer Liegenschaften nahm unter Führung Franz Josef Jungs bundesweit zu: lag sie 2007 noch bei 134, waren es 2009 sogar 180 Gelöbnisse auf öffentlichen Plätzen.

Zur neuen deutschen „Helden-Politik“ gehören auch Live-Übertragungen von Trauerfeiern für im Einsatz gefallene Soldaten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.[5] So brachte etwa der NDR am 3. Juni 2011 die Bilder von einer Trauerfeier für drei in Afghanistan getötete deutsche Soldaten direkt in die Wohnzimmer der Republik. Am 10. Juni des gleichen Jahres war es der WDR, der den Trauergottesdienst für einen einige Tage zuvor in der afghanischen Provinz Baghlan getöteten Bundeswehr-Soldaten aus Detmold sendete. Die Fernsehübertragung sei ein „großes Glück“, freute sich der Leiter des Presse- und Informationszentrums des Heeres damals vor den versammelten Journalisten.

Tapferkeitsmedaillen, das Ehrenmal in Berlin, öffentliche Gelöbnisse, Live-Übertragungen von Trauerfeiern für gefallene Soldaten und nun der Veteranentag: Soldaten sollen wieder eine erhöhte Stellung in der Gesellschaft bekommen. Die Bevölkerung soll dabei die Soldaten ehren, die in Einsätze geschickt werden, die vom Parlament, aber eben nicht von der Bevölkerung selbst getragen werden – hier wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Doch noch scheint der Funke nicht so recht auf die Bevölkerung überzuspringen – die ablehnende Haltung weiter Teile der Bevölkerung gegenüber Auslandseinsätzen wie dem in Afghanistan ist stabil. Schwer zu bestimmen ist jedoch „die Stimmung in der Truppe“ selbst sowie unter den Veteranen und in ihren Familien. Die zunehmende Öffentlichkeitsarbeit scheint jedenfalls mit einer verstärkten „Informationskontrolle“ einherzugehen. Keinesfalls jedenfalls dürfen die Soldaten etwa aus Afghanistan allzu ehrlich über das Erlebte sprechen, andernfalls wird schlicht die Leitung unterbrochen. Auch bei E-mails aus dem Einsatzgebiet muss sich jeder Soldat klar sein, dass zumindest potentiell verschiedene Dienste und auch der Dienstherr mitlesen können. Was die Soldaten jedoch nach ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr äußern und wie sie sich ggf. organisieren, lässt sich schwieriger kontrollieren. Eine Organisation „von Oben“ durch Veteranenzeitschrift und Veteranentag mag dazu jedoch einen Beitrag leisten, ebenso wie Vergünstigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Anmerkungen:

1 de Maizière, Thomas: Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr, in: www.bmvg.de, 27. Mai 2011.
2 N. N.: Allgemeines: Die Ehrenzeichen der Bundeswehr, in: www.bundeswehr.de, 10. Januar 2012.
3 Müller, Andreas: Das Ehrenmal der Bundeswehr, in.www.bundeswehr.de, 18. Januar 2012.
4 Müller, Andreas: Feierliches Gelöbnis vor historischer Kulisse, in: www.bmvg.de, 20. Juli 2008.
5 Schulze von Glaßer, Michael: Legitimation der Kriegspolitik, in: www.militainment.info, 18. Juni 2011.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Polizeiabkommen als Tauschwährung im Rüstungsexportschacher ?

von Peter Clausing

Mexikos Regierung im Genuss der „Unschuldsvermutung“

Im Frühsommer 2011 verwiesen Guido Westerwelle und Christian Wulff bei ihren Besuchen in Mexiko auf ein geplantes Abkommen zur Polizeizusammenarbeit. Solche bilateralen Abkommen hat Deutschland mit zahlreichen Ländern abgeschlossen, darunter auch einige, in denen von Sicherheitskräften massive Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Auch im Fall von Mexiko handelt es sich um den geplanten Vertrag mit einem Land, das seit Jahren wegen systematischer Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht. Hinzu kommt, dass wir es hier mit einem Land zu tun haben, das sich nach außen hin geradezu aggressiv darum bemüht gut dazustehen. Schon vor fünf Jahren beschrieb die damalige Generalsekretärin von Amnesty International, Irene Khan, ihre Eindrücke nach einer Unterredung mit Präsident Felipe Calderón folgendermaßen: „Mexiko hat eine zweigleisige Annäherung an das Thema Menschenrechte gewählt. Auf internationaler Ebene glänzt es, während es im eigenen Land bei der wirksamen Durchsetzung der Menschenrechte für alle Mexikaner scheitert.“[1] Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRK), ein Zusammenschluss von 15 Organisationen, sieht das ähnlich. Sie befürchtet, dass das angestrebte Abkommen zur Polizeizusammenarbeit, das auf einen Entwurf des mexikanischen Außenministeriums vom Dezember 2010 zurückgeht,[2] weniger der Abwehr der organisierten Kriminalität dient, als vielmehr ein weiterer Beleg für die Glaubwürdigkeit Mexikos als rechtsstaatlicher Partner sein soll. Die deutsche Politik hilft bei dieser Imagepflege und erwartet Gegenleistungen im wirtschaftlichen Bereich – Marktzugang für den Export von Rüstungsgütern und Sicherheitstechnologie, aber auch im Bereich der „Green Economy“. Vom Auswärtigen Amt wird zwar anerkannt, dass der Einsatz der mexikanischen Sicherheitskräfte mit gravierenden Menschenrechtsproblemen behaftet ist, doch die deutsche Regierung besteht darauf, dass der mexikanischen Regierung die „Unschuldsvermutung“ (*benefit of doubt*) zugestanden werden müsse, denn diese arbeite ja an der Verbesserung der Menschenrechtssituation.

„Unschuldsvermutung“ ohne Grundlage

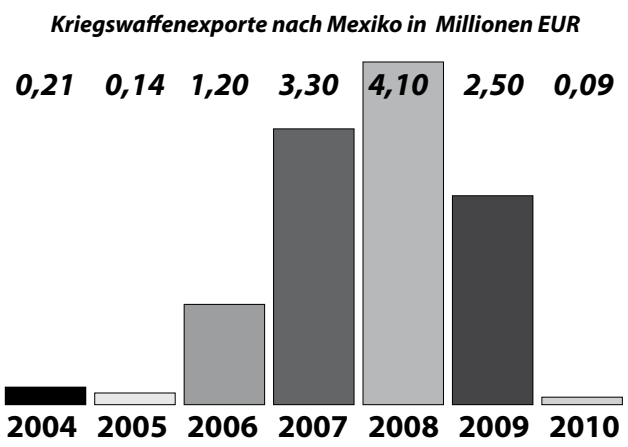
Bisher ist allerdings kaum eine Verbesserung der Menschenrechtslage im mexikanischen Alltag zu spüren. Formale Rechtsakte werden als „bahnbrechend“ gefeiert, obwohl bislang keiner dieser Akte zu einem grundlegenden Wandel in der *alltäglichen Praxis* von Polizei und Gerichten geführt hat. Dazu zählt das zweifellos begrüßenswerte Grundsatzurteil des Obersten Gerichts Mexikos vom 12.07.2011, dem zufolge die Militärgerichtsbarkeit nicht mehr zuständig sein soll, wenn Angehörige der Streitkräfte der Vergewaltigung und Folter von Zivilpersonen angeklagt sind. Das Grundsatzurteil kommt damit einem bereits im Jahr 2009 verhängten Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach. Ob dieses Grundsatzurteil tatsächlich zur Richtschnur in der Rechtspraxis wird, bleibt abzuwarten, denn die Definition der Straftatbestände, die dann vor Zivilgerichten weiter zu verhandeln sind, liegt im Ermessen der Militärgerichte.

Die deutsche Politik hat in Fragen der Menschrechtsverletzungen eine große Geduld mit der mexikanischen Regierung. Die Verbesserungen in diesem Bereich sind marginal. Die im Dezember 1984 von der UNO verabschiedete Antifolterkonvention wurde von Mexiko im Januar 1986 ratifiziert. Im Jahr 2008, also 22 Jahre später, wurde schließlich eine Justiz-Reform verabschiedet, in deren Rahmen Folter in Polizeiverhören und die Verwendung von unter Folter erpressten Geständnissen vor Gerichten verhindert werden sollen. Vier Jahre später – 2012 – haben sieben von 32 Bundesstaaten entsprechende Gesetze verabschiedet. In einigen Bundesstaaten gibt es Bemühungen, durch die vorherige Verabschiedung gegenläufiger Gesetze, die Anwendung späterer Antifoltergesetze zu verhindern.

In dem Ende 2006 von Präsident Calderón ausgerufenen „Krieg gegen den Drogenhandel“ haben bisher rund 50.000 Menschen ihr Leben verloren. Während Calderón behauptet, dass nur ein Prozent davon unschuldige zivile Opfer seien,[3] widersprechen zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure vehement dieser Darstellung. Nach Einschätzung eines vor wenigen Monaten veröffentlichten Berichts von Human Rights Watch (HRW) werden in den meisten Fällen Tötungen durch Sicherheitskräfte gar nicht untersucht. Zudem gibt es gut dokumentierte Belege für willkürliche Tötungen von Menschen durch die Sicherheitskräfte, die das Pech hatten, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein.[4] Hinzu kommt eine ständig wachsende Zahl von Aktivisten politischer und sozialer Bewegungen sowie Journalisten, die ermordet, entführt oder bedroht werden. Häufig stehen Sicherheitskräfte in Verbindung zu diesen Taten. Wie häufig die geistige Urheberschaft bei Politikern und lokalen Machthabern zu suchen ist, lässt sich aufgrund der in Mexiko verbreiteten Straflosigkeit nicht abschätzen.[5]

Bemerkenswert ist schließlich, dass die deutsche Außenpolitik für die mexikanische Regierung die Unschuldsvermutung einfordert, während mexikanische Politiker Menschenrechtsaktivist_innen als Lügner oder gar als Komplizen der organisierten Kriminalität darstellen. Präsident Calderón selbst drückte seinen Frust darüber aus, immer wieder Beschwerden über Menschenrechtsvergehen von Militärs zu hören, die „nicht wahr“ seien,[6] und der mexikanische Marineminister, Mariano Francisco Saynez Mendoza, verkündete am 26.7.2011: „Kriminelle Banden versuchen das Prestige und den guten Ruf der [staatlichen] Institutionen zu besudeln, indem sie sich bürgerlicher Gruppierungen bedienen, die ... auf das perverse Spiel der Kriminellen hereinfallen sollen, mit dem Banner der Menschenrechte den Institutionen Schaden zuzufügen...“.[7]

Dabei spricht selbst die offizielle Statistik eine deutliche Sprache: Im Zeitraum von Dezember 2006 bis Juli 2011 erhielt die Nationale Menschenrechtskommission 5055 Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen, die von Militärs gegenüber Zivilisten begangen wurden. Daraus wurden in 86 Fällen (1,56 %) Empfehlungen abgeleitet, bei denen es in 13 Fällen zur Einleitung von Strafverfahren gegen eine oder mehrere Personen kam – also bei 0,3 % der eingegangenen Beschwerden.[8] Im zivilen Bereich sieht es nicht besser aus. Die Tatsache, dass in Mexiko



Grafik: IMI

Foto: Hinrich Schultze

nach unterschiedlichen Angaben nur acht bis zwölf Prozent aller Straftaten überhaupt angezeigt werden und etwa 98 Prozent aller Delikte straffrei bleiben,[9] hat vor allem mit dem fehlenden Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und mit Ineffizienz und Korruption bei den Gerichten zu tun.

Sicherheitskooperation und Rüstungsexporte

Vor diesem Panorama entfaltet sich eine deutsch-mexikanische Sicherheitskooperation mit diplomatischen und kommerziellen Komponenten. Zwar sind die Kriegswaffenexporte nach Mexiko im Jahr 2010 eingebrochen (siehe Grafik), wobei dies eher am Auslaufen abgeschlossener Verträge gelegen haben dürfte als am Wirksamwerden des bislang noch geltenden Exportverbots für G36-Sturmgewehre, das durch eine gegen die Geschäftsführer der Firma Heckler & Koch erstattete Strafanzeige des Bundessprechers der Deutschen Friedensgesellschaft, Jürgen Grässlin, zustande kam, denn die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wurde erst 6 Monate nach der Anzeige, im Dezember 2010, aktiv. Doch die deutsch-mexikanische Industrie- und Handelskammer (CAMEXA) hat in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft inzwischen eine Charmeoffensive gestartet. Am 15. und 16. Februar präsentierten 21 Unternehmen in einer in Mexiko organisierten Veranstaltung „deutsche Sicherheitstechnik". Die über 40 Vertreter des mexikanischen Verteidigungs- und des Marineministeriums „zeigten sich beeindruckt von dem deutschen Angebot".[10] Die EADS-Tochter Eurocopter, die derzeit zwölf Militärhubschrauber des Typs EC725 an die mexikanische Armee liefert (geschätztes Volumen 60 Millionen Euro), war mit dabei.[11] Laut CAMEXA hat die mexikanische Regierung im Jahr 2011 fast fünf Milliarden Euro zur Aufrüstung ihrer Streitkräfte ausgegeben. Dieser Trend scheint sich fortsetzen, denn die CAMEXA bietet im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie am 16.4.2012 in Berlin eine kostenfreie Informationsveranstaltung zum Thema „Markterschließung: Sicherheitstechnologie in Mexiko". Bei dieser Veranstaltung steht laut Ankündigung der „zivile Sicherheitsmarkt" mit einem „Volumen von ungefähr 6,2 Milliarden Euro pro Jahr" im Vordergrund.[12]

Fazit

Von der mexikanischen Zivilgesellschaft gehen verzweifelte Bemühungen aus, der gescheiterten Strategie des „Krieges gegen den Drogenhandel" Friedenstiftende Alternativen entgegen zu setzen. Die Anfang Mai 2011 von dem Journalisten und Poeten Javier Sicilia initiierte nationale Kampagne „Für einen Frieden mit Gerechtigkeit und Würde" stellt die Strategie des militärischen Vorgehens in Frage. Am 7. August 2011 präsentierten der Rektor der Nationalen Autonomen Universität Mexikos, José Narro Robles, und der Präsident des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs zusammen mit anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens „30 Vorschläge", die sich an die politischen und sozialen Sektoren der Gesellschaft richten, um die Sicherheitsstrategie Mexikos zu korrigieren.[13] Der jüngste diesbezüglich Versuch ist ein von zig Organisationen und prominenten Einzelpersonen unterschriebene „Proklamation zur Rettung der Nation".[14]

Die mexikanische Regierung hingegen setzt weiterhin auf eine militärische Lösung. Von der deutschen Regierung erhält sie Rükkendeckung und deutsche Unternehmen beeilen sich, von der Fortsetzung dieser verfehlten Politik zu profitieren.

Anmerkungen:

1 Mexico: Amnesty International completes High Level Mission - President Calderon commits to human rights. News Service No 152, 7 August 2007 (AI Index AMR 41/048/2007 - Public).
2 Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag zur Sicherheits- und Rüstungskooperation mit Mexiko, BT-Drs. 17/8275.
3 Human Rights Watch: Neither Rights Nor Security. Killings, Torture, and Disappearances in Mexico's "War on Drugs", 09.11.2011, S. 163. Calderón verkündete diese Zahl in einer Rede am 4.8.2010.
4 Ebd. S.182-206.
5 Schulz, C.: Mexiko: Gewalteskalation und Straflosigkeit. GIGA Focus Nr. 12/2011.
6 Human Rights Watch (2011): a.a.O, S. 10.
7 Delincuentes usan como bandera los derechos humanos :Saynez, Milenio, 26.7.2011.
8 Die Zahlen sind den 86 Empfehlungsschreiben der Nationalen Menschenrechtskommission an das Verteidigungsministerium entnommen.
9 Schulz, a.a.O.
10 Experten präsentierten Militärs deutsche Sicherheitstechnik, Deutsch-Mexikanische Industrie- und Handelskammer, Pressmitteilung, 21.02.2012; URL: http://mexiko.ahk.de.
11 Clausing, P.: Mexiko: Simulierte Demokratie im Belagerungszustand, in: AUSDRUCK April/2011, S.30.
12 Informationsveranstaltung: Zivile Sicherheitstechnologie in Mexiko, Deutsch-Mexikanische Industrie- und Handelskammer; URL: http://mexiko.ahk.de.
13 Convoca Rector José Narro a derrotar 'unidos y articulados' al crimen, el delito y la justicia, Boletín UNAM-DGCS-466, 08.08.2011.
14 Mexiko: Proklamation zur Rettung der Nation, Chiapas 98, 24.03.2012; URL: http://www.chiapas.eu/.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Das kriegerische Kerneuropa verleiht sich Flügel

Zur Rolle des „Europäischen strategischen Lufttransportkommandos“

von Claudia Haydt

Eine gemeinsame europäische Armee ist keinesfalls nur Zukunftsmusik. Zu dem bereits heute funktionsfähigen Kern einer Euroarmee gehört das „Europäische strategische Lufttransportkommando“ (European Air Transport Command/EATC). Dieses hat, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, vor mehr als einem Jahr seine Arbeit aufgenommen.

Auf dem so genannten Pralinengipfel am 29.4.2003 beschlossen die Vertreter von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg, zukünftig im Militärbereich verstärkt zusammenzuarbeiten. Das „Alte Europa“, das kurz nach Ausbruch des Irakkrieges um seinen machtpolitischen Einfluss fürchtete, wollte auf diesem Gipfel dokumentieren, dass es dazu in der Lage ist, auch selbst militärisch etwas auf die Beine zu stellen. Dies erfordert jedoch zwingend die Fähigkeit zum strategischen Lufttransport, um Soldaten und Kriegsgerät an die jeweiligen Einsatzorte verfrachten zu können. Heute, neun Jahre später, ist einer der damals vereinbarten Meilensteine erreicht. Mit dem gemeinsamen Transportkommando hat das militärische Kerneuropa seine globale Handlungsfähigkeit trotz klammer öffentlicher Kassen deutlich ausgebaut.

Das EATC ist verantwortlich für gemeinsame militärische Lufttransporte mit Flugzeugen, nicht jedoch mit Hubschraubern. Das europäische Kommando führt zwar keine „Kinetischen Einsätze“, also keine direkten Kampfeinsätze durch, allerdings transportiert es durchaus Rüstung, Munition und Soldaten, auch im direkten Kontext von Kriegen. Die Einrichtung eines gemeinsamen Transportkommandos bedeutet, zumindest teilweise auf nationale Souveränität zu verzichten. Das ist einer der Gründe dafür, dass die konkrete Umsetzung des Beschlusses aus dem Jahr 2003 länger als geplant dauerte. 2007 einigten sich Belgien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande auf ein Konzept. Im September 2010 wurde das EATC dann in den Niederlanden (Eindhoven) aufgestellt. Luxemburg, das ursprünglich seine Bereitschaft zur Teilnahme signalisierte, wird voraussichtlich erst 2013 beitreten. Um das EATC langfristig zu regeln, soll 2013/14 ein Staatsvertrag abgeschlossen werden und damit auch Nicht-NATO-Staaten integriert werden können, wurde bewusst eine Lösung außerhalb der NATO-Struktur gesucht. Es wird unter anderem mit dem Beitritt von Österreich, Spanien und der Türkei gerechnet.

Der deutsche Beitrag zum EATC besteht aus 72 Soldaten und einem Zivilmitarbeiter, die alle in der Zentrale in Eindhoven eingesetzt werden. Im November 2011 waren zudem etwa 70 deutsche Transportflugzeuge dem gemeinsamen Transportkommando unterstellt. Die Flugzeuge werden jeweils von nationalen Besatzungen geflogen, sie transportieren aber Frachten für sämtliche teilnehmende Streitkräfte. Fünf der dem EATC zugeordneten Maschinen sind A310 Transportflugzeuge und der Rest besteht aus Transportflugzeugen des Typs C-160 und C-160 ESS. Zukünftig sollen auch die von EADS produzierten Airbus A400M im Rahmen des EATC eingesetzt werden. Obwohl die volle Funktionsfähigkeit des Transportkommandos erst im Mai 2011 erreicht wurde, wurde im selben Jahr bereits eine umfangreiche Transportleistung abgewickelt: Insgesamt 7.712 Flüge, 3.650 davon waren deutsche Flüge.

Flüge, die für eine andere Nation durchgeführt werden, werden nicht bezahlt, sondern lediglich erfasst. Durch den Einsatz des jeweils passenden Flugzeuges mit der jeweils passenden Transportkapazität soll insgesamt ein Effizienzgewinn erzielt werden.

Die Transportflugzeuge werden nicht nur in Europa eingesetzt, sondern auch routinemäßig „auf dem afrikanischen und amerikanischen Kontinent.“[1] Konkret wurden bisher die Unterstützung des Libyenkrieges, die französische Intervention in der Elfenbeinküste und der Afghanistankrieg über das EATC durchgeführt. Die Unterstützungsflüge für den ISAF-Einsatz in Afghanistan werden von deutschen Flugzeugen über Termes/Usbekistan und von französischen Flugzeugen über Duschanbe/Tadschikistan abgewickelt. Angesichts der seit November 2011 geschlossenen Grenze zu Pakistan haben diese Transportrouten eine zentrale strategische Bedeutung.

Auch wenn durch das EATC keine Kampfeinsätze geflogen werden, so handelt es sich doch in vielen Fällen um direkte Beihilfe zur Kriegsführung. Laut Angaben aus dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung im Europaparlament[2] wurden im Verlauf des Libyenkrieges 11.000 Soldaten und 3.300 Tonnen Ausrüstung durch das EATC transportiert. Dies fand als direkte Unterstützung für 35 Kampfflugzeuge und Kampfdrohnen statt. Der größte Teil dieser Transporte wurde durch französische Maschinen abgewickelt, dennoch haben deutsche SoldatInnen immerhin etwa 10% der Transporte durchgeführt. Zusätzlich waren in der Zentrale in Eindhoven weitere Bundeswehrangehörige an der Durchführung des Libyenkrieges beteiligt.

Am Libyenkrieg war Deutschland offiziell nicht beteiligt. Es gab folglich auch kein Mandat durch den Bundestag, das eine Teilnahme deutscher Soldaten an diesem Krieg ermöglicht hätte. Das ist symptomatisch: Grundsatzentscheidungen über Krieg und Frieden werden zunehmend durch Effizienzerwägungen ausgehebelt. Auch Staatssekretär Kossendey scheint dieses Dilemma zu bemerken, indem er in seiner Unterrichtung an den Verteidigungsausschuss anmerkt, dass Effizienzsteigerungen erkauft werden durch „eine Verringerung der nationalen Einflussmöglichkeiten.“[3] Es geht hier jedoch nicht um eine x-beliebige Abwägung, sondern um eine demokratische Grundsatzfrage.

Das EATC ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee. Wer diese will, spricht sich damit klar für einen Abschied von der Parlamentsarmee aus. Die Bundeswehr im Einsatz ist bereits heute, mit den noch existierenden Möglichkeiten der Parlamentsbeteiligung, kaum zu kontrollieren. Doch je mehr eine europäische Armee Realität wird, umso stärker werden auch noch die letzten Kontrollmöglichkeiten verschwinden. Die Tatsache, dass Bundeswehrangehörige im Rahmen des EATC umfangreiche Kriegsunterstützung geleistet haben, ohne öffentliche Debatte darüber, ohne Entscheidung des Parlaments und ohne vorherige Information des Parlamentes – das alles ist ein erster Vorgeschmack auf weitere Entwicklungen.

Anmerkungen:

1 Mitteilung Staatssekretär Thomas Kossendey an den Verteidigungsausschuss, vom 6.3.2012, S.4.
2 Power Point Präsentation, Major General Jochen Both, 29.11.2011.
3 Siehe Anm. 1, S. 6.

34. BUKO-Kongress, 17.-20.5.12
Erfurter Fachhochschule, Altonaer Str. 25, 99085 Erfurt, www.buko.info

Es geht ums Ganze beim 34. Bundeskongress Internationalismus (BUKO) und gerade deshalb auch um den genauen Blick auf die global unterschiedlichen Realitäten und Nord-Süd-Verhältnisse.

Krisen

Vor allem für die Länder des Südens ist die Krise ein sich verschärfender Dauerzustand: Klimawandel, Ressourcenausbeutung, Rohstoffraub, Landgrabbing, Hungerkatastrophen, Verteilungskriege – die Ausbeutung von Mensch und Natur im Interesse der Länder des Nordens nimmt zunehmend katastrophale Ausmaße an. Auch die innereuropäischen Ungleichheiten verschärfen sich massiv, die reichen Länder zwingen die Krisengeschüttelten in die Knie und die Menschen massenhaft in Armut. Wie kann eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen für alle aussehen? Wie können wir zu einem Lebensstil kommen, der weniger bzw. gar keine systembedingten Krisen verursacht?

Kämpfe

Die Proteste und Aufstände vervielfältigen sich: Revolutionen in der arabischen Welt, Massenproteste in Griechenland, Portugal, Spanien, Sozialproteste in Israel, die von New York sich weltweit ausbreitende Occupy-Bewegung: Was sind die Gemeinsamkeiten der Revolten und Proteste und wo liegen Unterschiede? Wie können sich die verschiedenen Akteur_innen lokaler Kämpfe aufeinander beziehen? Wie können Solidarität und gemeinsamer Widerstand organisiert werden?

Transformationen

Wir möchten gemeinsam ausloten, wie emanzipatorische Veränderungen im Alltag aussehen können, welche positiven Beispiele für Selbstorganisation, für andere Formen des Lebens und Wirtschaftens es gibt und wollen über das Bestehende hinaus blicken: Wie könnte das Unmöglich-Mögliche aussehen?

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154